

OSNABRÜCK
JEAN MONNET CENTRE
OF EXCELLENCE IN EUROPEAN STUDIES



Anika Cornelius

Die Arbeitssituation junger Menschen
in der EU

Osnabrück JMCE Award Series Nr. 10 (2014)

Award Series

Osnabrück JMCE Award Series Nr. 10 (2014)

Herausgegeben für das Osnabrück JMCE von

Stefanie Stasche, LL.M.

Diese Arbeit wurde ausgezeichnet mit dem JMCE Award 2014 für die beste Masterarbeit,
verliehen am 08. Juli 2014.

Jurymitglieder:

Prof. Dr. Thomas Groß

Prof. Dr. Ingeborg Tömmel

© Osnabrück JMCE
Universität Osnabrück
Seminarstr. 33
49069 Osnabrück

JMCE Award Series online unter: <http://repositorium.ub.uni-osnabrueck.de/>

Zitierweise:

Cornelius, Anika (2014) „Die Arbeitssituation junger Menschen in der EU“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 10 (2014).

September 2014

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Tabellenverzeichnis	6
Abkürzungsverzeichnis	7
1. Einleitung	9
2. Methodik	10
2.1 Untersuchungsmaterial	10
2.2 Hypothesen zur Jugendarbeitslosigkeit	11
2.3 Hypothesen zur prekären Beschäftigung junger Menschen.....	13
3. Arbeitsbedingungen junger Beschäftigter in der EU	16
3.1 Jugendarbeitslosigkeit.....	16
3.1.1 Arbeitsmarktbeteiligung junger Menschen.....	17
3.1.2 Charakteristika	23
3.1.3 Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit.....	26
3.1.4 Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit.....	30
3.2 Atypische und prekäre Beschäftigung	31
3.2.1 Formen prekärer Beschäftigung.....	33
3.2.1.1 Niedriglohnbeschäftigung	34
3.2.1.2 Befristete Beschäftigung	37
3.2.1.3 Teilzeitbeschäftigung.....	40
3.2.1.4 Praktika von Hochschulabsolventen	44
3.2.2 Ursachen und Nutzen atypischer Beschäftigung.....	47
3.2.3 Auswirkungen atypischer und prekärer Beschäftigung	48
3.3 Arbeitsmigration	49
4. Debatte in Deutschland	52
4.1 Jugendarbeitslosigkeit.....	52
4.1.1 Politische Parteien.....	52
4.1.2 Sozialpartner	57
4.1.3 Wochenzeitschriften	60
4.2 Prekäre Beschäftigung.....	66
4.2.1 Politische Parteien.....	66
4.2.2 Sozialpartner	71
4.2.3 Wochenzeitschriften.....	74

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	81
6. Ausblick.....	85
Literaturverzeichnis	88
Tabellenanhang	94

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Arbeitslosenquote junger und älterer Beschäftigter (2012).....	17
Abbildung 2: Jugendarbeitslosigkeit im Zeitverlauf	19
Abbildung 3: Beschäftigungsquote in der EU nach Alter im Zeitverlauf	20
Abbildung 4: Langzeitarbeitslose an allen Arbeitslosen bei jungen Menschen (2012).....	21
Abbildung 5: NEET-Raten der 15- bis 24-Jährigen in der EU (2012)	22
Abbildung 6: Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht (2012).....	23
Abbildung 7: Jugendarbeitslosigkeit nach Nationalität (2012).....	24
Abbildung 8: Jugendarbeitslosigkeit nach Bildungsniveau (2012)	25
Abbildung 9: Niedriglohnbeschäftigung nach Alter (2010)	35
Abbildung 10: Entwicklung von Niedriglohnbeschäftigung der unter 30-Jährigen	36
Abbildung 11: Befristete Beschäftigung an Gesamtbeschäftigung nach Alter (2012).....	37
Abbildung 12: Hauptgründe für befristete Beschäftigung nach Alter (2012).....	38
Abbildung 13: Unfreiwillige Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen (2012)	39
Abbildung 14: Unfreiwillige Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Zeitverlauf.....	40
Abbildung 15: Teilzeitbeschäftigung an Gesamtbeschäftigung nach Alter (2012)	41
Abbildung 16: Hauptgründe für Teilzeitbeschäftigung in der EU nach Alter (2012)	42
Abbildung 17: Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung an gesamter Teilzeitbeschäftigung (2012).....	43
Abbildung 18: Unfreiwillige Teilzeit an gesamter Teilzeitbeschäftigung im Zeitverlauf	43
Abbildung 19: Abwanderung nach Altersgruppen (2011).....	50
Abbildung 20: Wochenzeitschriften: Berichterstattung im Zeitverlauf	62
Abbildung 21: Wochenzeitschriften: Vorkommen von Staaten(gruppen).....	63
Abbildung 22: Politische Parteien: Formen prekärer Beschäftigung.....	67
Abbildung 23: Sozialpartner: Formen prekärer Beschäftigung	72
Abbildung 24: Wochenzeitschriften: Formen prekärer Beschäftigung.....	75
Abbildung 25: Wochenzeitschriften: Berichterstattung im Zeitverlauf	76

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Politische Parteien: Art des Problems	54
Tabelle 2: Politische Parteien: Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.....	56
Tabelle 3: Wochenzeitschriften: Journalistische Darstellungsformen.....	61
Tabelle 4: Politische Parteien: Forderungen nach Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung.....	70
Tabelle 5: Wochenzeitschriften: Folgen prekärer Beschäftigung.....	79

Tabellen im Anhang:

Tabelle A.1: Jugendarbeitslosenquote und Ratio (2012).....	94
Tabelle A.2: Jugendarbeitslosigkeit im Zeitverlauf (2007-2012).....	95
Tabelle A.3: Erwerbsquote nach Alter im Zeitverlauf.....	96
Tabelle A.4: Langzeitarbeitslosenquote	97
Tabelle A.5: Befristete Beschäftigung an Gesamtbeschäftigung junger Menschen im Zeitverlauf:	98
Tabelle A.6: Hauptgründe für befristete Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen.....	99
Tabelle A.7: Unfreiwillige Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen im Zeitverlauf.....	100
Tabelle A.8: Teilzeitbeschäftigung an Gesamtbeschäftigung junger Menschen im Zeitverlauf.....	101
Tabelle A.9: Hauptgründe für Teilzeitbeschäftigung junger Menschen	102
Tabelle A.10: Unfreiwillige Teilzeit junger Menschen an gesamter Teilzeitbeschäftigung im Zeitverlauf.....	103

Abkürzungsverzeichnis

BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Eurofound	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
FDP	Freie Demokratische Partei
HIS	Hochschul-Informationssystem GmbH
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
ISCED	Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
NACE 2	Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
NEET	Not in education, employment or training
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

EU-Ländercodes:

AT	Österreich
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CY	Zypern
CZ	Tschechische Republik
DE	Deutschland
DK	Dänemark
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
EU	Europäische Union (EU-27)
FI	Finnland
FR	Frankreich
HU	Ungarn
IE	Irland
IT	Italien
LT	Litauen
LU	Luxemburg
LV	Lettland
MT	Malta
NL	Niederlande
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien

SE	Schweden
SK	Slowakei
SL	Slowenien
UK	Vereinigtes Königreich

1. Einleitung

Die Jugendarbeitslosigkeit ist innerhalb der Europäischen Union in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und erreicht mittlerweile einen Höchststand mehrerer Dekaden. Jeder vierte unter 25-Jährige in der Europäischen Union ist arbeitslos, in Spanien und Griechenland sogar mehr als jeder Zweite. Diejenigen, die in Beschäftigung stehen, verfügen nicht selten über ein atypisches Beschäftigungsverhältnis und arbeiten unter prekären Bedingungen. Wenngleich Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosenquote aller EU-Staaten hat und folglich die Arbeitssituation junger Menschen vergleichsweise gut ist, titeln die Medien auch hierzulande „Verlorene Generation“ (Böll et al. 2013), „Europas abgehängte Generation“ (Faigle 2012) und „Generation prekär“ (Holzmüller 2010).

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, herauszuarbeiten wie in Deutschland die Debatte um Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung junger Menschen in der Europäischen Union geführt wird. Zentrale Fragen sind hierbei, ob in dem Diskurs die gesamteuropäische Situation Betrachtung findet oder die Debatte auf die deutsche Situation fokussiert ist und ob ebenso die Ursachen und Lösungsstrategien für die jeweilige nationale oder die europäische Ebene diskutiert werden. Von zentralem Interesse ist auch, ob und inwiefern die Jugendarbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsbedingungen junger Menschen als Problem wahrgenommen werden und welche unterschiedlichen Sichtweisen die Akteure diesbezüglich haben.

Hierzu wird eine Inhaltsanalyse durchgeführt, in der Artikel und Positionen von politischen Parteien, Sozialpartnern und den Wochenzeitschriften DER SPIEGEL, DIE ZEIT und der FOCUS untersucht werden (Kapitel 4). Vorab wird im zweiten Kapitel das methodische Vorgehen erläutert. In Kapitel 3 dieser Arbeit wird versucht, die Arbeitsbedingungen junger Menschen in der Europäischen Union darzustellen, wobei sowohl auf das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit (Kapitel 3.1) als auch auf atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Kapitel 3.2) eingegangen wird. Um die Bedeutung von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung herauszustellen, werden auch die Auswirkungen selbiger beschrieben sowie die Ursachen bzw. der Nutzen analysiert. Kapitel 5 wird die zentralen Ergebnisse der Inhaltsanalyse zusammenfassen und einen Rückbezug zu Kapitel 3 ziehen. In einem abschließenden Ausblick werden die aktuellen Entwicklungen, die in den übrigen Kapiteln unberücksichtigt bleiben, skizziert.

2. Methodik

Im zweiten Teil der Arbeit (Kapitel 4) soll mittels einer Inhaltsanalyse untersucht werden, wie Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung junger Europäer in Deutschland diskutiert werden. Die Inhaltsanalyse wird in Anlehnung an Früh (2011) durchgeführt, wobei auf zwei Besonderheiten hingewiesen werden muss: Erstens wird in dieser Arbeit ausschließlich mit offenen Hypothesen gearbeitet (Früh 2011: 80) und zweitens leiten sich diese Hypothesen sowie die Kategorienbildung nicht aus einer wissenschaftlichen Theorie ab, sondern basieren vielmehr auf allgemeinen Vermutungen, die sich auch aus der empirischen Sekundäranalyse in Kapitel 3 ergeben und empirisch aus den Artikeln und Pressemitteilungen gewonnen werden (Früh 2011: 147f, 161; Merten 1995: 316f).

2.1 Untersuchungsmaterial

Der Teil der Inhaltsanalyse, in dem die Positionen der politischen Parteien betrachtet werden, beschränkt sich auf die im Bundestag vertretenen Parteien, wobei regional agierende Parteien ausgeschlossen werden, und stützt sich auf Pressemitteilungen und Artikel, die je nach Partei abweichend auch unter den Rubriken Beiträge und Nachrichten zu finden sind. Nicht verwendet werden Reden, Interviews, Briefe, Anträge, Beschlüsse, Erklärungen und Tagungsankündigungen, da diese nicht von allen politischen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Für die Debatte der Sozialpartner sind die Positionen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) als der jeweilige (mitgliederstärkste) Dachverband relevant. Hier werden neben Pressemeldungen bzw. Presseinformationen und Artikeln¹ auch Positionspapiere, Stellungnahmen, Erklärungen und Forderungen einbezogen. Der Untersuchungszeitraum ist sowohl für die politischen Parteien als auch für die Sozialpartner auf das Jahr 2012 begrenzt, da die zu untersuchenden Dokumente ausschließlich für diesen Zeitraum von allen Akteuren zur Verfügung gestellt werden. Pressemitteilungen und Artikel, die in der ersten Jahreshälfte des laufenden Jahres erschienen sind, finden in der Inhaltsanalyse keine Berücksichtigung, da die Daten in der Sekundäranalyse in Kapitel 3 ebenfalls aus dem Jahr 2012 stammen und somit der Rückbezug folgerichtig ist. Die Pressemitteilungen und Artikel aus dem Jahre 2013 werden im Ausblick (Kapitel 6) berücksichtigt.

¹ Die hier berücksichtigten Artikel erscheinen beim DGB in der Reihe *Standpunkt* und bei der BDA in den Formaten *euro-info*, *kompakt* und *argumente*.

Die Auswahl der Artikel² ist unter Verwendung entsprechender Suchmaschinen erfolgt, was unter Umständen dazu führen kann, dass nicht alle Texte, in denen die Themen Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung junger Menschen Erwähnung finden, auch tatsächlich herausgefiltert werden. In der Inhaltsanalyse zur Debatte um Jugendarbeitslosigkeit finden alle Texte und Pressemitteilungen Beachtung, die unter dem Suchwort *Jugendarbeitslosigkeit* über die entsprechenden Suchmaschinen³ zu finden waren und sich nicht ausschließlich auf eine Region oder einen Staat außerhalb der Europäischen Union beziehen. In der Analyse zur prekären Beschäftigung junger Menschen werden alle Texte berücksichtigt, die erstens ein einschlägiges Suchwort zur prekären Beschäftigung⁴ beinhalten, zweitens die Wortanfänge *jung* oder *jugendlich* enthalten und drittens ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen jeweils einem Suchwort der ersten und zweiten Gruppe besteht. Auch hierbei finden nur Texte Berücksichtigung, die sich auf mindestens einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union beziehen.

Der Untersuchungszeitraum für die Debatte in den Medien sind die Jahre 2008 bis 2012, was auch erlaubt zu untersuchen, ob sich die Debatte im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise intensiviert hat. Die Inhaltsanalyse bezieht sich auf die drei deutschlandweit erscheinenden, auflagestärksten Wochenzeitungen bzw. -zeitschriften (fortan nur: Wochenzeitschriften), namentlich DIE ZEIT, DER SPIEGEL und FOCUS. Nicht berücksichtigt werden Artikel, die in dazugehörigen Formaten, wie SPIEGEL GESCHICHTE oder FOCUS SCHULE, veröffentlicht wurden.

Die Codierung findet auf semantischer Ebene statt, wobei jeder Artikel und jede Pressemitteilung eine Analyseeinheit bilden (Früh 2011: 88ff). Jedes der oben genannten Dokumente ist Teil der Inhaltsanalyse. Eine weitere Reduzierung des Materials in Form einer Stichprobe ist nicht erfolgt.

2.2 Hypothesen zur Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosenquote ist in Deutschland geringer als in allen anderen EU-Staaten und stellt hierzulande kein zentrales gesellschaftliches Problem dar. Daher ist in dieser Arbeit von besonderem Interesse, ob und in welchem Umfang das Thema Jugendarbeitslosigkeit diskutiert wird und welchen Stellenwert des Themas Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Artikel einnimmt.

Hypothese 1a: Wie häufig werden zum Thema Jugendarbeitslosigkeit Artikel veröffentlicht?

² Zur vereinfachten Lesbarkeit werden im Folgenden unter dem Begriff *Artikel* auch Pressemitteilungen und andere Untersuchungsmaterialien subsumiert.

³ Verwendet wurden die internen Suchmaschinen auf den Webseiten der Sozialpartner, politischen Parteien und Wochenzeitschriften, mit Ausnahme von DIE ZEIT. Bei letzterem wurden die relevanten Artikel über die WISO-Datenbank der GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH ermittelt.

⁴ Folgende Worte und Wortanfänge wurden für die Debatte um prekäre Beschäftigung verwendet: prekär, atypisch, Praktikum, Praktika, Teilzeit, befristet, Lohn, Löhne und Leiharbeit.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert⁵ nimmt das Thema Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Artikel ein?

Für die Wochenzeitschriften soll zudem herausgearbeitet werden, welche journalistische Form der Berichterstattung verwendet wird und aufgrund des größeren Untersuchungszeitraumes zudem herausgestellt werden, ob das Thema Jugendarbeitslosigkeit in den einzelnen Jahren unterschiedlich stark diskutiert wird. Es wird angenommen, dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit im Zeitraum von 2008 bis 2012 an Bedeutung gewonnen hat, da sich das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Zeitraum erhöht hat.

Hypothese 1c: Um welche journalistische Form der Berichterstattung handelt es sich?

Hypothese 1d: Hat die Berichterstattung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Zeitraum von 2008 bis 2012 zugenommen?

Von besonderem Interesse dieser Arbeit ist die Frage, ob sich die in Deutschland geführte Debatte um Jugendarbeitslosigkeit auf die Situation der deutschen Jugendlichen beschränkt oder ob auch die Arbeitslosigkeit junger Menschen in anderen EU-Staaten diskutiert wird. Dadurch ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die Arbeitslosigkeit junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Aufgrund der Sonderrolle Deutschlands ist auch die Frage relevant, ob Jugendarbeitslosigkeit als Problem wahrgenommen wird oder aufgrund der geringeren Betroffenheit nur deskriptiv behandelt wird. Hierbei gilt es regional und inhaltlich zu differenzieren. Daraus ergibt sich folgende Hypothese:

Hypothese 3: Wird Jugendarbeitslosigkeit in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Weiter soll untersucht werden, wie die Akteure die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit diskutieren, wobei auch analysiert werden soll, womit die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland begründet wird. Von besonderem Interesse ist hier wiederum die Frage, ob die Ursachen der hohen Jugendarbeitslosigkeit den einzelnen Nationalstaaten zugeschrieben oder staatenübergreifende Ursachen genannt werden.

⁵ Um den Stellenwert eines Themas innerhalb eines Artikels zu messen, wurden hier drei Kategorien festgelegt. Es wird von einem *Hauptthema* gesprochen, wenn es in dem Artikel schwerpunktmäßig um Jugendarbeitslosigkeit geht und von einem *Randthema*, wenn das Thema Jugendarbeitslosigkeit nur in einem Satz behandelt wird. In allen anderen Fällen wird von *einem Thema neben anderen* gesprochen.

Hypothese 4: Worin wird die Ursache der (niedrigen) Jugendarbeitslosigkeit gesehen?

Eine weiterer Themenkomplex, dem sich diese Arbeit widmet, ist die Debatte um Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, wobei auch hier insbesondere differenziert werden soll, ob Maßnahmen für die einzelnen Nationalstaaten oder für die gesamte Europäische Union thematisiert werden. Maßnahmen, die lediglich Arbeitsplätze für einzelne Personen schaffen und nicht auf eine flächendeckende Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit abzielen, werden nicht codiert.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

Jugendarbeitslosigkeit zieht individuelle und gesellschaftliche Folgen nach sich. Mittels der Inhaltsanalyse soll herausgearbeitet werden, welche Auswirkungen politische Parteien und Sozialpartner diskutieren und welche Folgen in den Wochenzeitschriften Beachtung finden. Daraus ergibt sich folgende Hypothese:

Hypothese 6: Welche Folgen von Jugendarbeitslosigkeit werden diskutiert?

Abschließend soll untersucht werden, ob in den Artikeln, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen, auch andere Probleme, die die junge Generation betreffen, diskutiert werden. Von besonderem Interesse ist hier die Frage, ob Jugendarbeitslosigkeit mit anderen arbeitsmarktpolitischen Themen, wie prekärer Beschäftigung, in Verbindung gebracht wird.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

2.3 Hypothesen zur prekären Beschäftigung junger Menschen

Der zweite Teil der Inhaltsanalyse soll sich mit der Debatte um prekäre Beschäftigung auseinandersetzen. Dazu wird zunächst herausgestellt, wie häufig über prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen berichtet wird. Dabei soll auch aufgezeigt werden, welche Formen prekärer Beschäftigung diskutiert werden und welchen Stellenwert das Thema prekäre Beschäftigung innerhalb der Artikel und Pressemitteilungen einnimmt.

Hypothese 1a: Wie häufig werden zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen Artikel veröffentlicht und welche Formen prekärer Beschäftigung werden in ihnen diskutiert?

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert⁶ nimmt das Thema prekäre Beschäftigung innerhalb der Artikel ein?

Für die Wochenzeitschriften soll zudem gezeigt werden, welche journalistische Form der Berichterstattung genutzt wird und aufgrund des größeren Untersuchungszeitraumes zudem herausgestellt werden, ob prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen in den einzelnen Jahren unterschiedlich stark diskutiert werden.

Hypothese 1c: Um welche journalistische Form der Berichterstattung handelt es sich?

Hypothese 1d: Hat die Berichterstattung zur prekären Beschäftigung junger Menschen im Zeitraum von 2008 bis 2012 zugenommen?

Von besonderem Interesse dieser Arbeit ist die Frage, ob sich die Debatte auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Deutscher konzentriert oder ob auch die Arbeitsverhältnisse in anderen EU-Staaten Erwähnung finden. Dadurch ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die prekäre Beschäftigung junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Ferner soll herausgestellt werden, ob die in Kapitel 3.2 betrachteten Beschäftigungsverhältnisse als prekär und somit als Problem wahrgenommen werden. Sollten die Beschäftigungsverhältnisse als Problem betrachtet werden, soll differenziert werden, für welche Staaten und innerhalb welchen Kontextes sie als Problem gelten.

Hypothese 3: Werden die in Kapitel 3.2 betrachteten Beschäftigungsverhältnisse in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Weiter soll untersucht werden, wie die Akteure die Ursachen prekärer Beschäftigung diskutieren, wobei explizit herausgearbeitet werden soll, ob es sich um eine Ursache prekärer Beschäftigung im Allgemeinen oder um eine Ursache prekärer Beschäftigung junger Menschen handelt. Von besonderem Interesse ist hier wiederum die Frage, ob die Ursachen prekärer Beschäftigung den einzelnen Nationalstaaten zugeschrieben oder staatenübergreifende Ursachen genannt werden.

Hypothese 4: Wie werden die Ursachen prekärer Beschäftigung diskutiert?

⁶ Um den Stellenwert eines Themas innerhalb eines Artikels zu messen, wurden hier drei Kategorien festgelegt. Es wird von einem *Hauptthema* gesprochen, wenn es in dem Artikel schwerpunktmäßig um prekäre Beschäftigungsverhältnisse geht und von einem *Randthema*, wenn das Thema prekäre Beschäftigung nur in einem Satz behandelt wird. In allen anderen Fällen wird von *einem Thema neben anderen* gesprochen.

Ein weiteres Themenfeld, welches in dieser Arbeit untersucht wird, ist die Debatte um Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung, wobei auch hier insbesondere differenziert werden soll, ob die Maßnahmen speziell auf die Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen junger Menschen abzielen und ob die Maßnahmen für einzelne Nationalstaaten oder für die gesamte Europäische Union thematisiert werden.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse zeigen ihre Wirkung weit über den Arbeitsalltag der Betroffenen hinaus. Folglich soll herausgestellt werden, welche Auswirkungen prekärer Beschäftigung in Deutschland debattiert werden.

Hypothese 6: Welche Folgen prekärer Beschäftigung werden diskutiert?

Zudem soll gezeigt werden, ob in den Artikeln, die sich mit prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen befassen, auch andere Probleme, die die junge Generation betreffen, diskutiert werden. Von besonderem Interesse ist hier die Frage, ob prekäre Beschäftigung mit anderen arbeitsmarktpolitischen Themen, wie Jugendarbeitslosigkeit, in Verbindung gebracht wird. Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit prekärer Beschäftigung junger Menschen befassen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

3. Arbeitsbedingungen junger Beschäftigter in der EU

Ein Viertel aller jungen Menschen in der Europäischen Union ist arbeitslos und viele derjenigen, die in Beschäftigung stehen, arbeiten unter atypischen oder prekären Bedingungen. Ziel dieses Kapitels ist es, einen Überblick über die Arbeitsbedingungen junger Beschäftigter in der EU zu geben, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Jahreswerte herangezogen werden. Dazu soll zunächst das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit dargestellt werden, wobei ebenso gezeigt wird, welche Personengruppen überdurchschnittlich von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind, wo die Ursachen der Erwerbslosigkeit junger Menschen liegen und welche Auswirkungen selbige hat (Kapitel 3.1). Anschließend werden die Arbeitsbedingungen jener jungen Menschen betrachtet, die sich in Arbeit befinden, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, zu zeigen, in welchem Ausmaß junge Menschen von atypischer und prekärer Beschäftigung betroffen sind. Ferner soll auf die Ursachen und den Nutzen atypischer Beschäftigung sowie auf deren Auswirkung eingegangen werden (Kapitel 3.2). Abschließend folgt ein kleiner Exkurs über die Arbeitsmigration junger Menschen in der EU, welche als Folge von Jugendarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung zu sehen ist (Kapitel 3.3).

Unter jungen Menschen und Jugendlichen werden in dieser Arbeit gemäß der international üblichen Konventionen die Personengruppe der 15- bis 24-Jährigen verstanden. Personen, die das 25. Lebensjahr bereits vollendet haben, gelten hier vereinfacht als Erwachsene und Ältere. Ist es an einzelnen Stellen inhaltlich sinnvoll und aufgrund der Datenlage unumgänglich andere Altersschwellen anzusetzen, wird ausdrücklich darauf hingewiesen.

3.1 Jugendarbeitslosigkeit

Erwerbsarbeit hat in modernen westlichen Gesellschaften einen hohen gesellschaftlichen und persönlichen Stellenwert. Erwerbsarbeit bedeutet nicht nur die finanzielle Existenzsicherung, sondern idealtypisch auch die „Teilhabe an der Gesellschaft, Zugang zu sozialen Netzwerken, Beitrag zu einem großen Ganzen, Entfaltung von Persönlichkeit und Selbstverwirklichung“ (Langhoff et al. 2010: 344). Vielen Jugendlichen in der Europäischen Union bleibt der Einstieg in die Arbeitswelt und damit die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Grund ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sowie der Euro-Krise auf zuletzt 23,2 Prozent⁷ angestiegen ist (Eurostat 2013a). Demnach ist nahezu jeder vierte Jugendliche in der EU arbeitslos. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit gilt als eines der größten Probleme junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt.

⁷ Saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote für unter 25-Jährige im Juni 2013.

Als arbeitslos gelten gemäß der Eurostat-Definition alle Personen im Alter von 15 bis 74⁸ Jahren, die in der Bezugswoche weder in einem Beschäftigungsverhältnis standen noch selbstständig waren, innerhalb der vier vorausgegangenen Wochen aktiv nach Arbeit gesucht haben und binnen zwei Wochen eine Beschäftigung aufnehmen könnten. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen.⁹

3.1.1 Arbeitsmarktbeteiligung junger Menschen

Die im Rahmen des *EU Labour Force Survey* von Eurostat erhobenen Daten zeigen, dass die Jugendarbeitslosenquote in allen EU-Mitgliedsstaaten höher liegt als die der Erwachsenen. Die Arbeitslosenquote aller Erwerbspersonen in der EU lag im Jahr 2012 bei 10,5 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote betrug 22,8 Prozent, die der älteren Arbeitnehmer lag bei 9,1 Prozent (Eurostat 2013b; siehe Tabelle A.1).

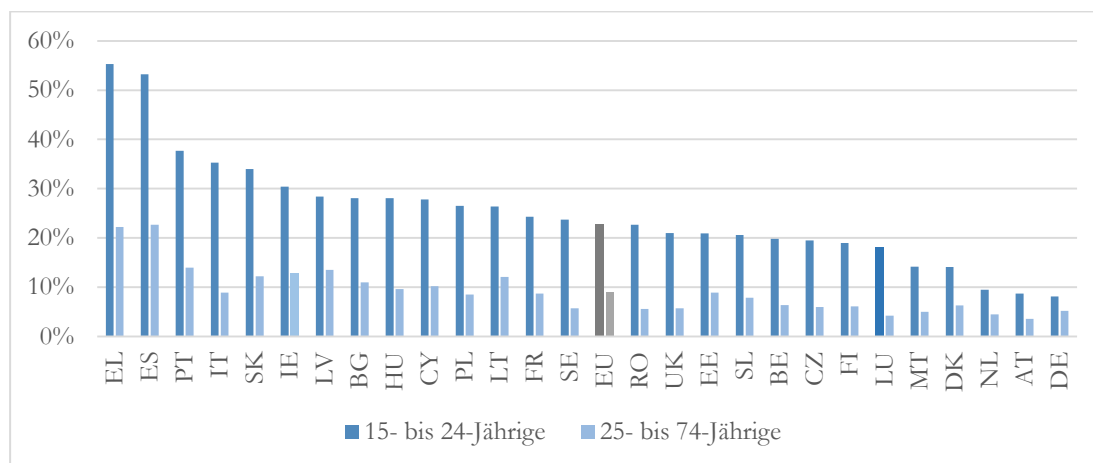


Abbildung 1: Arbeitslosenquote junger und älterer Beschäftigter (2012)

Quelle: Eurostat 2013b; Online-Daten-Code: une_rt_a. Eigene Darstellung.

Wie Abbildung 1 zeigt, ist das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in den einzelnen Nationalstaaten unterschiedlich groß. Am stärksten sind die Jugendlichen in Spanien und Griechenland von Arbeitslosigkeit betroffen, so lag die Jugendarbeitslosenquote 2012 in Spanien bei 53,2 Prozent und in Griechenland bei 55,4 Prozent. In Irland, Italien, Portugal und der Slowakei lag diese Quote zwischen 30 und 40 Prozent. Bulgarien, Estland, Frankreich, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Schweden und das Vereinigte Königreich hatten eine Jugendarbeitslosenquote zwischen 20 und 30 Prozent. Mit einer Quote zwischen 10 Prozent und 20 Prozent war die Jugendarbeitslosigkeit in Belgien, Tschechien, Dänemark, Luxemburg, Malta und Finnland unterdurchschnittlich. In einzelnen westeuropäischen Staaten, namentlich Deutsch-

⁸ In Schweden (1995-2000), Spanien und dem Vereinigten Königreich bezieht sich die Definition auf die Altersgruppe der 16- bis 74-Jährigen.

⁹ Alle in diesem Kapitel verwendeten Definitionen stammen, sofern nicht anders gekennzeichnet, aus den Metadaten von Eurostat.

land, Österreich und den Niederlanden, liegt die Jugendarbeitslosigkeit mit 8,1 Prozent, 8,7 Prozent und 9,5 Prozent unter 10 Prozent und war damit vergleichsweise gering (Eurostat 2013b; siehe Tabelle A.2).

Eine Gemeinsamkeit aller EU-Staaten ist, dass die Arbeitslosenquote der älteren Beschäftigten niedriger ist als die der Jugendlichen. Der Ratio, der das Verhältnis zwischen der Jugendarbeitslosenquote und der Erwerbslosenquote der Erwachsenen abbildet, zeigt, dass die Jugendarbeitslosenquote in einigen Staaten um ein Vielfaches höher ist als die Arbeitslosenquote der Erwachsenen. In den meisten EU-Staaten ist die Jugendarbeitslosenquote zwei- bis dreimal so hoch wie die der älteren Beschäftigten. Abweichend hiervon liegt der Ratio in Belgien, Finnland, Polen, der Tschechischen Republik, dem Vereinigten Königreich und Italien zwischen 3 und 4; in Rumänien, Schweden und Luxemburg über 4. Einen besonders niedrigen Ratio hat Deutschland mit einem Wert von 1,56. Der Ratio für die gesamte EU beträgt 2,51 (Eurostat 2013b; siehe Tabelle A.1).

Mit Blick auf die Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote zeigt sich, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den allermeisten Staaten seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise steigt. Stetig gestiegen ist sie im EU-Durchschnitt sowie in Bulgarien, Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Slowenien, der Slowakei, Polen, Portugal und Zypern. In Rumänien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, Luxemburg, Malta und den Niederlanden steigt die Jugendarbeitslosenquote tendenziell, aber nicht stetig. In Frankreich und Schweden sowie in Belgien stieg die Jugendarbeitslosenquote bis 2009 bzw. 2010, war dann rückläufig und stieg im Jahr 2012 erneut an. Rückläufig ist die Arbeitslosenquote junger Menschen in Estland, Lettland, Litauen, Österreich und Finnland, und zwar sinkt die Jugendarbeitslosenquote in diesen Staaten seit 2010. Deutschland ist das einzige Land, in dem die Jugendarbeitslosigkeit seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nicht angestiegen ist, mit Ausnahme von 2008 bis 2009 (Eurostat 2013b; siehe Tabelle A.2).

Die Arbeitslosenquote der 25- bis 74-Jährigen stieg in der EU von 2007 bis 2012 um 3 Prozentpunkte, und zwar von 6,1 Prozent auf 9,1 Prozent. Die Jugendarbeitslosenquote stieg im gleichen Zeitraum von 15,7 Prozent auf 22,8 Prozent und damit um 7,1 Prozentpunkte. Damit ist die Jugendarbeitslosenquote nicht nur mehr als doppelt so hoch wie die der älteren Erwerbspersonen, sondern sie stieg in den letzten 5 Jahren auch mehr als doppelt so stark an.

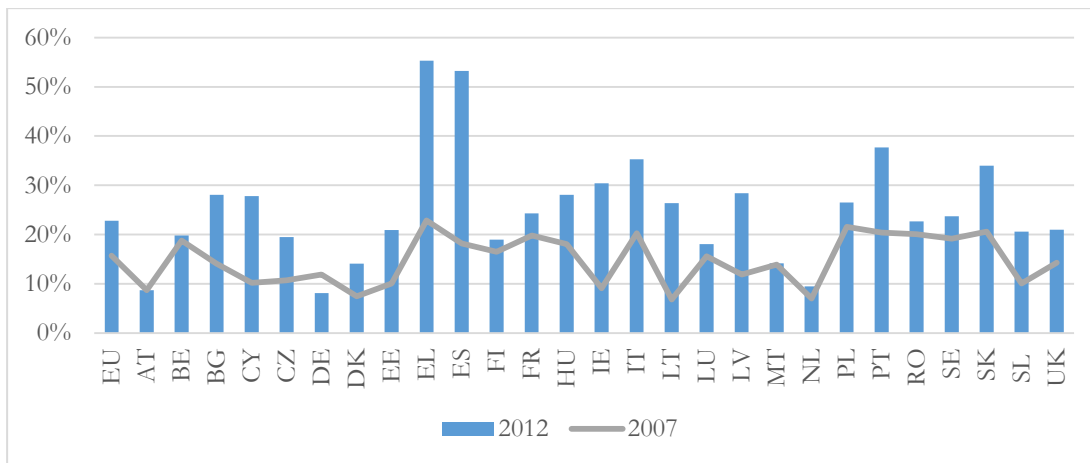


Abbildung 2: Jugendarbeitslosigkeit im Zeitverlauf

Quelle: Eurostat 2013b: Online-Daten-Code: une_rt_a. Eigene Darstellung.

Bei Betrachtung der einzelnen Mitgliedsstaaten zeigt sich, dass mit Ausnahme Deutschlands und Österreichs die Jugendarbeitslosenquote stärker steigt als die der Erwachsenen. In Deutschland ist die Jugendarbeitslosenquote stärker gesunken als die der Erwachsenen; in Österreich wiesen die Jugendarbeitslosenquoten 2007 und 2012 einen gleich hohen Wert auf, während die Quote der Erwachsenen um 0,1 Prozentpunkte sank (Eurostat 2013b).

In der EU ist nicht nur die Jugendarbeitslosenquote in den letzten Jahren angestiegen, vielmehr sinkt auch die Erwerbsquote junger Menschen stetig. Die Erwerbs- oder Beschäftigungsquote ist definiert als Anteil von Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung bezogen auf eine Altersgruppe, wobei unter Beschäftigten Personen zu verstehen sind, die einer entlohnten Beschäftigung in der Befragungswoche nach gehen oder während des Zeitraumes in einem Beschäftigungsverhältnis standen, aber vorübergehend aufgrund von Krankheit, Urlaub, Streik oder Weiterbildung abwesend waren (Eurostat 2013c).

Im Vergleich zu 2007, dem Jahr vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, ist die Erwerbsquote junger Menschen um 1,6 Prozentpunkte auf 42,6 Prozent zurückgegangen und damit niedriger als je zuvor.¹⁰ Überdurchschnittlich hoch ist die Erwerbsquote nur in Malta, in den nordeuropäischen Staaten Dänemark, Finnland und Schweden sowie in wenigen westeuropäischen Staaten, namentlich Deutschland, Österreich, den Niederlanden und dem Vereinigte Königreich. In diesen Staaten liegt die Arbeitsmarktbeteiligung von jungen Menschen bei über 50 Prozent. Besonders niedrig ist die Beschäftigungsquote mit ca. 25 Prozent in Ungarn und Luxemburg. Während die Erwerbsquote im EU-Durchschnitt nur geringfügig sank, ist in einzelnen Staaten ein drastischer Rückgang zu beobachten. Am stärksten sank die Erwerbsquote in Spanien und Irland um 9 bzw. 14,9 Prozentpunkte (Eurostat 2013c; siehe Tabelle A.3).

Aufgrund der stark voneinander abweichenden Werte empfiehlt es sich im Falle der Erwerbsquote die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen zu unterteilen, und zwar in die der 15- bis 19-Jährigen

¹⁰ Diese Feststellung bezieht sich auf den Zeitraum, für den Eurostat Daten zur Verfügung stellt. Für die heutigen Mitgliedsstaaten sind Werte seit 2000 verfügbar; für die EU mit ihren Mitgliedsstaaten zum jeweiligen Erhebungszeitraum seit 1987. Für beide Bezugsgruppen lag die Erwerbsquote für die 15- bis 25-Jährigen immer unter 42,6 Prozent.

sowie die der 20- bis 24-Jährigen. Wie Abbildung 3 zeigt, ist die Erwerbsquote der 20- bis 24-Jährigen nur wenige Prozentpunkte unter der der älteren Beschäftigten, während die Erwerbsquote der 15- bis 19-Jährigen deutlich niedriger ist. Weiterhin ist zu erkennen, dass die Erwerbsquote der jungen Menschen im Zeitverlauf leicht sinkt, während die der Erwachsenen steigt (Eurostat 2013c).

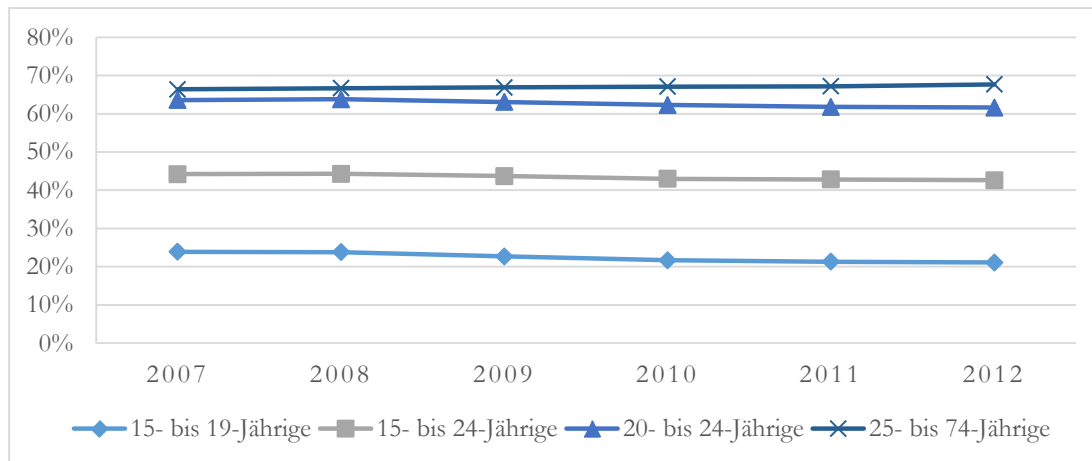


Abbildung 3: Beschäftigungsquote in der EU nach Alter im Zeitverlauf

Quelle: Eurostat 2013c: Online-Daten-Code: lfsa_argan. Eigene Darstellung.

Beim europäischen Vergleich der Langzeitarbeitslosenquote fällt auf, dass in jedem Mitgliedsstaat der EU der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen bei jungen Menschen niedriger ist als bei den Erwachsenen. Als langzeitarbeitslos gelten alle Personen, die seit 12 oder mehr Monaten arbeitslos sind. Der Unterschied ist in Rumänien, Italien, Zypern und Bulgarien mit einer Differenz von unter 10 Prozentpunkten am geringsten und mit über 25 Prozentpunkten in Finnland, Lettland, Deutschland, Dänemark, Malta, Litauen, den Niederlanden und Estland am stärksten ausgeprägt. Für die gesamte EU liegt die Differenz bei 15,4 Prozentpunkten (Eurostat 2013d).

In der Europäischen Union liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen bei jungen Menschen bei 32,4 Prozent. In der Slowakei ist mehr als jeder Zweite jugendliche Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Damit ist in keinem anderen EU-Staat das Risiko für junge Arbeitslose langzeitarbeitslos zu werden höher als in der Slowakei. In den drei skandinavischen EU-Mitgliedsstaaten ist das Risiko am geringsten. Hier beträgt der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen bei jungen Menschen weniger als 10 Prozent (Eurostat 2013d).

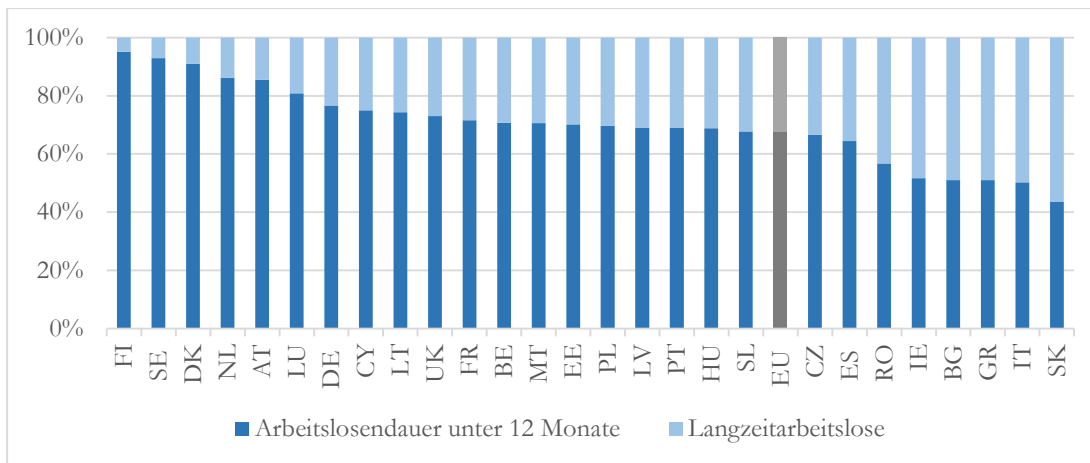


Abbildung 4: Langzeitarbeitslose an allen Arbeitslosen bei jungen Menschen (2012)

Quelle: Eurostat 2013; Online-Daten-Code: lfsa_upgal. Eigene Darstellung.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen bei den Jugendlichen in der EU seit 2007 um 6,3 Prozentpunkte auf 32,4 Prozent angestiegen ist, während der Anteil bei den Erwachsenen geringfügig um 0,3 Prozentpunkte auf 47,8 gesunken ist. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen ist bei den jungen Menschen am stärksten in Deutschland gesunken (8,9 Prozentpunkte) und am stärksten in Spanien und Irland (25,4 bzw. 28 Prozentpunkte) gestiegen (Eurostat 2013d; siehe Tabelle A.4).

Nach Berechnung von Eurofound (2012b: 37ff) basierend auf Daten aus dem Jahr 2009, die von der Europäischen Kommission im Rahmen einer Eurobarometer-Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurden, ist die Verdrängungsrate¹¹ von Jugendlichen mit 21,1 Prozent höher und zugleich die Wiederbeschäftigungsrate mit 13,5 Prozent niedriger als bei allen anderen Altersgruppen.

Eine weitere statistische Maßeinheit, die in der wissenschaftlichen Literatur zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist das Konzept der NEETs, das im Vergleich zur Jugendarbeitslosenquote weiter gefasst ist. NEET bedeutet *not in employment, education or training* und umfasst damit auch die inaktiven Jugendlichen. NEETs sind nach Eurostat definitionsgemäß alle Personen, die erstens keiner Beschäftigung nachgehen, also gemäß der ILO-Definition alle arbeitslosen und inaktiven Personen und zweitens an keiner Form von Bildung partizipieren. Die NEET-Rate ergibt sich durch die Anzahl der NEETs dividiert durch die Gesamtbevölkerungszahl der gleichen Altersgruppe und des gleichen Geschlechts, wobei alle Personen ausgenommen sind, die keine Angabe zu ihrer Bildungsbeteiligung gemacht haben. In der Regel umfasst das Konzept der NEETs die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen (Eurofound 2012a: 20ff). Im Vergleich zur Jugendarbeitslosenquote war die NEET-Rate 2012 mit 13,2 Prozent deutlich niedriger (Eurostat 2013g), in absoluten Zahlen jedoch gibt es mehr NEETs als Jugendarbeitslose. So gehören innerhalb der EU 7.787.018 Personen der Gruppe der NEETs an und nur 5.560.000 Personen den Jugendarbeitslosen (Eurostat 2013g; Eurostat 2013p; Eurostat 2013v).

¹¹ Als *verdrängt* werden alle Personen bezeichnet, die angeben ihren Job aufgrund der ökonomischen Krise verloren zu haben. Die Verdrängungsrate ist der Quotient aus den verdrängten Personen und den Personen, die ein Risiko der Verdrängung haben.

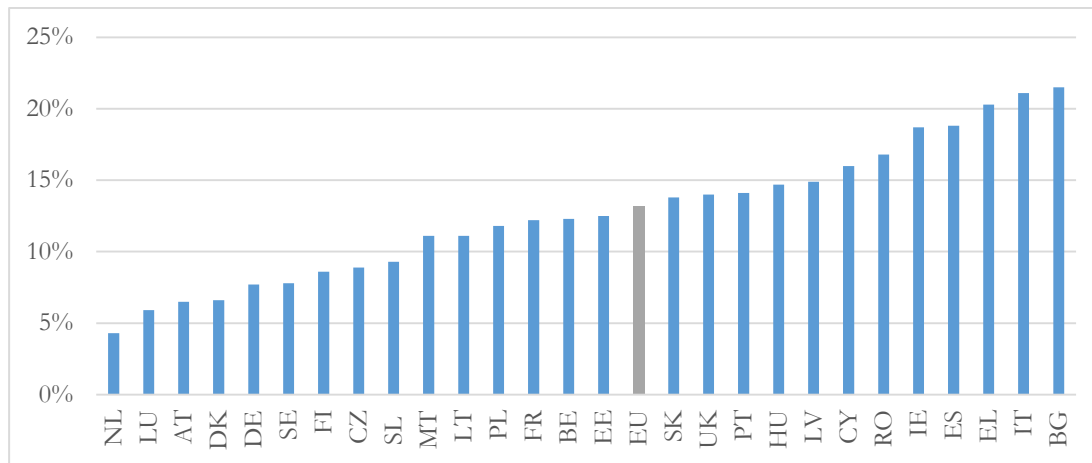


Abbildung 5: NEET-Raten der 15- bis 24-Jährigen in der EU (2012)

Quelle: Eurostat 2013g; Online-Daten-Code: edat_lfse_18. Eigene Darstellung.

Wie Abbildung 5 zeigt, variiert die NEET-Rate in den einzelnen EU-Staaten beträchtlich. Am niedrigsten ist die NEET-Rate in den Niederlanden mit 4,3 Prozent und am höchsten mit über 20 Prozent in Griechenland, Italien und Bulgarien. Für das Jahr 2011 hat Eurofound (2012a) die Eurostat-Daten für die Personengruppe der NEETs genauer untersucht und herausgestellt, dass sich die NEETs jeweils zur Hälfte aus arbeitslosen (51,2 Prozent) und inaktiven (48,8 Prozent) Jugendlichen zusammensetzen. Von den inaktiven NEETs wiederum haben 63 Prozent die Kapazität innerhalb von zwei Wochen ein Beschäftigungsverhältnis aufzunehmen. Von allen NEETs haben 52 Prozent niemals zuvor gearbeitet (Eurofound 2012a: 32ff).

Das individuelle Risiko zu der Gruppe der NEETs zu gehören, steigt mit folgenden Charakteristika: niedriges Bildungsniveau, Migrationshintergrund, schlechter Gesundheitsstatus, Bürger eines ländlichen Gebietes bzw. einer kleinen Stadt sowie niedriges Haushaltseinkommen. Die familiäre Herkunft macht sich insofern bemerkbar, als dass die Wahrscheinlichkeit zu der Gruppe der NEETs zu gehören, steigt, wenn die Eltern Arbeitslosigkeit erfahren haben, wenn die Eltern ein niedriges Bildungsniveau haben und wenn die Eltern geschieden sind (Eurofound 2012a: 55f). Für die Gruppe der NEETs sind ähnliche strukturelle Ursachen auf der Makroebene (Eurofound 2012a: 42ff) sowie ähnliche individuelle, ökonomische und gesellschaftliche Folgen wie für jugendliche Arbeitslose festgestellt worden (Eurofound 2012a: 58ff).

3.1.2 Charakteristika

Wie hoch das individuelle Risiko ist arbeitslos zu werden, hängt sowohl von individuellen Charakteristika als auch von strukturellen Faktoren ab. Im Folgenden soll gezeigt werden, ob das Geschlecht, die Nationalität, das Bildungsniveau und der Sektor, in dem das eigene Beschäftigungsverhältnis angesiedelt ist, das Risiko arbeitslos zu werden, beeinflussen.

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass junge Männer im EU-Durchschnitt geringfügig stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als junge Frauen. So liegt die Jugendarbeitslosenquote der jungen Männer bei 23,4 Prozent, die der jungen Frauen bei 22,1 Prozent. Mit Blick auf die einzelnen Nationalstaaten zeigt sich, dass in exakt einem Drittel der Staaten die Jugendarbeitslosigkeit der jungen Frauen höher ist als die der jungen Männer, und zwar in Griechenland, Italien, Lettland, Malta, der Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien und der Slowakei. In den anderen EU-Staaten ist der Anteil junger Männer höher (Eurostat 2013b).

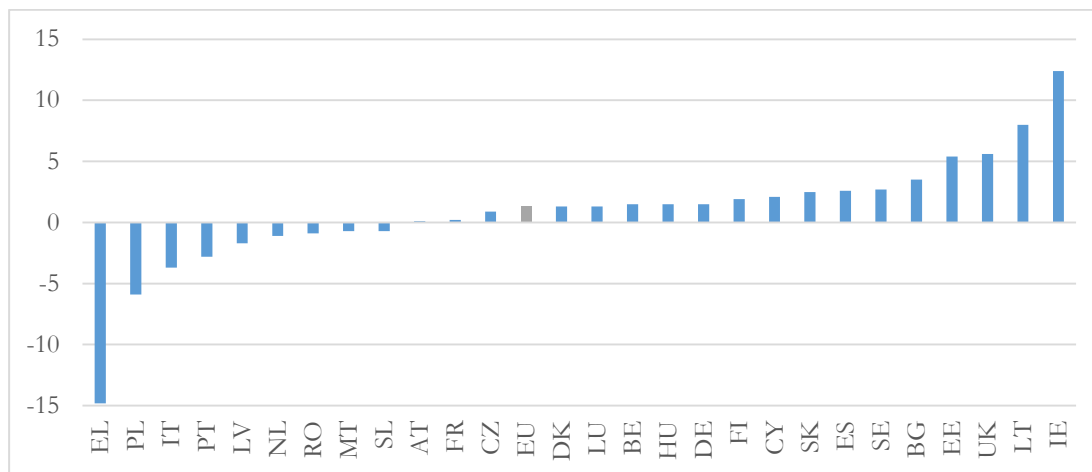


Abbildung 6: Jugendarbeitslosigkeit nach Geschlecht (2012)¹²

Quelle: Eurostat 2013b: Online-Daten-Code: une_rt_a. Eigene Berechnung.

Vor Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise war die Arbeitslosenquote junger Frauen im EU-Durchschnitt signifikant höher als die junger Männer (Dietrich 2012: 14). In Zeiten der Rezession ist die Arbeitslosenquote der jungen Männer stärker angestiegen und hat den Wert der jungen Frauen sowohl im EU-Durchschnitt als auch in den meisten Mitgliedsstaaten überschritten. Eine Ausnahme bilden Lettland, Malta, Polen und Rumänien, wo die Arbeitslosenquote der Frauen stärker gestiegen ist und derzeit auch relativ höher liegt sowie Deutschland. In Deutschland ist die Jugendarbeitslosenquote seit 2007 für beide Geschlechter um je 3,3 Prozentpunkte auf 7,3 für junge Frauen und auf 8,8 Prozent für junge Männer gefallen (Eurostat 2013b). Dass die Arbeitslosenquote bei jungen Männern stärker als bei jungen Frauen gestiegen ist, ist darauf zurückzuführen, dass von der Krise besonders stark jene Sektoren, in denen Männer dominant

¹² Erläuterung zur Lesbarkeit der Abbildung: Positive Werte bedeuten, dass die Arbeitslosenquote junger Männer höher liegt als die junger Frauen. Negative Werte bedeuten, dass die Arbeitslosenquote junger Frauen höher liegt als die junger Männer.

sind, wie zum Beispiel Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, betroffen sind (Eurofound 2012a: 7).

Ein erhöhtes Risiko von Jugendarbeitslosigkeit betroffen zu sein, besteht dann, wenn die entsprechende Person eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzt. Im EU-Durchschnitt ist die Jugendarbeitslosenquote von Ausländern 8,2 Prozentpunkte höher als die von Inländern. So lag sie für Unionsbürger 2012 bei 22,2 Prozent, während die Jugendarbeitslosenquote der EU-Ausländer bei 30,4 Prozent lag. Auch in den meisten Mitgliedsstaaten ist die Jugendarbeitslosenquote von Inländern geringer als von Ausländern, wenngleich sowohl die Differenz als auch die absolute Höhe stark variieren. Die Differenz ist in Griechenland mit 2,7 Prozentpunkten am niedrigsten und in der Slowakei mit 24,9 Prozentpunkten am höchsten. In der Tschechischen Republik, Irland, Italien, Portugal und dem Vereinigten Königreich ist die Jugendarbeitslosenquote der Ausländer geringer als die der Inländer (Eurostat 2013e).

In Zeiten der Rezession hat sich die Differenz zwischen der Jugendarbeitslosenquote der Unionsbürger und EU-Ausländern noch weiter erhöht. Auch in allen EU-Mitgliedsstaaten, mit Ausnahme Deutschlands, Irlands, Zyperns und des Vereinigten Königreichs hat die Jugendarbeitslosigkeit bei Ausländern stärker zugenommen als bei den jeweiligen Inländern (Eurostat 2013e).

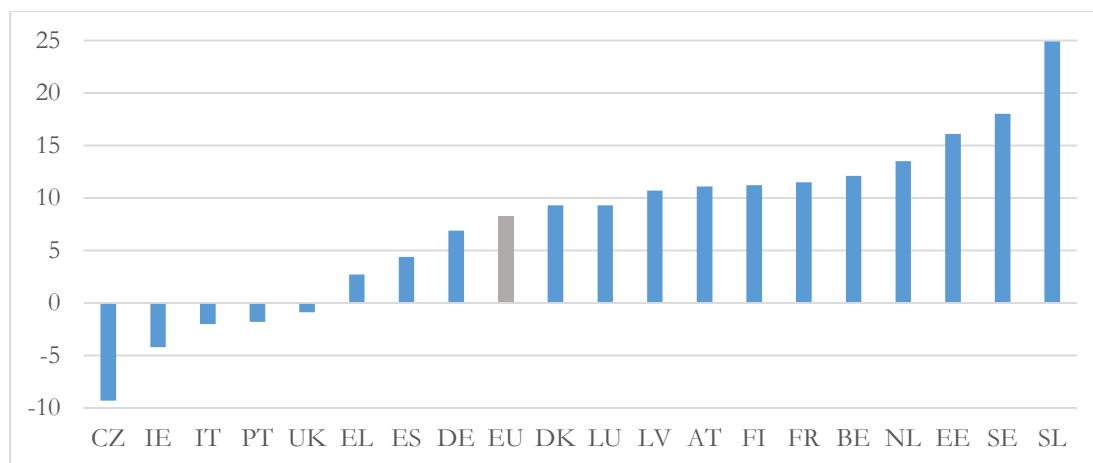


Abbildung 7: Jugendarbeitslosigkeit nach Nationalität (2012)^{13,14}

Quelle: Eurostat 2013e: Online-Daten-Code: lfsa_urgan. Eigene Berechnung.

Die weitverbreitete Annahme, dass je niedriger das Bildungsniveau desto höher das Risiko arbeitslos zu werden, lässt sich für junge Menschen in der EU empirisch nicht nachweisen. Vielmehr zeigen die Daten von Eurostat, dass – legt man den Zeitraum seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise bis einschließlich 2012 zugrunde – es in zehn Staaten dauerhaft oder zwischenzeitlich keinen linearen Zusammenhang zwischen der Jugendarbeitslosenquote und dem Bildungsniveau gab (Eurostat 2013f). Um das Bildungsniveau staatenübergreifend vergleichen zu

¹³ Die angegebenen Jugendarbeitslosenquoten für Ausländer in der Tschechischen Republik, Finnland und der Slowakei weisen eine geringe Zuverlässigkeit auf. Für Italien und Schweden lagen für diesen Wert keine aktuellen Daten vor, sodass die Daten aus dem Jahre 2009 bzw. 2011 stammen.

¹⁴ Erläuterung zur Lesbarkeit der Abbildung: Positive Werte bedeuten, dass ausländische Staatsbürger stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Staatsbürger des jeweiligen Staats. Negative Werte bedeuten, dass inländische Staatsbürger stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

können, werden die Bildungsabschlüsse gemäß der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) einer von sieben Niveaustufen zugeordnet, wobei diese Niveaustufen in dieser Arbeit wiederum zu drei unterschiedlichen Niveaustufen gruppiert werden: Die ISCED-Level 0-2 stehen hierbei für vorschulische Bildung, Grundbildung und Sekundarbildung I, die Level 3-4 umfassen Sekundarstufe II und die postsekundäre Bildung und die Level 5-6 entsprechen der tertiären Bildung.

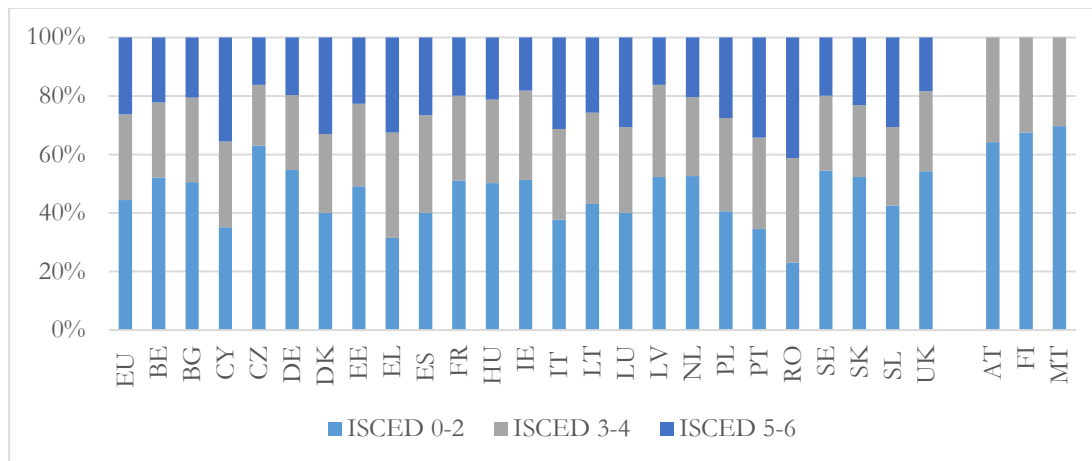


Abbildung 8: Jugendarbeitslosigkeit nach Bildungsniveau (2012)¹⁵

Quelle: Eurostat 2013f: Online-Daten-Code: lfsa_urgaed.

In Zypern, Dänemark, Griechenland, Italien, Portugal, Rumänien und Slowenien galt die Annahme, je höher das Bildungsniveau desto niedriger die Jugendarbeitslosenquote, im Jahr 2012 nicht. In diesen Staaten ist mit Ausnahme Griechenlands die Arbeitslosigkeit unter jungen Hochschulabsolventen höher als die unter Personen mit einem Abschluss auf ISCED-Niveau 3-4. In der Tschechischen Republik, in Luxemburg und in der Slowakei war der Zusammenhang (je höher das Bildungsniveau, desto niedriger das Risiko arbeitslos zu werden) für junge Menschen in mindestens einem Jahr seit 2007 nicht gegeben. Für die übrigen 17 Staaten sowie gesamteuropäisch gilt jedoch, dass für Hochschulabsolventen ein relativ geringes Risiko der Jugendarbeitslosigkeit besteht, für Personen mit einem Sekundarabschluss II ein mittleres Risiko und für Personen mit maximal einem Sekundarabschluss I ein relativ hohes Risiko (Eurostat 2013f). Aufgrund der Altersgruppe, die hier dargestellt wird, gilt es zu beachten, dass sich viele Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren noch in Bildung befinden bzw. den höchsten angestrebten Abschluss noch nicht erreicht haben (Dietrich 2012: 16).

Entscheidend für das Risiko arbeitslos zu werden, ist auch die Branchenzugehörigkeit. Von 2008 bis 2011 ist in nahezu allen Wirtschaftszweigen die Jugendbeschäftigung rückläufig, wobei die Einteilung in Wirtschaftszweige gemäß der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE 2) erfolgt ist. Am stärksten war der Rückgang mit über

¹⁵ Für die ISCED-Level 5 und 6 sind nicht für alle Staaten Daten verfügbar. Während für Österreich, Finnland und Malta für den Zeitraum 2007-2012 keine Daten vorliegen, sind die Daten von Belgien und Estland sowie von Luxemburg aus den Jahren 2011 bzw. 2009. Einzelne Werte weisen eine geringe Zuverlässigkeit auf, insbesondere für die ISCED-Niveaustufen 5 und 6.

20 Prozent in den Branchen Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Baugewerbe/Bau sowie Information und Kommunikation. Zuwächse gab es mit ca. 3 Prozent lediglich in dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie Erziehung und Unterricht (Eurofound 2012a: 13).

3.1.3 Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit

Ob die Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt gelingt, hängt von einer Vielzahl an strukturellen und institutionellen Faktoren ab, wobei im Folgenden jene vorgestellt werden sollen, die in der wissenschaftlichen Literatur als die wichtigsten gelten. Diese Faktoren erklären bis zu einem gewissen Maße, warum die Jugendarbeitslosigkeit höher ist als die der erwachsenen Erwerbspersonen und warum es starke Differenzen im Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit zwischen den EU-Staaten gibt. Eine eindeutige Antwort auf die Frage nach den Ursachen von Arbeitslosigkeit konnte in der wissenschaftlichen Literatur trotz jahrzehntelanger Forschung noch nicht gegeben werden.

Die Arbeitslosenquote hängt mit der volkswirtschaftlichen Lage eines Staates zusammen, wobei eine Vielzahl an Studien gezeigt hat, dass Jugendliche sensibler auf konjunkturelle Schwankungen reagieren und daher in Krisenzeiten in einem größeren Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffenen sind als Erwachsene (Bell/Blanchflower 2009: 17f). Scarpetta, Sonnet und Manfredi (2010: 14f) zeigen für alle OECD-Staaten, wie die jeweilige Differenz zwischen Jugendlichen und Erwachsenen bei der Reaktion auf den Wirtschaftszyklus ist. Im Rahmen von der Friedrich-Ebert-Stiftung (2012: 7) durchgeführter vergleichender Untersuchungen zur Jugendarbeitslosigkeit in unterschiedlichen EU-Staaten¹⁶ wurde gezeigt, dass die Jugendarbeitslosenquote nicht nur stärker, sondern auch schneller auf konjunkturelle Veränderungen reagiert. Die Korrelation zwischen der Jugendarbeitslosigkeit und dem Wirtschaftswachstum liegt demnach bei 0,44, die der Erwachsenen bei 0,29. Eurofound (2012a: 50) zeigt für die Gruppe der NEETs, dass bei einem Wirtschaftswachstum von 1 Prozentpunkt die NEET-Rate um 0,18 Prozentpunkte sinkt. Dass die Jugendarbeitslosenquote sensibler auf konjunkturelle Schwankungen reagiert als die Arbeitslosenquote älterer Erwerbspersonen liegt auch daran, dass Jugendliche überproportional häufig in Sektoren beschäftigt sind, die besonders stark von konjunkturellen Schwankungen betroffen sind (Eurofound 2012a: 18). Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sieht für die baltischen und skandinavischen Staaten sowie für Ungarn den Hauptgrund für die steigende Jugendarbeitslosigkeit im Rückgang des Sozialproduktes (Bellmann/Buttler 2010: 68). Die konjunkturelle Entwicklung an sich ist jedoch nicht ausreichend, um die Differenz der Jugendarbeitslosenquote zwischen den Altersgruppen sowie zwischen den Staaten zu erklären.

Nach der Humankapitaltheorie setzt sich die Produktivität eines Arbeitnehmers aus dem Niveau seiner Bildung sowie seiner beruflichen Erfahrung zusammen (Plünnecke/Werner 2004:

¹⁶ Einen detaillierten Überblick über die Situation in den einzelnen EU-Staaten bieten die FES-Länderberichte zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, abrufbar unter:
http://www.fes.de/themen/jugend/publikationen_jugendarbeitslosigkeit.php.

18). Menschen in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen verfügen in der Regel über deutlich weniger Berufserfahrung als ältere Arbeitnehmer und haben demzufolge ein niedrigeres Produktivitätsniveau als ältere Beschäftigte. Befinden sich die Jugendlichen am Übergang vom Bildungssystem in das Erwerbsleben, so verfügen sie über keinerlei Berufserfahrungen. Damit besteht bei jungen Menschen ein Missverhältnis zwischen den Kompetenzen, die von Seiten des potenziellen Arbeitgebers verlangt werden und denen, über die die jungen Menschen verfügen (Eurofound 2012a: 4). Nach der Humankapitaltheorie lässt sich demnach auch erklären, warum in einigen Staaten diejenigen Personen, die über ein relativ niedriges Bildungsniveau verfügen, schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben als Höherqualifizierte.

Neben dem Mangel an berufspraktischen Erfahrungen kommt es bei jungen Menschen häufig auch zu einem Mangel an Erfahrungen in dem Prozess eine neue Anstellung zu finden (Martin 2009: 5). Hinzu kommt, dass gemäß der Suchtheorie diejenigen Personen, die aus einer Beschäftigung heraus eine neue Stelle suchen, höhere Chancen haben ein neues Arbeitsangebot zu erhalten als diejenigen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind (Plünnecke/Werner 2004: 24). Auch nach der Insider-Outsider-Theorie (Lindbeck/Snowder 2002) ist davon auszugehen, dass die sogenannten *Entrants* und die *Outsider*, zu denen junge Menschen mehrheitlich zählen, stets mit den *Insidern* konkurrieren. Dabei haben die *Insider* gegenüber den *Entrants* und *Outsidern* Wettbewerbsvorteile, da bei Ersteren die Entlassungskosten am höchsten sind. Demgegenüber gehen die Vertreter der Neoklassik davon aus, dass es sich bei Arbeitslosigkeit stets um freiwillige Auszeiten handelt, die der Jobsuche gelten (Dietrich 2012: 8).

In Staaten, die über ein duales Ausbildungssystem verfügen, haben jungen Menschen bereits während ihrer Ausbildungsphase die Möglichkeit praktische Erfahrungen zu sammeln und so ihre Produktivität zu erhöhen. Eine berufliche Ausbildung bietet ferner die Möglichkeit, dass Unternehmen Mängeln in den Kenntnissen der potenziellen künftigen Mitarbeiter bereits während der Lehrzeit entgegenwirken sowie Fähig- und Fertigkeiten, die im Unternehmen benötigt werden, vermitteln können (Plünnecke/Werner 2004: 25). Durch eine berufsbezogene Ausbildung haben die jungen Menschen bereits eine Zwischenstufe bei der Integration in den Arbeitsmarkt erreicht und gleichen dadurch auch mangelnde Erfahrungen beim Finden einer Anstellung aus. Auch wichtige Informationen und Kontakte, die sie durch ihre Ausbildung erworben haben, helfen beim Übergang in den Arbeitsmarkt (Plünnecke/Werner 2004: 25). Zudem wird durch eine duale Ausbildung die Informationsasymmetrie bei der Einstellung von Arbeitskräften zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zum Teil aufgrund der mangelnden Reputation von Berufsanfängern reduziert (Plünnecke/Werner 2004: 21). Insgesamt wird Plünnecke und Werner (2004: 26) zufolge durch ein praxisnahes Ausbildungssystem die Jugendarbeitslosenquote um 4,7 Prozentpunkte verringert. Das System der dualen Berufsausbildung ist insbesondere in Deutschland und Österreich, aber auch in Dänemark, von zentraler Bedeutung. Andere EU-Staaten haben in den letzten Jahren begonnen ein Ausbildungssystem einzuführen bzw. schwache vorhandene Strukturen zu stärken (Eurofound 2012a: 129).

Bei Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit aus der Perspektive des Übergangs von der Schule zum Arbeitsmarkt kann die an die Schul- und Ausbildungszeit anschließende Phase der Arbeits-

losigkeit als institutionell erzwungene Wartezeit gesehen werden, die sich hinsichtlich der Ursache, Dauer und Art der Beendigung von Phasen der Arbeitslosigkeit im Erwachsenenalter unterscheidet und eine spezifische Funktion erfüllt (Dietrich 2006: 28). Ein direkter Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt gelingt in der gesamten EU nicht mehr problemlos (Friedrich-Ebert-Stiftung 2012: 7). Empirisch betrachtet durchlaufen die Jugendlichen mehrere, auf Befristung hin angelegte Statuszustände, bevor die Integration in das Erwerbssystem erfolgt. Hierbei kann es sich sowohl um Phasen der individuellen Orientierung, um Familienphasen oder Zeiten des Militär- und Zivildienstes handeln (Dietrich 2003: 2). Der Übergang von der allgemeinbildenden Schulphase ins Ausbildungssystem fällt dabei in der Regel leichter als vom beruflichen Ausbildungssystem in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis (Stettes 2007: 8)¹⁷. Das durchschnittliche Alter von Jugendlichen beim Übertritt in eine reguläre Beschäftigung erhöhte sich in den letzten Jahren (Martin 2009: 9), was auch damit zusammenhängt, dass mehr Jugendliche nach Phasen der Erwerbslosigkeit den Weg zurück ins Bildungssystem gegangen sind bzw. in Zeiten der Krise aufgrund schlechterer Arbeitsmarktbedingungen länger im Bildungssystem bleiben (Europäische Kommission 2012a: 6; Brenke 2012: 2). Diese immer länger werdenden Phasen der Schul- und Ausbildung erklären auch den Rückgang der Beschäftigungsquote in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen. Die Entscheidung, ob junge Menschen zurück ins Bildungssystem gehen, hängt neben der individuellen Qualifikation auch von finanziellen, kulturellen und sozialen Ressourcen (Dietrich 2012: 34f) ab und ist, insbesondere in den mittelosteuropäischen Staaten, ein Abwägen zwischen einem höheren Haushaltseinkommen und dem Ziel einer höheren Qualifizierung (Pastore 2007: 14)¹⁸.

Der Zusammenhang zwischen der Jugendarbeitslosenquote und Arbeitsmarktregulierung wird in der Wissenschaft sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene kontrovers diskutiert. Einige Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass schlechte Arbeitsbedingungen, die als Folge von Deregulierung des Arbeitsmarktes gesehen werden, einen negativen Einfluss auf die Beteiligung von jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt haben (Friedrich-Ebert-Stiftung 2012: 2). Martín beispielsweise sieht in „schlechten“ Arbeitsbedingungen, wie befristeter Beschäftigung, die Hauptursache für die hohe Jugendarbeitslosenquote in großen Teilen der EU (Martín 2012: 4) und auch Dietrich (2003: 2) geht davon aus, dass befristete Arbeitsverhältnisse ein spezifisches Risiko der Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Demnach haben Jugendliche ein stärkeres Risiko arbeitslos zu werden, da sie überproportional häufig, wie Kapitel 3.2 zeigen wird, von atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind. Bellmann und Buttler (2010: 67f) sehen die Kündigungsschutzbestimmungen der einzelnen Staaten als zentrale Ursache für die vergleichsweise hohe Jugendarbeitslosenquote. Dies gilt insbesondere für Dänemark, Portugal und Schweden, wo das *last in, first out*-Prinzip gilt sowie Frankreich und Spanien, wo ältere Arbeitnehmer einen stärkeren Kündigungsschutz genießen als junge Erwerbstätige. Andere wie Noelke (2011) und die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound 2012a: 42ff) hingegen konnten diesen Zusammenhang nicht bestätigen. Pastore (Pas-

¹⁷ Eigene Nummerierung.

¹⁸ Eigene Nummerierung.

tore 2007: 5)¹⁹ geht andersherum davon aus, dass eine striktere Regulierung für eine hohe Jugendarbeitslosenquote verantwortlich ist. Diese Widersprüchlichkeit ist einer Kontroverse zweier theoretischer Perspektiven geschuldet, wobei einerseits argumentiert wird, dass durch striktere Arbeitnehmerschutzbestimmungen die Beschäftigungsverhältnisse stabilisiert und andererseits davon ausgegangen wird, dass hierdurch Arbeitgeber von weiteren Einstellungen abgehalten werden. Eurofound (2012a: 42ff) stellt aus empirischer Perspektive fest, dass sich eine stärkere Arbeitsmarktregulierung negativ auf befristete, nicht aber auf unbefristete Arbeitsverhältnisse auswirkt.

In der wissenschaftlichen Literatur wird auch der Zusammenhang von Jugendarbeitslosigkeit und der Größe einer Kohorte diskutiert. Aus einer theoretischen Perspektive ist davon auszugehen, dass die Jugendarbeitslosigkeit steigt, je stärker ein Altersjahrgang ist, da es dann zu einem verstärkten Wettbewerb um Arbeitsplätze zwischen den Jugendlichen kommt. Empirisch konnte dieser Zusammenhang nicht eindeutig nachgewiesen werden, vielmehr gibt es widersprüchliche Ergebnisse (Dietrich 2012: 21f; Eurofound 2012a: 49). Döring und Trabert (2003) zeigen in einer vergleichenden Studie, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters nicht zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosenquote führen muss.

In einer Studie hat Martin (2009: 13ff) für 13 EU-Staaten gezeigt, dass je höher die Jugendarbeitslosenquote eines Staates ist, desto häufiger leben die Jugendlichen bei ihren Eltern. Empirisch konnte bisher nicht nachgewiesen werden, ob die Tatsache, dass junge Menschen bei den Eltern wohnen, eine Ursache oder eine Folge von Jugendarbeitslosigkeit ist. Aus einer theoretischen Perspektive ist beides denkbar. Einerseits kann Arbeitslosigkeit dazu führen, dass Jugendliche auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen sind und aus diesem Grund bei den Eltern wohnen und andererseits kann die Tatsache, dass junge Menschen zuhause wohnen, dazu führen, dass ihr Risiko arbeitslos zu werden steigt, da sie erstens weniger mobil sind und zweitens sie aufgrund der finanziellen Unterstützung der Eltern länger und mit geringerem Druck nach einer Stelle suchen können. Letzteres wird durch die Annahme unterstützt, dass die Jugendarbeitslosenquote und damit auch der Anteil derjenigen Jugendlichen, die bei den Eltern leben, vorwiegend in den Ländern besonders hoch ist, in denen die familiäre Bindung einen hohen kulturellen Stellenwert hat, wie beispielsweise in Italien und Spanien (Martin 2009: 13ff). Welchen Einfluss das Wohlfahrtsregime sowie die Dauer und die Höhe der Arbeitslosenunterstützung auf die Jugendarbeitslosigkeit haben, bedarf EU-weiter empirischer Untersuchungen.

Junge Menschen, die bereits den Übergang ins Berufsleben geschafft haben, haben ein höheres Risiko wieder arbeitslos zu werden als ihre älteren Kollegen. Hierfür verantwortlich ist neben der Tatsache, dass junge Menschen häufiger befristete Verträge erhalten, auch die geringere Berufserfahrung (Dietrich 2012: 25) sowie die Tatsache, dass die Arbeitgeber bei den Jugendlichen weniger in Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen investiert haben (Martin 2009: 5).

¹⁹ Eigene Nummerierung.

3.1.4 Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit bedeutet für die betroffenen Personen nicht nur den Wegfall von Erwerbseinkommen, sondern hat weitreichende individuelle und gesamtgesellschaftliche Auswirkungen. An dieser Stelle können die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit aufgrund ihrer Komplexität nur skizziert werden. Einen detaillierten Literaturüberblick bieten Bell/Blanchflower (2009) und Bell/Blanchflower (2010) sowie speziell für die Gruppe der NEEt's eine Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound 2012a).

Zu den individuellen Folgen zählen neben dem Verlust des Erwerbseinkommens die zunehmende Anfälligkeit für Krankheiten und Fehlernährung ebenso wie eine erhöhte Wahrscheinlichkeit eine Depression zu bekommen. Bei Arbeitslosen ist zudem eine Reduzierung des psychischen Wohlbefindens, der Lebenserwartung und der Selbstachtung sowie eine erhöhte Suizid- und Kriminalitätsrate zu finden (Bell/Blanchflower 2009: 13ff; Bell/Blanchflower 2010: 13ff). Schels (2007: 25ff) hat für Deutschland gezeigt, dass die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das psychische Wohlbefinden bei jungen Männern stärker als bei jungen Frauen ausgeprägt sind. Bei Frauen verschlechtert sich das Wohlbefinden dann, wenn sie sich aufgrund der Arbeitslosigkeit materiell einschränken müssen.

Kieselbach und Beelmann (2003) haben in einer Vergleichsstudie für sechs EU-Staaten²⁰ untersucht, ob Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen zu sozialer Exklusion führt. Zusammengefasst kommen sie zu dem Ergebnis, dass das Risiko sozialer Exklusion in den südeuropäischen Staaten deutlich niedriger ist als in den nordeuropäischen Ländern, mit Ausnahme Schwedens. Das unterschiedliche Ausmaß an sozialer Ausgrenzung erklären sie durch „das höhere Ausmaß an Normalität, die Pufferfunktion irregulärer Beschäftigung (80 bis 90 Prozent der südeuropäischen langzeitarbeitslosen Jugendlichen waren in mehr oder minder starker Form in der Schattenwirtschaft aktiv) sowie durch die wirksamere soziale Unterstützungsfunktion der Herkunftsfamilie in Südeuropa“ (Kieselbach/Beelmann 2003: 37). Länderübergreifend stellten sie fest, dass insbesondere diejenigen Jugendlichen ein höheres Risiko sozialer Exklusion haben, die folgende Faktoren aufweisen: „niedriges Qualifikationsniveau, passives Verhalten auf dem Arbeitsmarkt, schwierige finanzielle Lage, keine oder nur geringe soziale Unterstützung, mangelhafte oder nicht vorhandene institutionelle Hilfe, geringes Selbstwertgefühl und in einigen Fällen Drogensucht und Devianz“ (Kieselbach/Beelmann 2003: 36f).

Unterschiedliche empirische Studien zeigen, dass Phasen der Arbeitslosigkeit zu Beginn der Erwerbsbiografie die Wahrscheinlichkeit der Wiederbeschäftigung senken und langfristig zu geringeren Löhnen führen (Bell/Blanchflower 2009: 19f; Bell/Blanchflower 2010: 15f; Dietrich 2012: 7). Abweichend hiervon kommt Dietrich (2003: 9) zu dem Ergebnis, dass sich Jugendarbeitslosigkeit ausschließlich in Deutschland langfristig negativ auf das Brutto-Stunden-Einkommen auswirkt.

²⁰ Deutschland, Belgien, Spanien, Schweden, Griechenland und Italien

Arbeitslosigkeit kann zudem eine Verminderung von Qualifikationen bedeuten, da es den Betroffenen an Fähigkeiten und Qualifikationen mangelt, die sie während einer Berufstätigkeit hätten erwerben können (Rothe/Tinter 2007: 22).

Die individuellen Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit haben kumuliert auch gesamtgesellschaftliche Folgen. So kann die fehlende Berufserfahrung und das ungenutzte Potenzial der Jugendlichen ein Verlust von Humankapital bedeuten und gar den Fachkräftemangel verstärken (Rothe/Tinter 2007: 22ff).

Ökonomisch wird die Gesellschaft vor allem durch erhöhte Versicherungs- und Transferleistungen, durch Mehrausgaben aufgrund vermehrter psychischer und körperlicher Erkrankungen, durch verminderte Sozialversicherungs- und Steuereinnahmen sowie durch eingeschränkte Konsumausgaben belastet. Im Jahre 2011 beliefen sich die Kosten, die durch die NEETs verursacht wurden, EU-weit auf rund 153 Milliarden Euro. Die Sozialleistungen pro NEET variierten im Jahr 2011 erheblich zwischen den EU-Staaten und rangierten zwischen durchschnittlich 4 Euro in Bulgarien und 5.659 Euro in Dänemark. In Deutschland lagen die Sozialausgaben für NEETs bei durchschnittlich 2.092 Euro pro Kopf, die Gesamtausgaben bei 15 Milliarden Euro (Eurofound 2012a: 79).²¹

Bei jugendlichen Arbeitslosen lässt sich darüber hinaus ein erhöhtes Desinteresse an Politik sowie eine stärkere Politikverdrossenheit als bei ihren Altersgenossen messen. Auch Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus wurden in der wissenschaftlichen Literatur mehrfach als Folge von Jugendarbeitslosigkeit diskutiert, wobei der Zusammenhang aufgrund der Vielzahl der Faktoren, die das Entstehen von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus beeinflussen, bisher nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte (Rothe/Tinter 2007: 25f). Für die Gruppe der NEETs zeigte Eurofound, dass NEETs ein erheblich niedriges Level an Vertrauen in demokratische Institutionen haben, beträchtlich geringer politisch interessiert und engagiert sind sowie ein deutlich niedrigeres Niveau an sozialer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung aufweisen (Eurofound 2012a: 82ff).

3.2 Atypische und prekäre Beschäftigung

Atypische Beschäftigung wird gemeinhin in negativer Abgrenzung zum Normalarbeitsverhältnis definiert. Von einem Normalarbeitsverhältnis wird in Anlehnung an Mückenberger gesprochen, wenn eine Beschäftigung folgende Merkmale erfüllt: „Vollzeittätigkeit mit entsprechendem subsistenzsicherndem Einkommen; unbefristetes Beschäftigungsverhältnis; vollständige Integration in die sozialen Sicherungssysteme (vor allem Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung); Identität von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis; Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber“ (Keller/Seifert 2011: 8). Das Normalarbeitsverhältnis ist nicht normativ zu

²¹ Die Gesamtkosten setzen sich aus den gezahlten Sozialleistungen sowie den entgangenen Steuern und Abgaben zusammen und beziehen sich auf das Jahr 2011 (vgl. Eurofound 2012a: 67). Im EU-weiten Durchschnitt fehlen die Werte von Malta. Die Sozialleistungen pro Kopf der Eurofound-Studie (Seite 79) zu entnehmen, wobei in der Tabelle die *Unit public finance cost* und die *Unit resource cost* vertauscht sein müssen.

verstehen, vielmehr handelt es sich hierbei um eine analytische Eingrenzung. Erfüllt eine Beschäftigungsform eines dieser Merkmale, die einem Normalarbeitsverhältnis zugeschrieben werden, nicht, wird von einem atypischen Beschäftigungsverhältnis gesprochen.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse gehen häufig mit prekären Beschäftigungsverhältnissen einher, wenngleich beide Begriffe nicht gleichbedeutend sind. Umgekehrt ist Prekarität kein ausschließliches Merkmal atypischer Beschäftigung, sondern kann auch im Normalarbeitsverhältnis auftreten (Brehmer/Seifert 2007: 3). „Der Begriff [prekär] bedeutet unsicher, schwierig oder problematisch und macht auf die unsicheren und zum Teil sehr schlechten Arbeitsbedingungen atypischer Beschäftigungsverhältnisse aufmerksam“ (Kramer/Langhoff 2012: 23). Eine einheitliche Definition zu prekären Beschäftigungsverhältnissen hat sich bis dato in der wissenschaftlichen Literatur nicht herausgebildet, vielmehr gibt es eine Vielzahl an Definitionsansätzen (Brehmer/Seifert 2007: 5; Keller/Seifert 2011: 8). Ein vielzitatierter Ansatz ist der von Keller und Seifert, welche vier Prekaritätsmerkmale herausgestellt haben. Demnach gilt als prekär, wer weniger als zwei Drittel des Medianeinkommens verdient, nicht oder nur unzureichend in die sozialen Sicherungssysteme integriert ist sowie keine Beschäftigungsstabilität und -fähigkeit erfährt (Keller/Seifert 2011: 11). Einen weitergefassten Prekaritätsbegriff legen Brinkmann, Dörre und Röbenack (2006: 17) zugrunde, indem sie Prekarität wie folgt definieren: „Als prekär kann ein Erwerbsverhältnis bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert und mehrheitlich anerkannt wird. Und prekär ist Erwerbsarbeit auch, sofern sie subjektiv mit Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheit in einem Ausmaß verbunden ist, das gesellschaftliche Standards deutlich zuungunsten der Beschäftigten korrigiert.“ Dieser Ansatz bietet zwar keine analytische Trennschärfe, erweist sich jedoch aufgrund der Einbeziehung subjektiver Empfindungen für diese Arbeit als sinnvoll, da aufgrund der Fragestellung und der gewählten Untersuchungsmaterialien die Wahrnehmung einzelner Akteure von höherer Bedeutung ist als feste Prekaritätskriterien.

Bei dieser Definition „handelt es sich um eine relationale Kategorie, deren Aussagekraft wesentlich von der Definition gesellschaftlicher Normalitätsstandards abhängt. Eine Beschäftigung kann auch mehrere Prekaritätsmerkmale gleichzeitig aufweisen, da kann beispielsweise eine befristete Beschäftigung niedrig entlohnt sein. Wo unsichere Arbeit zum Dauerzustand wird und die Verrichtung solcher Tätigkeiten eine soziale Lage für die gesellschaftlichen Gruppen konstituiert, kann (...) von der Herausbildung einer ‚Zone der Prekarität‘ gesprochen werden“ (Brinkmann/Dörre/Röbenack 2006: 17). Dörre (2007) teilt die Erwerbsarbeit in Anlehnung an Castel (2000: 336ff) in die *Zone der Integration*, *Zone der Prekarität* und die *Zone der Entkopplung* ein, wobei die *Zone der Prekarität* wiederum in drei Typen (Hoffende, Realisten, Zufriedene) untergliedert wird. Der Typ des *Hoffenden* ist am Übergang in die *Zone der Integration* angesiedelt. Bei ihm handelt es sich „in erster Linie um jüngere, qualifizierte Beschäftigte, die ihr prekäres Arbeitsverhältnis als Sprungbrett in eine Normalbeschäftigung sehen“ (Dörre 2007: 11). Auch unabhängig vom Castelschen Zonenmodell gibt es eine Vielzahl an empirischen Studien, die zeigen, dass sich junge Menschen in Deutschland und der Europäischen Union in überdurchschnittlichem Umfang in

atypischen Beschäftigungsverhältnissen befinden (siehe z.B. Keller/Seifert 2011: 23; Eurofound 2010: 14).

3.2.1 Formen prekärer Beschäftigung

Ausgehend von der oben genannten Definition lässt sich eine Vielzahl unterschiedlicher Beschäftigungsformen unter dem Begriff atypisch subsumieren. Wenngleich in der wissenschaftlichen Debatte Konsens darüber herrscht, dass insbesondere junge Menschen von atypischen Beschäftigungsformen betroffen sind, so gibt es doch keine Studien, die herausstellen, in welchem Umfang die jungen Menschen in der Europäischen Union von prekärer Beschäftigung betroffen sind. EU-weit vergleichende Daten zu atypischen Beschäftigungsformen bietet Eurostat für die Varianten befristete und niedrig entlohnte Beschäftigung sowie Teilzeit.²² In den folgenden Unterkapiteln soll herausgestellt werden, inwiefern junge Menschen von diesen Beschäftigungsformen betroffen sind sowie auf Praktika nach dem Hochschulabschluss, die definitionsgemäß als prekär bezeichnet werden können, eingegangen werden. Letzteres soll trotz fehlender vergleichbarer Daten genauere Betrachtung finden, da es sich bei Praktika um eine Beschäftigungsform handelt, die fast ausschließlich von jungen Menschen ausgeübt wird und somit eine besondere Relevanz hat.

Weitere Formen atypischer Beschäftigung, die auch Prekaritätspotential aufweisen, können aufgrund der eingeschränkten Datenlage im Folgenden nur skizziert werden. Eine Studie von Eurofound (2007b: 6) zeigt für einzelne EU-Staaten, dass junge Menschen besonders häufig von Leiharbeit betroffen sind. Demnach befindet sich in Spanien jeder zweite Beschäftigte unter 25 Jahren in einem Leiharbeitsverhältnis; ein ähnliches Bild zeigt sich für die anderen betrachteten west- und nordeuropäischen Staaten. Eine weitere Form atypischer Beschäftigung ist die Soloselbstständigkeit, welche mit unterschiedlichen Prekaritätsmerkmalen einhergehen kann. Diese Beschäftigungsform ist insbesondere in Süd- und Osteuropa weit verbreitet (Allmendinger et al. 2012: 4), wobei auch hierfür keine Daten differenziert nach Altersgruppen vorliegen. Für andere atypische und prekäre Beschäftigungsformen, wie der Scheinselbstständigkeit, Werkverträge und Beschäftigungen ohne Sozialversicherungen, liegen auf europäischer Ebene ebenfalls keine Daten vor.

Die Eurostat-Daten zeigen auch, dass 18.725.000 Menschen in Deutschland und 82.546.000 Millionen in der EU im Jahr 2012 eine zweite Erwerbstätigkeit ausübten, wobei jedoch keine Informationen über das Alter und die Gründe hierfür vorliegen (Eurostat 2013w). Da angenommen werden kann, dass die Ausübung eines Zweitjobs in vielen Fällen ein Resultat atypischer Beschäftigung, wie Niedriglohnbeschäftigung, ist, sind auch sie ein Indiz für Prekarität.

Umfangreiche Daten liegen für die Arbeitszeiten junger Beschäftigter vor. Diese zeigen, dass junge Menschen in einem größeren Umfang als ältere Menschen von Schichtarbeit (20,2 Prozent

²² Einige Werte weisen eine geringe Zuverlässigkeit auf. Diese sind in den Tabellen im Anhang als solche markiert, jedoch nicht im Fließtext, um die Lesbarkeit zu wahren.

im Vergleich zu 17,3 Prozent) betroffen sind (Eurostat 2013x); gleiches gilt für Samstags- und Sonntagsarbeit (Eurostat 2013y; Eurostat 2013z) sowie für Abend- und Nachtarbeit (Eurostat 2013aa; Eurostat 2013ab). Wenngleich zumindest ein Teil dieser Arbeitszeiten ein gewisses Prekaritätspotential aufweist, spielen die Arbeitszeiten in der Diskussion um atypische und prekäre Beschäftigungsbedingungen junger Menschen in der Europäischen Union in der wissenschaftlichen Literatur eine untergeordnete Rolle.

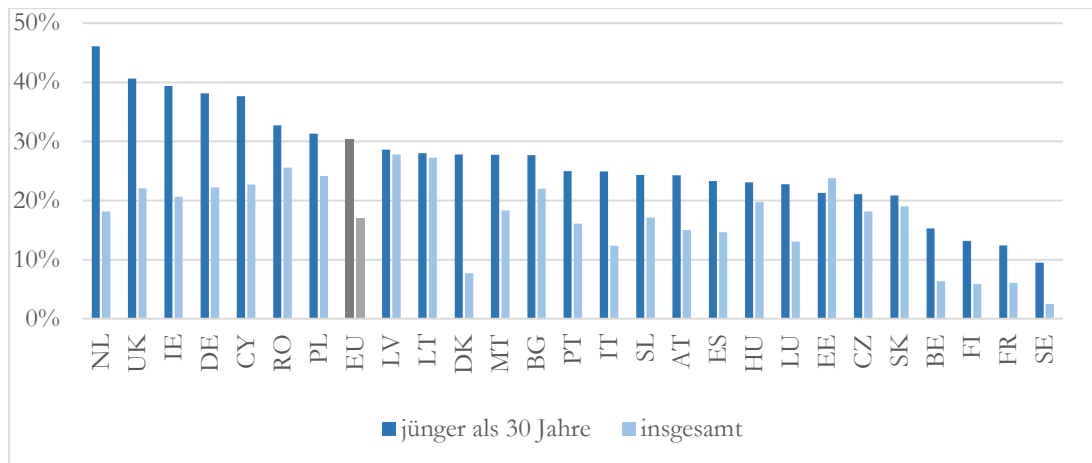
3.2.1.1 Niedriglohnbeschäftigung

Der prekäre Charakter ist bei kaum einer atypischen Beschäftigungsform so offenkundig wie bei Niedriglohnbeschäftigung. Gemäß internationaler Konventionen werden hier unter Niedriglohnbeschäftigten Personen verstanden, deren Einkommen zwei Drittel oder weniger des nationalen Medianeinkommens beträgt.²³ Niedriglöhne sind demnach eine relative Größe, wobei die jeweilige Niedriglohnschwelle nicht EU-weit, sondern für einzelne Nationalstaaten bestimmt wird.

Junge Menschen²⁴ sind in einem überdurchschnittlichen Umfang von Niedriglohnbeschäftigung betroffen. In der Europäischen Union bezieht nahezu jeder Dritte unter 30-Jährige (30 Prozent) einen Niedriglohn; im Vergleich zu 17 Prozent aller Beschäftigten. In den meisten EU-Staaten erhalten zwischen 20 und 30 Prozent der jungen Beschäftigten einen Niedriglohn. In Polen, Rumänien, Zypern, Deutschland und Irland ist der Anteil mit 30 bis 40 Prozent überdurchschnittlich. Im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden beziehen 40,6 Prozent bzw. 46,1 Prozent aller unter 30-Jährigen einen Niedriglohn. Vergleichsweise wenig junge Niedriglohneempfänger gibt es mit einem Anteil von unter 20 Prozent in Schweden, Frankreich, Finnland und Belgien (Eurostat 2013m).

²³ Es wurden nur Unternehmen berücksichtigt, in denen zehn oder mehr Beschäftigte tätig sind, wobei Auszubildende aus den Berechnungen ausgeschlossen sind.

²⁴ Im Falle der Niedriglohnbeschäftigung beziehen sich die Werte der jungen Menschen auf die Gruppe der unter 30-Jährigen, da Eurostat hierzu keine Daten für die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen veröffentlicht hat. Als Vergleichsgruppe dienen im Falle der Niedriglohnbeschäftigung alle Beschäftigten und nicht ältere Beschäftigte.

Abbildung 9: Niedriglohnbeschäftigung nach Alter (2010) ²⁵

Quelle: Eurostat 2013m: Online-Daten-Code: earn_ses_pub1a. Eigene Darstellung.

Auch für die einzelnen Nationalstaaten kann mit Ausnahme Estlands konstatiert werden, dass junge Menschen im Vergleich zu allen Beschäftigten überproportional von Niedriglöhnen betroffen sind. In den meisten EU-Staaten ist der Anteil der Niedriglohnempfänger an allen Beschäftigten bei den unter 30-Jährigen ein- bis zweimal so hoch wie der Anteil bei Beschäftigten jeden Alters. In Italien, Frankreich, Finnland, Belgien und den Niederlanden ist der Anteil zwei- bis dreimal so hoch. In den skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden beträgt der Faktor 3,6 bzw. 3,8. Während in den skandinavischen Staaten der Faktor vergleichsweise hoch ist, ist dieser in den baltischen Staaten äußerst gering. Wie bereits erwähnt, ist Estland das einzige Land, in dem junge Menschen nicht überproportional von Niedriglöhnen betroffen sind; in Litauen und Lettland beträgt der Faktor 1,03 (Eurostat 2013m).

Ein Vergleich mit den Daten aus dem Jahr 2006 zeigt, dass im Jahr 2010 beträchtlich weniger junge Menschen in der Europäischen Union einen Niedriglohn bezogen haben. Lag der Anteil der jungen Niedriglohnempfänger an allen Beschäftigten im Jahr 2006 noch bei über 40 Prozent, so waren es vier Jahre später nur noch 30 Prozent. Auch in allen Nationalstaaten ist, mit Ausnahme Estlands, ein Rückgang zu verzeichnen (Eurostat 2013m).

²⁵ Für Griechenland sind keine Daten verfügbar.

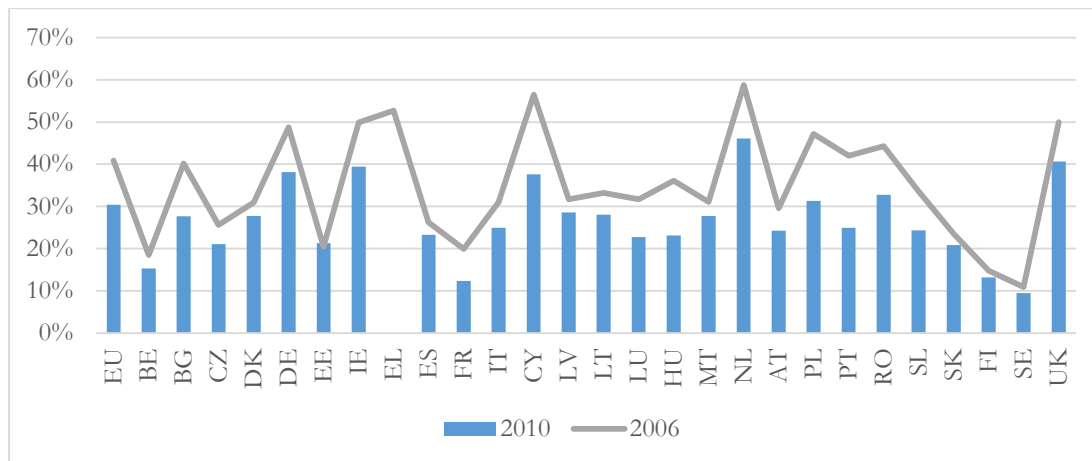


Abbildung 10: Entwicklung von Niedriglohnbeschäftigung der unter 30-Jährigen²⁶

Quelle: Eurostat 2013m: Online-Daten-Code: earn_ses_pub1a. Eigene Darstellung.

In einem Drittel der Staaten, und zwar in Irland, Deutschland, Rumänien, Belgien, der Niederlande, Ungarn, Polen, Portugal und Zypern ist der Rückgang mit Werten von 10 Prozentpunkten bis 20 Prozentpunkten überdurchschnittlich. In allen anderen Staaten nahm der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten um maximal 10 Prozentpunkte ab. In Estland, in dem einzigen Staat, in dem es zu einer Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung bei unter 30-Jährigen kam, beträgt die Steigerung 0,8 Prozentpunkte (Eurostat 2013m).

Die Eurostat-Daten aus dem Jahre 2010 zeigen, dass in der EU der Anteil der Frauen, die einen Niedriglohn beziehen, höher ist als der von Männern. So beziehen 21,2 Prozent aller weiblichen Beschäftigten einen Niedriglohn und 13,3 Prozent aller männlichen Beschäftigten. In Deutschland sind 28,7 Prozent aller weiblichen Beschäftigten und 17 Prozent aller männlichen Beschäftigten Niedriglohnempfänger (Eurostat 2013n).

Das Risiko Niedriglohnempfänger zu werden, sinkt mit steigender Bildung. In Deutschland bezieht mehr als jede zweite Person, die ausschließlich über vorschulische Bildung und Grundbildung (ISCED-Level 0-2) verfügt, in späteren Beschäftigungsverhältnissen einen Niedriglohn. In der EU liegt der Anteil bei 29 Prozent. Von den Personen, die die Sekundarstufe II absolviert (ISCED-Level 3-4) haben, bezieht sowohl in der EU insgesamt als auch in Deutschland jeder Fünfte einen Mindestlohn. Das Risiko Niedriglohnempfänger zu werden ist für Personen mit postsekundärer Bildung (ISCED-Level 5-6) in Deutschland mit 2 Prozent und in der EU mit 6 Prozent vergleichsweise niedrig (Eurostat 2013o). Daten über den Einfluss des Bildungsniveaus bei gleichzeitiger Differenzierung nach dem Alter liegen nicht vor.

²⁶ Für Griechenland liegen für das Jahr 2010 keine Daten vor.

3.2.1.2 Befristete Beschäftigung

Befristete Beschäftigung ist eine atypische und zumeist prekäre Beschäftigungsform, von der junge Menschen in besonderem Maße betroffen sind. 42 Prozent aller 15- bis 24-jährigen Beschäftigten haben befristete Anstellungen; das sind dreimal so viele wie bei den 25- bis 74-jährigen (14 Prozent) (Eurostat 2013k).

Überproportional häufig verfügen junge Menschen in den Niederlanden, Italien, Deutschland, Frankreich, Schweden, Portugal, Spanien, Polen und der Slowakei über befristete Verträge. In diesen Staaten arbeitet mehr als jeder zweite 15- bis 24-jährige Beschäftigte befristet; in Polen und Slowenien mehr als jeder Dritte (Eurostat 2013k).

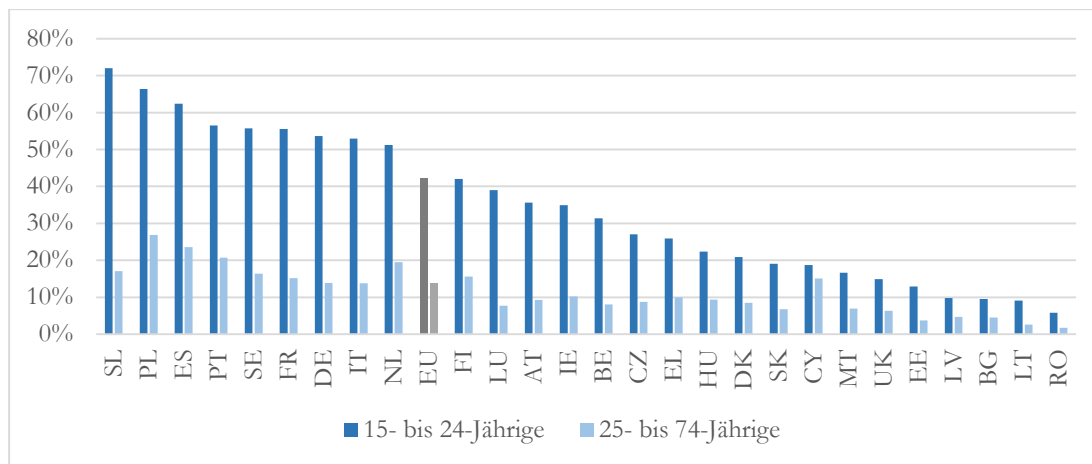


Abbildung 11: Befristete Beschäftigung an Gesamtbeschäftigung nach Alter (2012)

Quelle: Eurostat 2013k: Online-Daten-Code: lfsa_etpgan. Eigene Darstellung.

Verglichen mit den älteren Beschäftigten finden sich junge Menschen EU-weit 3-mal so häufig in befristeter Beschäftigung. In Zypern sind junge Menschen 1,2-mal so stark von befristeter Beschäftigung betroffen wie Ältere; in Slowenien und Luxemburg 4,2-mal bzw. 5,1-mal so häufig. Für alle anderen Staaten liegt der Faktor zwischen 2 und 4 (Eurostat 2013k).

Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen Beschäftigten ist für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in der Europäischen Union als Ganzes sowie in den meisten Mitgliedsstaaten konstant geblieben. Abweichend hiervon ist der Anteil in Irland und Italien mit einer Differenz von 10,6 Prozentpunkten bzw. 14,4 Prozentpunkten deutlich angestiegen. Auffallend ist, dass sich der Anteil junger Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen in Estland von 6,6 Prozent im Jahr 2007 auf 12,9 Prozent im Jahr 2012 nahezu verdoppelt hat, wenngleich dieser stets auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau ist. Den höchsten Rückgang konnte Zypern mit 4,6 Prozentpunkten auf 18,7 Prozent verzeichnen (Eurostat 2013k, siehe Tabelle A.5).

Ein Blick auf die Gründe für befristete Arbeitsverhältnisse aus Sicht der Beschäftigten zeigt, dass der Anteil derer, die unfreiwillig in befristeter Beschäftigung sind (Antwortoption: *Konnte nicht einen permanenten Arbeitsplatz finden*) mit 36,7 Prozent aller jungen Beschäftigten gegenüber

70,8 Prozent aller älteren Beschäftigten vergleichsweise gering ist. Zwischen den Staaten jedoch gibt es beträchtliche Unterschiede. So schwanken die Werte zwischen 3,1 Prozent in Österreich und 6,7 Prozent in Deutschland gegenüber rund 80 Prozent in Spanien und der Slowakei. In über 40 Prozent der Fälle führen junge Beschäftigte in der EU ihr befristetes Arbeitsverhältnis darauf zurück, dass sie sich in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung befinden. Auch hier variiert der Anteil erheblich zwischen den Staaten, und zwar zwischen 1,2 Prozent in Schweden und 84,3 Prozent in Deutschland. Auf EU-Ebene gaben 14,4 Prozent an keinen unbefristeten Arbeitsplatz zu wollen, 8,2 Prozent nannten als Grund eine Probeperiode (Eurostat 2013k, siehe Tabelle A.6).

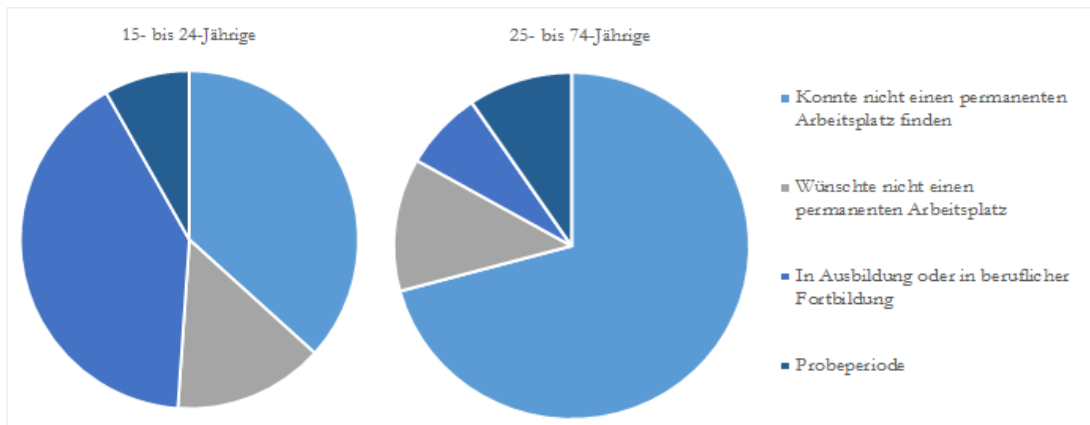


Abbildung 12: Hauptgründe für befristete Beschäftigung nach Alter (2012)

Quelle: Eurostat 2013l: Online-Daten-Code: lfsa_etgar. Eigene Darstellung.

Ältere Beschäftigte geben mehrheitlich als Grund befristeter Beschäftigung an, dass sie keinen permanenten Arbeitsplatz finden konnten (70,8 Prozent). Weitere Gründe sind die Antwortoptionen *in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung* (7,9 Prozent), *Probeperiode* (9,5 Prozent) und *wünschte nicht einen permanenten Arbeitsplatz* (12,4 Prozent) (Eurostat 2013l).

Da befristete Beschäftigung besonders dann als prekär eingestuft wird, wenn sie unfreiwillig ist, empfiehlt sich eine nähere Betrachtung der unfreiwilligen Befristung. Dabei zeigt sich, dass mit Ausnahme der Tschechischen Republik und der Slowakei der Anteil derjenigen, die unfreiwillig befristet beschäftigt sind bei jungen Menschen niedriger ist als bei älteren Beschäftigten (Eurostat 2013l).

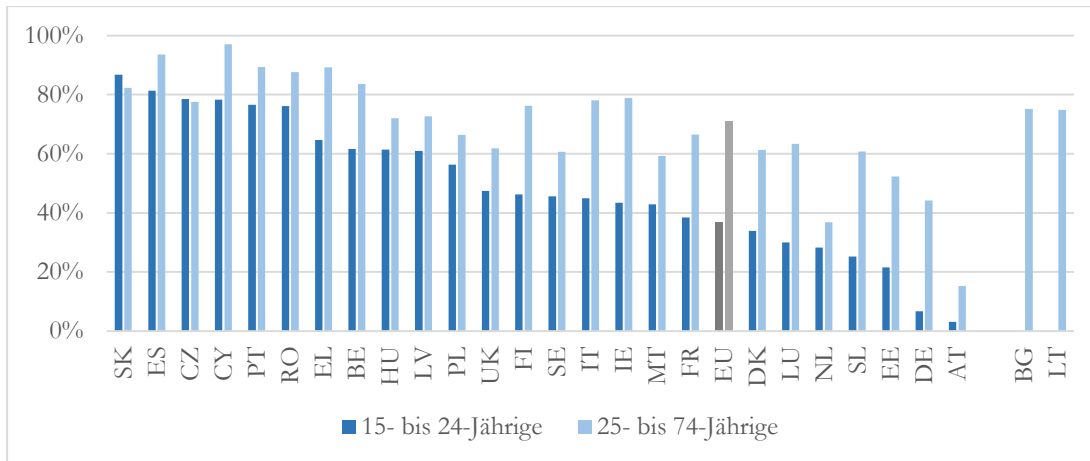


Abbildung 13: Unfreiwillige Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen (2012)²⁷

Quelle: Eurostat 2013l: Online-Daten-Code: lfsa_etgar. Eigene Darstellung.

In der EU ist der Anteil älterer Beschäftigter, die in unfreiwilliger Befristung sind, 1,93-mal so hoch wie der Anteil jüngerer Beschäftigter. In den meisten Mitgliedsstaaten liegt der Faktor darunter und rangiert damit zwischen 1 und 2. Abweichend hiervon ist er mit 6,6 in Deutschland überdurchschnittlich, ebenso wie in Österreich (4,94), Estland (2,42), Slowenien (2,41) und Luxemburg (2,11) (Eurostat 2013l).

Differenziert nach Alter zeigt sich, dass der Anteil unfreiwilliger Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen bei jungen Frauen etwas höher ist als bei Männern, wobei diese Daten eine geringe Zuverlässigkeit aufweisen. In der EU liegt dieser Anteil für junge Frauen bei 38 Prozent, für junge Männer bei 35,6 Prozent. In Deutschland beträgt der Anteil bei den jungen Frauen 8,2 Prozent und bei jungen Männern 5,6 Prozent (Eurostat 2013l).

Bei einer Betrachtung im Zeitverlauf fällt auf, dass der Anteil unfreiwilliger Befristung an allen befristeten Arbeitsverhältnissen im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in der Europäischen Union nicht angestiegen ist. Das trifft sowohl auf jüngere als auch auf ältere Beschäftigte zu (Eurostat 2013l).

²⁷ Für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen sind für Bulgarien und Litauen keine Daten verfügbar.

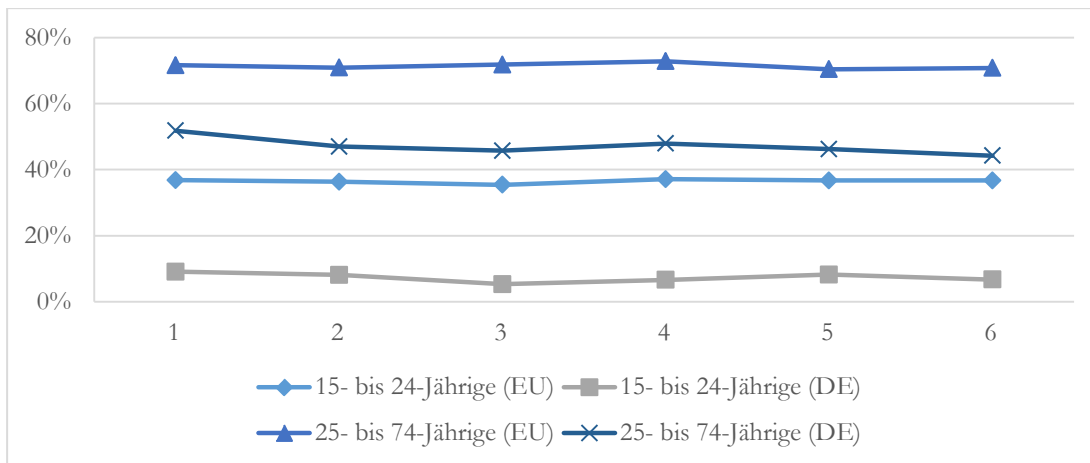


Abbildung 14: Unfreiwillige Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Zeitverlauf
Quelle: Eurostat 2013l; Online-Daten-Code: lfsa_etgar. Eigene Darstellung.

Eine Betrachtung der einzelnen Nationalstaaten zeigt, dass sich der Anteil unfreiwilliger Befristung an der gesamten Befristung im Zeitverlauf unterschiedlich entwickelt hat (siehe Tabelle A.7). Zwischen 2007 und 2010 war der Anteil um 1 bis 3 Prozentpunkte in Österreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Polen und Slowenien rückläufig; in allen anderen Staaten stieg er. Besonders hoch ist der Anstieg in der Slowakei, Estland, Irland und Lettland mit über 20 Prozentpunkten (Eurostat 2013l).

3.2.1.3 Teilzeitbeschäftigung

Eine Form atypischer Beschäftigung, die von vielen Menschen zur Vereinbarkeit von Beruf mit Familie, Privatleben, Studium oder beruflichen Fortbildungen bewusst gewählt wird, ist die Teilzeitbeschäftigung.²⁸ Sie kann auch einen prekären Charakter aufweisen, und zwar insbesondere dann, wenn sie unfreiwillig ausgeübt wird oder zusammen mit anderen Prekaritätsmerkmalen auftritt.

In der Europäischen Union arbeiten 31,1 Prozent aller jungen Beschäftigten in Teilzeit, wobei es zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten beträchtliche Unterschiede gibt. So gehen in Dänemark und den Niederlanden mit Anteilen von 65 Prozent bzw. 76,7 Prozent überdurchschnittlich viele Beschäftigte im Alter von 15 bis 24 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Gegensatz dazu ist der Anteil mit unter 10 Prozent in Bulgarien, der Slowakei, Ungarn und der Tschechischen Republik vergleichsweise gering (Eurostat 2013h).

Ein Vergleich mit älteren Beschäftigten zeigt, dass ausschließlich in Österreich und Deutschland relativ mehr ältere Beschäftigte in Teilzeitbeschäftigung sind als junge Beschäftigte. In allen

²⁸ Ob es sich bei der Hauptbeschäftigung einer Person um Teilzeitbeschäftigung handelt, ist für alle Staaten auf Basis spontaner Antworten durch die befragten Personen festgestellt worden, wobei die Niederlande und Schweden eine Ausnahme bilden. Für die Niederlande wird von einer Teilzeitbeschäftigung gesprochen, wenn die gewöhnliche wöchentliche Arbeitszeit einer Person weniger als 35 Stunden beträgt; für Schweden gilt selbiges, wobei auch selbstständige Personen eingeschlossen werden, auf die das Kriterium zutrifft.

anderen Staaten ist der Anteil junger Menschen in Teilzeitbeschäftigung höher als der Anteil älterer Menschen. Besonders stark ist der Unterschied mit etwas über 30 Prozentpunkten in Slowenien und der Niederlande sowie mit 45,9 Prozentpunkten in Dänemark ausgeprägt (Eurostat 2013h).

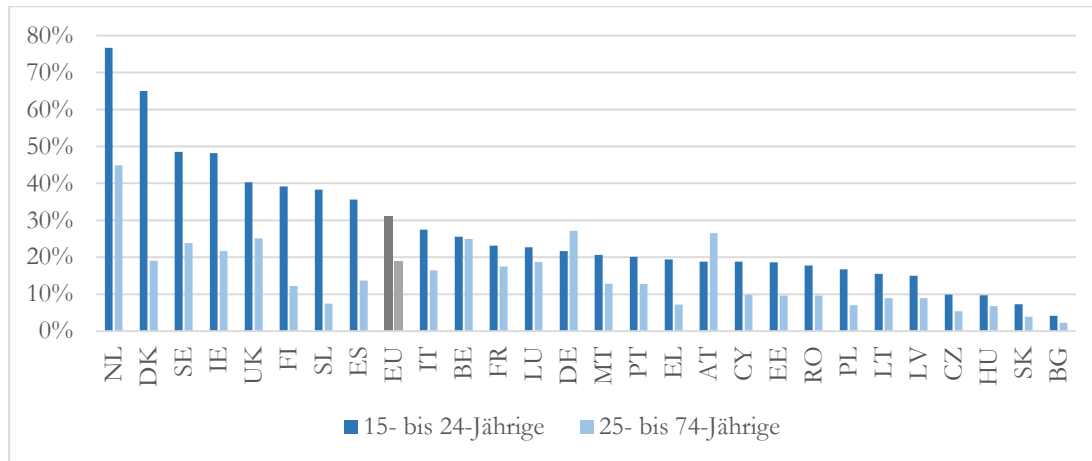


Abbildung 15: Teilzeitbeschäftigung an Gesamtbeschäftigung nach Alter (2012)

Quelle: Eurostat 2013h: Online-Daten-Code: lfsa_eppga. Eigene Darstellung.

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass Teilzeitbeschäftigungen quantitativ an Bedeutung gewinnen. Seit 2007 gibt es bei jungen Menschen in der EU einen Zuwachs von 5,5 Prozentpunkten. Mit Ausnahme Polens, wo der Anteil um einen halben Prozentpunkt gesunken ist, hat sich der Anteil von Teilzeitbeschäftigung an allen Beschäftigungsformen bei jungen Menschen erhöht. Den stärksten Anstieg weisen Dänemark und Portugal mit jeweils rund 11 Prozentpunkten, Luxemburg und Spanien mit jeweils rund 14 Prozentpunkten sowie Irland mit 23,6 Prozentpunkten auf (siehe Tabelle A.8).

Wie Abbildung 16 zeigt, geben junge Menschen mehrheitlich als Hauptgrund für prekäre Beschäftigung an, dass sie sich *in Ausbildung oder beruflicher Fortbildung* befinden. 29 Prozent geben an, dass sie unfreiwillig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, also keinen ganz täglichen Arbeitsplatz finden konnten.

Für die Gruppe der 25- bis 74-Jährigen verteilen sich die Gründe für Teilzeitbeschäftigung etwas anders, so geben jeweils ein Viertel an, dass sie keinen ganz täglichen Arbeitsplatz finden konnten und Teilzeit aufgrund der *Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen* wählten. Ein dritter häufig genannter Grund (16,8 Prozent) sind *andere familiäre oder persönliche Verantwortungsbereiche* (Eurostat 2013i).

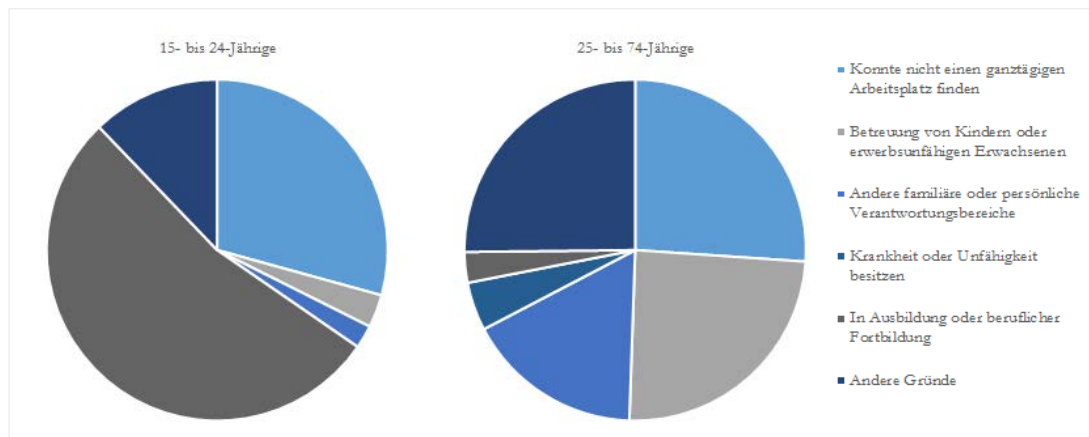


Abbildung 16: Hauptgründe für Teilzeitbeschäftigung in der EU nach Alter (2012)

Quelle: Eurostat 2013i; Online-Daten-Code: lfsa_epgar. Eigene Darstellung.

Differenziert nach Nationalstaaten zeigt sich, dass der Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung junger Menschen je nach Staat entweder die Antwortoptionen *konnte nicht einen ganztägigen Arbeitsplatz finden* oder *in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung* ist. Die anderen Antwortmöglichkeiten spielen eine untergeordnete Rolle, wobei einschränkend darauf hingewiesen werden muss, dass diese Werte für viele Staaten nicht zur Verfügung stehen. Eine Ausnahme bildet Belgien, hier nennen junge Teilzeitbeschäftigte als Grund für unfreiwillige Teilzeit vorwiegend *andere Gründe* (Eurostat 2013i).

Die Antwortoption *konnte nicht einen ganztägigen Arbeitsplatz finden*, die unter dem Gesichtspunkt der Prekarität von besonderem Interesse ist, findet in den Staaten unterschiedlich starke Zustimmung. Während dies in Slowenien, Dänemark und der Niederlande weniger als 10 Prozent als Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung angaben, lag der entsprechende Wert in Rumänien und Italien bei über 70 Prozent (siehe Tabelle A.9) (Eurostat 2013i).

Bei genauer Betrachtung der unfreiwilligen Teilzeit ist eine erhebliche Varianz sowohl zwischen den Staaten als auch zwischen den Altersgruppen erkennbar. In Ungarn, Spanien, Zypern, Griechenland, Rumänien und Italien übt mehr als jeder zweite junge Teilzeitbeschäftigte selbige unfreiwillig aus, wobei dies in Italien mit drei Viertel aller jungen Beschäftigten am stärksten ausgeprägt ist. Demgegenüber ist der Anteil in Slowenien, Dänemark und der Niederlande mit unter 10 Prozent unterdurchschnittlich (Eurostat 2013j).

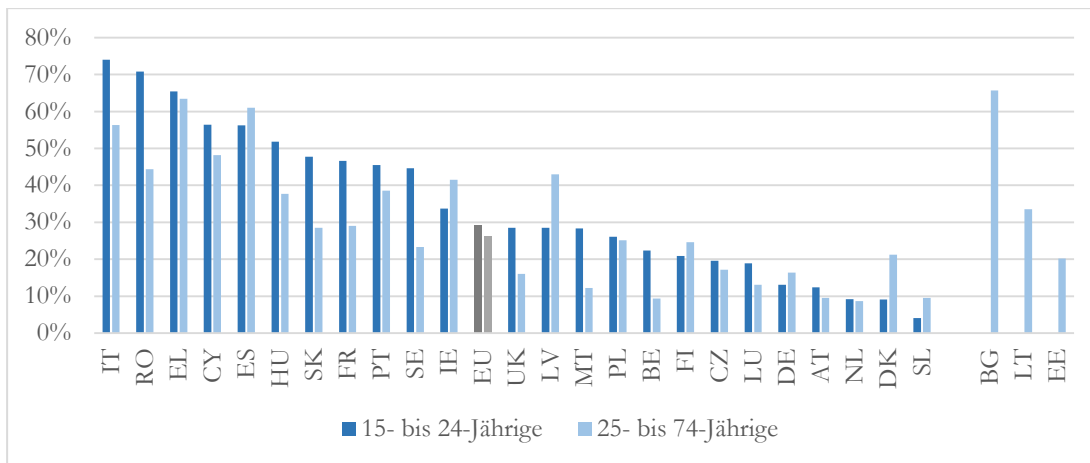


Abbildung 17: Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung an gesamter Teilzeitbeschäftigung (2012)²⁹
 Quelle: Eurostat 2013j; Online-Daten-Code: lfsa_epgai. Eigene Darstellung.

Ein Vergleich mit den älteren Beschäftigten zeigt, dass in einigen Staaten, wie Schweden und Rumänien, junge Teilzeitbeschäftigte mit einer Abweichung von 21 Prozentpunkten bzw. 26 Prozentpunkten stärker von unfreiwilliger Teilzeit betroffen sind als ältere Teilzeitbeschäftigte. In anderen Staaten stellt sich die Situation andersherum dar, so sind beispielsweise in Dänemark und Lettland junge Teilzeitbeschäftigte mit einer Abweichung von 12 Prozentpunkten bzw. 15 Prozentpunkten unterdurchschnittlich häufig von unfreiwilliger Teilzeit betroffen. In wiederum anderen Staaten, wie in Polen und den Niederlanden sind Teilzeitbeschäftigte beider Altersgruppen ähnlich stark von unfreiwilliger Teilzeit betroffen (Eurostat 2013j).

Im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung an der gesamten Teilzeitbeschäftigung bei jungen Menschen in der Europäischen Union um 5,9 Prozentpunkte zugenommen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für die älteren Beschäftigten (siehe Tabelle A.10) (Eurostat 2013j).

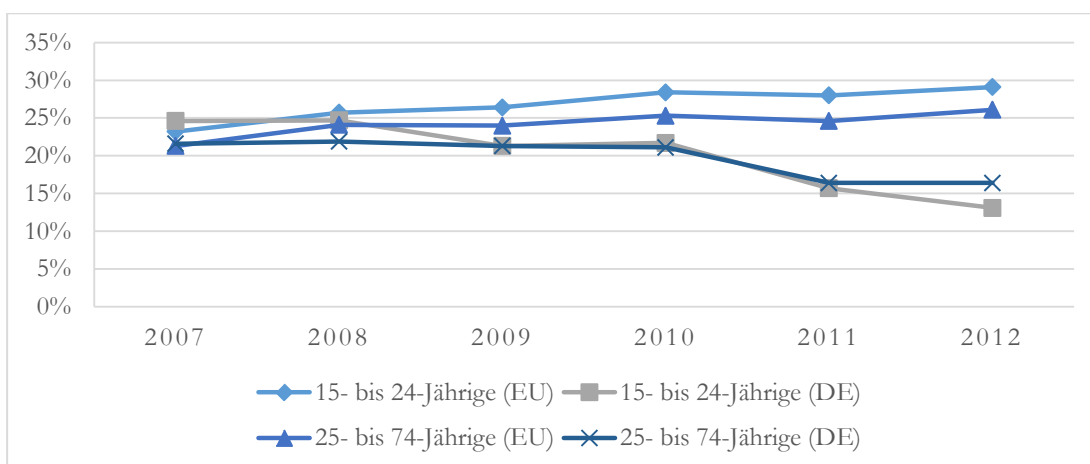


Abbildung 18: Unfreiwillige Teilzeit an gesamter Teilzeitbeschäftigung im Zeitverlauf³⁰
 Quelle: Eurostat 2013j; Online-Daten-Code: lfsa_epgai. Eigene Darstellung.

²⁹ Für Belgien, Estland und Litauen sind für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen keine Daten verfügbar.

³⁰ Auf EU-Ebene weisen die Daten für die 25- bis 74-Jährigen im Jahre 2008, 2009 und 2010 eine geringe Zuverlässigkeit auf.

Während in den meisten Staaten der Anteil unfreiwilliger Teilzeit an der gesamten Teilzeitbeschäftigung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen gestiegen ist, ist der Anteil in Malta, Österreich, Deutschland und Belgien rückläufig. Den stärksten Anstieg mit über 20 Prozentpunkten weisen Griechenland, Italien, Irland und Spanien auf. (Eurostat 2013j)

Differenziert nach Geschlecht lässt sich auf gesamteuropäischer Ebene für die 15- bis 24-Jährigen sagen, dass 29,3 Prozent aller weiblichen Teilzeitbeschäftigten unfreiwillig in Teilzeit arbeiten. Der Anteil unfreiwilliger Teilzeit an allen Teilzeitbeschäftigten bei jungen Männern liegt bei 28,7 Prozent. Für junge weibliche Teilzeitbeschäftigte in Deutschland liegt dieser Wert bei 14,2 Prozent; für junge Männer sind keine aktuellen Daten verfügbar, wobei der Vorjahreswert (2011) bei 14 Prozent lag (Eurostat 2013j).

3.2.1.4 Praktika von Hochschulabsolventen

Eine Form prekärer Beschäftigung, die bis vor 10 Jahren in der Europäischen Union noch relativ unbekannt war, sind Praktika (Porcaro/Higgins 2011: 23). Ziele eines Praktikums sind gemäß der gesetzlichen Definition (Berufsbildungsgesetz §26) der Erwerb beruflicher Fertigkeiten, Kenntnisse, Fähigkeiten oder beruflicher Erfahrungen (Hommerich 2009: 187). Ein Praktikum ist dann als prekäres Arbeitsverhältnis anzusehen, wenn es „nicht seine Bestimmung [erfüllt] und (...) keine anspruchsvollen Aufgaben, keine angemessene Betreuung und keinen beruflich relevanten Lernzuwachs [bietet], oder (...) es die Praktikantin/den Praktikanten in eine prekäre Lage durch unzureichende Vergütung oder unzumutbare Arbeitszeiten [bringt]“ (Kramer/Langhoff 2012: 23). Das Phänomen der *Generation Praktikum* ist insbesondere eines, von dem Hochschulabsolventen betroffen sind (Kramer/Langhoff 2012: 20), weshalb sich auch die folgenden Ausführungen ausschließlich auf diese Personengruppe beziehen.

Seit dem Erscheinen eines Artikels in der Wochenzeitung DIE ZEIT unter der Überschrift „Generation Praktikum“ (Stolz 2005), hat die Beschäftigungsform Praktikum auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit gefunden und empirische Studien nach sich gezogen (Schiener 2010: 42). Auf europäischer Ebene hingegen hat dieses Thema bisher kaum wissenschaftliche Beachtung gefunden, sodass sich aufgrund mangelnder Daten keine verlässliche Aussage darüber treffen lässt, ob und in welchem Umfang Praktika nach dem Studienabschluss in den einzelnen EU-Staaten stattfinden.

Eine Befragung durch das European Youth Forum kommt zu dem Ergebnis, dass Praktika nach dem Studienabschluss in Deutschland, Österreich und Frankreich häufiger stattfinden als in anderen EU-Staaten (Dyrnes 2011: 23). Diese Befragung kann jedoch aufgrund der eingeschränkten wissenschaftlichen Relevanz nur als Indiz gelten.³¹ In allen drei Staaten werden Praktika nach

³¹ Da der Fragebogen aufgrund begrenzter Ressourcen vorwiegend über das Netzwerk des European Youth Forum verbreitet wurde, gibt es keine neutrale Grundgesamtheit. Vielmehr sind überdurchschnittlich häufig Jugendliche, die Teil einer Jugendorganisation sind, befragt worden (Dyrnes 2011: 23).

dem Studienabschluss tatsächlich als Problem wahrgenommen und medial bzw. wissenschaftlich diskutiert.³²

Auch nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales³³ (BMAS 2013) sind Praktika von Hochschulabsolventen nicht in allen EU-Staaten gleichermaßen verbreitet und unterliegen unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen, was auch das Maß der Prekarität beeinflusst. Während in manchen Staaten, wie in der Tschechischen Republik und in Ungarn, Praktika nach dem Studienabschluss vollkommen unüblich sind, nimmt in anderen Staaten, wie Frankreich und Italien, die Häufigkeit von Praktika als Form prekärer Beschäftigung zu. In wiederum anderen Staaten, wie Großbritannien und Slowenien, sind Praktika von Hochschulabsolventen zwar üblich, jedoch gibt es Lohnuntergrenzen für Praktikanten, welche das Ausmaß der Prekarität mindern (BMAS 2013).

Für Deutschland gibt es einzelne quantitative und qualitative Studien, die das Phänomen der *Generation Praktikum* wissenschaftlich untersuchen. Die Anzahl der Studien ist spärlich und sie sind zum Teil nicht repräsentativ, sodass bis dato nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, wie viele Jugendliche tatsächlich ein Praktikum nach Studienabschluss durchführen. Erste Ergebnisse lieferte eine Absolventenbefragung des Jahrgangs 2005 der Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS). Demnach absolvieren 12 Prozent der Fachhochschulabsolventen und 15 Prozent der Universitätsabsolventen ein Praktikum nach Studienende (Briedis 2007: 116). Andere Studien beziffern den Anteil auf 29 Prozent³⁴ bzw. 42 Prozent, jedoch sind diese Studien aufgrund der geringen Fallzahlen nicht repräsentativ (Schmidt/Hecht 2011: 36; Grün/Hecht 2008: 19).³⁵ Die höhere Quote in den Befragungen von Grün/Hecht und Schmidt/Hecht kann im Gegensatz zu der HIS-Befragung darauf zurückzuführen sein, dass in den erstgenannten Studien lediglich das Thema Praktika untersucht wurde und so der Anreiz für betroffene Personen besonders hoch war an der Befragung teilzunehmen (Hommerich 2009: 181).

Eine Studie von Fuchs und Ebert (2008: 20) kommt zu dem Ergebnis, dass junge Menschen nach Abschluss ihrer Ausbildung bzw. ihres Studiums häufiger ein Praktikum absolvieren als ältere Personen dies getan haben. Bei der Befragung im Jahr 2008 gaben 25 Prozent der befragten 18- bis 24-Jährigen an ein Praktikum nach Abschluss der Ausbildung bzw. des Hochschulstudiums durchgeführt zu haben; im Vergleich zu 20 Prozent der 25- bis 29-Jährigen und 17 Prozent der 30- bis 34-Jährigen (Fuchs/Ebert 2008: 20). Zahlen, die sich ausschließlich auf Hochschulabsolventen beziehen, liegen nicht vor.

³² Siehe für Frankreich: Wesfreid 2006, zitiert nach Langhoff et al. 2001: 344f; für Österreich: Eichmann/Saupe 2011; Schopf/Ringler 2007; Kirchler et al. 2007.

³³ Die Aussagen stützen sich auf Befragungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Ob die Befragung unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Verfahren durchgeführt worden ist, ist anhand der vorliegenden Daten nicht erkennbar.

³⁴ Dieser Wert erhöht sich auf 38 Prozent, wenn neben Praktika auch Volontariate, Referendariate, Internships und Trainee-Phasen mit eingerechnet werden. Auf diese Beschäftigungsformen kann aufgrund mangelnder Daten nicht weiter eingegangen werden.

³⁵ Eine Studie der DGB-Jugend kommt zu dem Ergebnis, dass 86,5 Prozent aller Hochschulabsolventen mindestens ein Praktikum nach dem Studienabschluss absolviert haben. An der Befragung haben 89 Personen teilgenommen. Nach welchen Kriterien die Personen ausgewählt wurden, ist unklar (Böhning et al. 2006). Diese Studie findet in dieser Arbeit aufgrund der nicht nachvollziehbaren Personenauswahl keine weitere Betrachtung.

Auch wenn keine verlässliche Aussage darüber getroffen werden kann, wie viele junge Hochschulabsolventen tatsächlich ein Praktikum nach dem Studienabschluss absolvieren, so gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den drei Studien hinsichtlich der Charakteristika von Praktika nach dem Studienabschluss. Die Studien zeigen übereinstimmend, dass etwa die Hälfte bzw. je nach Studie etwas mehr als die Hälfte (bis 60%) der Praktika ein bis drei Monate dauern (Briedis/Minks 2007: 4; Schmidt/Hecht 2011: 36; Grün/Hecht 2008: 23). Darüber hinaus wird gezeigt, dass „Praktikumsschleifen“ nicht die Regel sind. Laut der HIS-Studie liegt der Anteil derer, die zwei oder mehr Praktika nach Studienabschluss absolvieren, an allen Hochschulabsolventen unter 1 Prozent (Briedis/Minks 2007: 4); während die anderen Studien den Anteil derer, die drei oder mehr Praktika absolvieren, auf 3 bzw. 5 Prozent beziffern (Schmidt/Hecht 2011: 36; Grün/Hecht 2008: 19).

Die Studien zeigen ebenfalls übereinstimmend, dass das durch Praktika erzielte Einkommen den Lebensunterhalt der Praktikanten nicht sichert, sondern sie vielmehr auf andere Finanzierungsquellen angewiesen sind (Schmidt/Hecht 2011: 44; Grün/Hecht 2008: 27). Der durchschnittliche Stundenlohn beträgt laut Schmidt und Hecht (2011: 9) 3,77 Euro. Je nach Studie wird der Anteil derer, die keine Praktikumsvergütung erhalten, an allen Praktikanten mit Hochschulabschluss, auf 17 Prozent für Fachhochschulabsolventen bzw. 34 Prozent für Universitätsabsolventen bis 40 Prozent für Hochschulabsolventen insgesamt beziffert (Briedis/Minks 2007: 7; Schmidt/Hecht 2011: 9; Grün/Hecht 2008: 19).

Differenziert nach der studierten Fachrichtung zeigt sich, dass Sprach- und Kulturwissenschaftler, Sozialwissenschaftler und Psychologen bzw. Geistes- und Kulturwissenschaftler besonders häufig ein Praktikum nach Studienende absolvieren (Briedis/Minks 2007: 3; Schmidt/Hecht 2011: 28f; Grün/Hecht 2008: 20). Die Studien zeigen zudem übereinstimmend, dass Frauen häufiger als Männer Praktika nach dem Studienabschluss durchführen, was nicht ausschließlich mit der Studienfachrichtung von Frauen zu begründen ist. Zudem haben Praktika von Frauen im Vergleich zu Männern eine längere Dauer und sind schlechter bezahlt (Schmidt/Hecht 2011: 30; Grün/Hecht 2008: 19).

Ein weiteres Ergebnis der drei Studien ist, dass der Grund für die Aufnahme eines Praktikums nicht ausschließlich in der Erweiterung von Qualifikationen bzw. der Erwerb von Praxiserfahrungen liegt, sondern etwa die Hälfte der Befragten durch ein Praktikum Kontakte für den Berufseinstieg knüpfen möchte bzw. auf eine Anstellung nach dem Praktikum hofft (Briedis/Minks 2007: 5; Schmidt/Hecht 2011: 47; Grün/Hecht 2008: 29). Eine qualitative Studie von Homerich (2009: 185ff) kommt zu ähnlichen Ergebnissen und zeigt, dass Hochschulabsolventen mehrheitlich den Mangel regulärer Beschäftigung, die Hoffnung auf Übernahme nach dem Praktikum, die Steigerung des eigenen „Marktwertes“ und die Vermeidung von Lücken im Lebenslauf als Gründe für die Aufnahme eines Praktikums nennen. Dass die durch ein Praktikum erworbenen Qualifikationen das Humankapital steigern und aufgrund der während des Praktikums ge-

knüpften Kontakte das Sozialkapital erhöht wird, zeigt Sarcletti (2008: 2f³⁶; 2007: 54ff) unter zu Hilfenahme arbeitsmarktpolitischer und soziologischer Theorien.

Die Studien zeigen darüber hinaus, dass Praktika nach dem Studienabschluss für das Erlangen einer Festanstellung hilfreich sein können. Laut Grün und Hecht (2008: 29) erhalten 15 Prozent der Praktikanten eine Anstellung im Anschluss an ihr Praktikum. 32 Prozent der Fachhochschulabsolventen und 44 Prozent der Universitätsabsolventen geben an, dass ihnen das Praktikum beim Finden einer Anstellung geholfen hat (Briedis/Minks 2007: 7). Schmidt und Hecht (2011: 63) differenzieren hier weiter und kommen zu dem Ergebnis, dass jeweils 17 Prozent eine reguläre Anstellung nach dem Praktikum angenommen haben und eine weitere Mitarbeit ohne Anstellung (z.B. Werkauftrag, Honorar) angeboten wurde. 5 Prozent gaben an, dass ihnen eine Anstellung angeboten wurde, sie diese aber ablehnten (Schmidt/Hecht 2011: 63). Der Anteil aller Neueinstellungen aus Praktika an allen Neueinstellungen schwankte in den letzten Jahren nur um weniger als einen Prozentpunkt und lag zuletzt (2010) bei 1,7 Prozent. Der Anteil der Neueinstellungen aus Praktika an allen Neueinstellungen bei Stellen, die einen Hochschulabschluss verlangen, ist mit 2,2 Prozent höher als bei Stellen, für die ein niedrigerer Bildungsabschluss ausreicht (Hohendanner/Rebien 2011).

3.2.2 Ursachen und Nutzen atypischer Beschäftigung

Es gibt eine breite Kontroverse über den Nutzen atypischer Beschäftigungsverhältnisse, wobei sich zwei grundlegende theoretische Argumentationsstränge gegenüberstehen. Die Befürworter atypischer Beschäftigung führen an, dass die Deregulierung der Arbeitsmärkte, welche atypische Beschäftigungsformen begünstigt, aufgrund ihrer Flexibilität neue Beschäftigung schaffe und somit der Arbeitslosigkeit entgegenwirke (Schmeißer et al. 2012: 9). Sie argumentieren, dass befristete oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse eine Art Sprungbrett zum Übergang in ein Normalarbeitsverhältnis darstellen können. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Unternehmen mehr Menschen einstellen, wenn sie durch das Nutzen atypischer Beschäftigungsformen mögliche Kosten sparen, wie sich beispielsweise durch Befristungen Entlassungskosten einsparen lassen (Noelke 2011: 5). Nach Keller und Seifert (2006: 236) erfüllen atypische Beschäftigungen die Funktion „Arbeitskosten zu senken, die Anpassungsfähigkeit des Arbeitseinsatzes zu erhöhen oder die Instrumente der betrieblichen Personalpolitik zu erweitern (u.a. verlängerte Probezeiten (...))“. Zudem wird für junge Menschen argumentiert, dass sie in den Phasen atypischer Beschäftigung Berufserfahrungen sammeln können und somit ihre individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen (Europäische Kommission 2012a: 29). Kritiker halten dem entgegen, dass einer atypischen Beschäftigung nicht notwendigerweise ein stabiles Beschäftigungsverhältnis folgen muss, sondern diese „den Einstieg in unstete Befristungskarrieren bedeuten kann“ (Langhoff et al. 2010: 346). Sie argumentieren, dass durch eine Deregulierung des Arbeitsmarktes Unter-

³⁶ Eigene Nummerierung.

nehmensrisiken auf Beschäftigte übertragen werden, ohne Teilhabechancen zu erhöhen (Schmeißer et al. 2012: 9).

Empirisch kann Buddelmeyer et al. (2005) zufolge Teilzeitbeschäftigung als Sprungbrett in Vollzeitbeschäftigung gesehen werden, wobei jedoch dieser Effekt in den elf analysierten EU-Staaten äußerst gering ist. Einen größeren Effekt konnten Scarpetta et al. (2010: 18) im Falle befristeter Beschäftigung für neun EU-Staaten zeigen. Demnach ist die Wahrscheinlichkeit ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu erhalten höher, wenn eine befristete Beschäftigung gegenüber einer Phase von Arbeitslosigkeit vorausgegangen ist.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse können für Beschäftigte auch einen individuellen Nutzen aufweisen. Besonders deutlich ist dies im Falle der Teilzeitbeschäftigung, welche viele Menschen wählen, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf mit anderen Tätigkeiten zu erreichen (ILO 2013: 17). Junge Menschen nutzen diese Beschäftigungsform häufig während ihrer Ausbildung, wobei sie nach Abschluss gewöhnlich eine Vollzeittätigkeit bevorzugen (Eurofound 2011: 7).

Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind Resultat von Arbeitsmarktreformen und damit politisch gewollt oder zumindest als Folge zugunsten anderer arbeitsmarktpolitischer Ziele in Kauf genommen. Es gibt jedoch darüber hinaus eine Vielzahl an strukturellen Faktoren, die gar keine oder keine unmittelbare Folge einer Arbeitsmarktreform sind und die Existenz und das Ausmaß atypischer und prekärer Beschäftigung beeinflussen. Exemplarisch ist hier der Dekommodifizierungsgrad eines Landes als Einflussfaktor auf Niedriglöhne zu nennen (Lohmann/Marx 2008: 20). Literatur, die aus wissenschaftlicher Perspektive Ursachen atypischer Beschäftigung für die Europäische Union oder vergleichend für einzelne Mitgliedsstaaten diskutiert, konnte nicht ausgemacht werden. Dies wäre jedoch von entscheidender Bedeutung, um das unterschiedliche Ausmaß atypischer Beschäftigung in den einzelnen EU-Staaten zu klären.

3.2.3 Auswirkungen atypischer und prekärer Beschäftigung

In der wissenschaftlichen Literatur werden auf europäischer Ebene individuelle und gesamtgesellschaftliche Auswirkungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen nur vereinzelt diskutiert. Werden Folgen atypischer oder prekärer Beschäftigung thematisiert, so geschieht dies zumeist nur unter Bezugnahme auf einzelne Formen prekärer Beschäftigung, für einzelne Staaten und in der Regel nicht explizit für junge Menschen.

Aus deutscher Perspektive wird eine Vielzahl an Auswirkungen prekärer Beschäftigung auf die betroffenen Personen thematisiert, wohingegen die Betrachtung gesamtgesellschaftlicher Folgen kaum Berücksichtigung findet. Langhoff et al. (2010: 347) heben besonders die Betroffenheit junger Menschen bezüglich der Auswirkungen auf die psychische Gesundheit hervor: „Die Mehrheit psychischer Erkrankungen manifestiert sich in frühen Jahren. Die Befunde zeigen deutlich, dass frühe psychische Störungen vielfältige negative Lebensentwicklungen nach sich ziehen (berufliche Karriere, Partnerschaft).“ Auch Brinkmann et al. (2006: 58) nennen eine blockierte bzw. eine geringe Möglichkeit zur Lebensplanung als Folge prekärer Beschäftigung und heben

ebenso wie Kraemer und Speidel (2004: 12) ihr Desintegrationspotential hervor. Zudem haben Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein höheres Risiko von Arbeitsarmut sowie nach der Erwerbsphase von Altersarmut betroffen zu sein (Keller/Seifert 2011: 28ff), was wiederum emotionale Folgen, wie Existenzängste, nach sich zieht (Butterwegge 2010: 20). Brehmer und Seifert (2007: 27) führen darüber hinaus als gesamtgesellschaftliche Folgen, ebenfalls am Beispiel Deutschlands, die erhöhte Belastung der sozialen Sicherungssysteme sowie aufgrund geringerer Partizipation atypisch Beschäftigter an Weiterbildungen „eine Unterinvestition in den gesellschaftlichen Humankapitalstock“ an.

Einen umfassenden Überblick der individuellen Folgen speziell bezogen auf die Situation junger Menschen geben Kramer und Langhoff (2012: 36ff). Sie nennen, zum Teil differenziert nach unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung und bezogen auf Deutschland, beispielsweise folgende Auswirkungen: erhöhtes Armutsrisiko; erschwerte soziale Teilhabe und Aufrechterhaltung sozialer Kontakte aufgrund von häufigen Arbeitsplatzwechseln; eingeschränkte private Zukunftsplanung; verzögerte Familien- und Lebensplanungen; gesundheitliche Folgen, wobei psychische gegenüber physischen hervorzuheben sind; geringe Teilnahme an Sport- und Freizeitaktivitäten; schlechte Ernährung.

Positive Folgen werden insbesondere für die atypische Beschäftigungsform *Teilzeit* diskutiert, und zwar aus dem Blickwinkel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Privatleben. Budelmeyer et al. (2008: 26) zeigen, dass es einen starken positiven Zusammenhang zwischen einer hohen Teilzeitarbeitsrate und der Geburtenrate gibt.

Die hier genannten Auswirkungen atypischer und prekärer Beschäftigung erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen vielmehr verdeutlichen, wie weit sie in die Lebensbedingungen und -planung der Betroffenen hineinwirken. Ebenso gilt zu beachten, dass nicht alle Auswirkungen in allen EU-Staaten gleichermaßen auftreten müssen, sondern hier auch nationale Unterschiede zum Tragen kommen, so wird beispielsweise das Armutsrisiko durch das Vorhandensein bzw. die Höhe (staatlicher) Ersatzleistungen beeinflusst. Nichtsdestotrotz kann davon ausgegangen werden, dass es gewisse Überschneidungen gibt.

3.3 Arbeitsmigration

Als Folge der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der prekären Arbeitsbedingungen emigrieren³⁷ immer mehr junge Menschen in Staaten, in denen sie die Möglichkeit zur Aufnahme einer Beschäftigung bzw. bessere Arbeitsbedingungen erwarten. Insbesondere junge Menschen sind bereit ihr Heimatland aufgrund der Arbeitsmarktlage zu verlassen. Eine Studie von Eurofound (2007a: 34) zeigt, dass am ehesten arbeitsmarktbezogene Gründe, wie etwa ein höheres Einkommen, junge Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren dazu veranlassen würden, zu emigrieren.

³⁷ Der Ausdruck Abwanderung bzw. Emigration bezeichnet die Handlung, durch die eine Person, die zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hatte, ihren üblichen Aufenthaltsort in diesem Mitgliedstaat für einen Zeitraum von mindestens 12 Monaten bzw. von voraussichtlich mindestens 12 Monaten aufgibt.

Zwar ist dies auch bei der Gesamtbevölkerung der Fall, jedoch ist der Studie zufolge dieser Effekt bei jungen Menschen besonders stark ausgeprägt.

Auch die aktuellsten Eurostat-Daten zeigen, dass der Anteil derer, die tatsächlich emigrieren, bei jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahre höher ist als bei der Gesamtbevölkerung, wobei in einzelnen Staaten der Unterschied so geringfügig ist, dass er sich erst in der zweiten Nachkommastelle ausdrückt.

Eine Ausnahme bilden Italien und Luxemburg, hier ist der Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die emigrieren, niedriger als der entsprechende Anteil bei den Erwachsenen. In der Mehrzahl der Staaten wandern weniger als 1 Prozent der 15- bis 24-Jährigen aus, in Frankreich, Malta, Spanien, Griechenland, Luxemburg und Dänemark liegt der Anteil zwischen 1 und 2 Prozent. Besonders hoch ist der Anteil in Lettland mit 3,1 Prozent, Litauen mit 3,6 Prozent und Irland mit 6 Prozent (Eurostat 2013p).

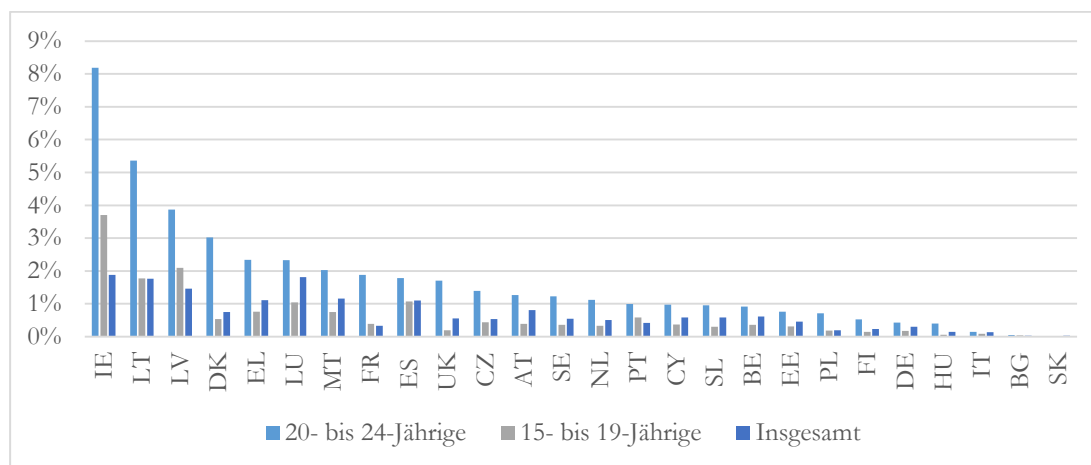


Abbildung 19: Abwanderung nach Altersgruppen (2011)^{38,39}

Quelle: Eurostat 2013p: Online-Daten-Code: demos_pjangroup; Eurostat 2013q: Online-Daten-Code: migr_emi1ctz. Eigene Berechnung.

Eine Differenzierung der jungen Menschen in 15- bis 19-Jährige und 20- und 24-Jährige zeigt, dass die Emigration bei letzteren ausnahmslos in jedem Staat stärker ausgeprägt ist als bei ersteren, was darauf zurückzuführen sein kann, dass ein Teil der 15- bis 19-Jährigen noch nicht volljährig ist und sich in Ausbildung befindet. Mit Blick auf die Gruppe der 20- bis 24-Jährigen zeigt sich, dass je nach Staat bis zu 8,2 Prozent (Irland) ihr Heimatland verlassen.

Bei einem Vergleich der Werte mit denen aus dem Jahr 2007 wird deutlich, dass der Anteil derjenigen, die emigrieren, relativ konstant bleibt. Lediglich Lettland und Litauen weisen eine Zunahme von mehr als 1 Prozentpunkt für die entsprechende Altersgruppe auf, wobei der Anstieg für die jungen Menschen mit 3,7 Prozentpunkten für Lettland und 4,7 Prozentpunkten für Litauen deutlich höher ausfällt als bei der Gesamtbevölkerung mit 1,3 Prozentpunkten bzw. 1,4

³⁸ Für Belgien und Polen beziehen sich die Daten auf das Jahr 2008 und für die Niederlande auf 2009. Für Rumänien liegen keine Daten vor.

³⁹ Für alle in der x-Achse aufgeführten Staaten sind für alle angegebenen Altersgruppen Daten verfügbar. Sollte in der Abbildung kein Wert erkennbar sein, so liegt dies an dem geringen Prozentsatz.

Prozentpunkten. Einen Rückgang von über einem Prozentpunkt weisen nur Luxemburg und Deutschland für die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen auf.

Die Daten von Eurostat lassen keine Rückschlüsse darauf zu, welche Charakteristika die Personen aufweisen, die emigrieren. Eine Studie von Eurofound zeigt jedoch, dass die Emigrationsbereitschaft bei jungen Menschen, Personen mit höherem Bildungsniveau, alleinstehenden und verwitweten Personen sowie bei Arbeitslosen vergleichsweise hoch ist (Eurofound 2007a: 31ff). Eine Studie in den neuen Mitgliedsstaaten aus dem Jahr 2004 spiegelt diese Ergebnisse wieder, wobei zudem herausgestellt wurde, dass zwei Drittel derjenigen, die eine Migration beabsichtigen, Deutschland als Zielland angeben (Eurofound 2004: 19ff; 66).

Eine Betrachtung der Zuwanderung⁴⁰ in den einzelnen Staaten zeigt, dass unabhängig von der zugewanderten Altersgruppe das Vereinigte Königreich, Deutschland und Spanien gemessen an der Anzahl von Einwanderern die wichtigsten Einwanderungsländer innerhalb der Europäischen Union sind (Eurostat 2013r). Die Wanderungssalden sind einzig für Deutschland, Italien und Spanien im sechsstelligen Bereich, wobei Deutschland und Italien mit einer Nettozuwanderung von 368.945 und 241.064 positive Salden haben, während Spanien mit 235.674 ein negatives Saldo aufweist. Wanderungssalden differenziert nach Altersgruppen liegen nicht vor (Eurostat 2013s).

Während bisher kaum erforscht ist, unter welchen Arbeitsbedingungen junge Menschen nach einer innergemeinschaftlichen Migration arbeiten und in welchem Ausmaß sie von prekärer Beschäftigung betroffen sind, gibt es eine breite empirische und theoretische Literatur über die Folgen von Zuwanderung für den einheimischen Arbeitsmarkt. Für Deutschland zeigt sich unter anderem, dass das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau kurzfristig geringfügig sinkt, während die Arbeitslosenquote erhöht ist. Langfristig sind keinerlei Folgen festzustellen (siehe hierzu Brücker 2010: 506).

Die Arbeitsmigration innerhalb Europas stellt kein neues Phänomen dar, jedoch hat sich die Struktur verändert. Während die Immigranten aus anderen EU-Staaten heute häufig über ein hohes Bildungsniveau verfügen, immigrierten beispielsweise in den 1970er-Jahren vorwiegend ungelernete Arbeitskräfte. Auch war die Arbeitsmigration in den 1970er-Jahren an den Bedürfnissen der Unternehmen ausgerichtet, wie Lippert (2006: 7) am Beispiel der Metall- und Elektroindustrie herausstellt, während sie heute aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union flexibler ist.

⁴⁰ Der Ausdruck Zuwanderung bzw. Immigration bezeichnet eine Handlung, durch die eine Person, die für einen Zeitraum von mindestens 12 Monate oder für eine erwartete Dauer von mindestens 12 Monaten in ein Land geht, das nicht jenes ist, in dem sich ihr üblicher Aufenthaltsort befindet, sodass das Zielland für diese Person praktisch das neue Land des üblichen Aufenthaltsortes wird.

4. Debatte in Deutschland

In Deutschland führen sowohl die politischen Parteien und Sozialpartner als auch die Medien eine Debatte um Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung junger Menschen in der Europäischen Union.⁴¹ Die politischen Parteien CDU, SPD, FDP, das Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben im Jahr 2012 insgesamt 79 Artikel und Pressemitteilungen, in denen sie Jugendarbeitslosigkeit und 41 Artikel und Pressemitteilungen, in denen sie prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen thematisieren, herausgegeben. Die Wochenzeitschriften DIE ZEIT, DER SPIEGEL und der FOCUS veröffentlichten 88 bzw. 60 Artikel zu den Themen.

4.1 Jugendarbeitslosigkeit

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit rückt zunehmend in den Fokus der medialen Debatte und wird auch unter den Sozialpartnern und politischen Parteien diskutiert. Im Folgenden soll anhand zuvor aufgestellter Hypothesen (Kapitel 2.2) gezeigt werden, wie die politischen Parteien, Sozialpartner und Wochenzeitschriften Jugendarbeitslosigkeit thematisieren.

4.1.1 Politische Parteien

Hypothese 1a: Wie häufig werden zum Thema Jugendarbeitslosigkeit Artikel veröffentlicht?

In insgesamt 47 Artikeln haben sich die politischen Parteien im Jahr 2012 mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa beschäftigt, wobei die einzelnen Parteien diesem Thema unterschiedlich starke Beachtung schenken und verschiedene Aspekte diskutierten. Die absolute Anzahl an Artikeln, die die einzelnen Parteien zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 herausgegeben haben, unterscheidet sich erheblich. Während die CDU und Die Linke das Thema jeweils nur einmal thematisierten, berichteten die FDP 7-mal, das Bündnis 90/Die Grünen 16-mal und die SPD 22-mal über Jugendarbeitslosigkeit.

⁴¹ In den Untersuchungsmaterialien wird häufig von *Europa* gesprochen, wenngleich die Europäische Union gemeint ist. In der Codierung dieser Arbeit sind diese beiden Begriffe als einer zusammengefasst worden und demzufolge synonym zu verstehen.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert nimmt das Thema Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Artikel ein?

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit spielt in den meisten Artikeln eine untergeordnete Rolle. In drei Artikeln des Bündnis 90/Die Grünen ist die Jugendarbeitslosigkeit das Hauptthema, bei allen anderen Parteien in keinem Fall. In 19 weiteren Fällen (FDP: 3x; Bündnis 90/Die Grünen: 5x; SPD: 11x) war das Thema Jugendarbeitslosigkeit ein Thema neben anderen. In den anderen 25 der insgesamt 47 Artikel und Pressemitteilungen wurde Jugendarbeitslosigkeit als ein Randthema behandelt.

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die Arbeitslosigkeit junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Die Auswertung der Pressemitteilungen und Artikel zeigt, dass das Thema Jugendarbeitslosigkeit mehrheitlich für die Europäische Union, für einzelne Staatengruppen und andere EU-Staaten diskutiert wird. Lediglich die FDP und das Bündnis 90/Die Grünen thematisieren die Jugendarbeitslosigkeit explizit für Deutschland, wobei hier zu unterscheiden ist, ob nur die Situation Deutschlands dargestellt oder die deutsche Jugendarbeitslosenquote im Vergleich zu der in andere EU-Staaten und der in der Europäischen Union betrachtet wird. Beides war im Falle des Bündnis 90/Die Grünen einmal der Fall, bei der FDP zweimal. Darüber hinaus wurde in einem Text der FDP die Jugendarbeitslosenquote Spaniens mit der Deutschlands verglichen. In den Artikeln der anderen drei Parteien fand die Situation in Deutschland keinerlei separate Erwähnung.

In den meisten Artikeln wird auf die Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union eingegangen, ohne die Länder näher zu spezifizieren (Die Linke: 1x; FDP: 1x; Bündnis 90/Die Grünen: 5x; SPD: 13x). Ferner wird die Jugendarbeitslosigkeit einzelner Staatengruppen diskutiert, und zwar für Südeuropa (CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen: je 1x; SPD: 2x) und die europäischen Krisenstaaten (Bündnis 90/Die Grünen: 2x; SPD: 3x), wobei beide Gruppierungen unter Umständen die gleichen Staaten umfassen. Jeweils ein Artikel thematisiert die Jugendarbeitslosigkeit in den Euro-Staaten (SPD) und in Staaten mit Mindestlohn (FDP). Die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen gehen zudem auf einzelne EU-Staaten ein, namentlich Griechenland (je 3x), Spanien (Bündnis 90/Die Grünen: 3x; SPD: 2x), Italien (Bündnis 90/Die Grünen: 1x; SPD: 2x) und Portugal (Bündnis 90/Die Grünen: 2x).

Differenziert nach Parteien zeigt sich, dass Die Linke, das Bündnis 90/Die Grünen und die SPD ausschließlich bzw. schwerpunktmäßig (Die Linke: 100%; Bündnis 90/Die Grünen: 31%; SPD: 59%) die Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten Europäischen Union thematisieren, während die CDU ausschließlich auf die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa eingeht und die FDP mehrheitlich die Situation in Deutschland bzw. die Situation Deutschlands im Vergleich zu anderen EU-Staaten betrachtet (je 29%).

Hypothese 3: Wird Jugendarbeitslosigkeit in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Es herrscht Konsens darüber, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit ein Problem für Europa bzw. die jeweils thematisierten Staaten(gruppen) darstellt. Eine Ausnahme bildet Deutschland. Während die FDP Jugendarbeitslosigkeit für Deutschland nicht als Problem wahrnimmt, gibt es in den Texten des Bündnis 90/Die Grünen unterschiedliche Einschätzungen. Ein Artikel des Bündnis 90/Die Grünen sieht die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland trotz der im europäischen Vergleich niedrigen Jugendarbeitslosenquote als Problem an, während ein anderer die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nicht als Problem wahrnimmt. Ein dritter Artikel sieht die hohe Jugendarbeitslosigkeit anderer EU-Staaten als Problem für die deutsche Exportwirtschaft an. Die Linke, die SPD und die CDU thematisieren die Jugendarbeitslosigkeit nicht explizit für Deutschland, sodass die Positionen dieser Parteien nicht herausgearbeitet werden können. Insgesamt drei Artikel (FDP: 2x; SPD: 1x) behandeln Jugendarbeitslosigkeit nur deskriptiv.

In den meisten Artikeln wird Jugendarbeitslosigkeit als Problem wahrgenommen, jedoch wird die Art des Problems nicht näher spezifiziert. Lediglich das Bündnis 90/Die Grünen und die SPD konkretisieren die Form des Problems vereinzelt.

<i>In absoluten Zahlen</i>	Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Die Linke	FDP	SPD
Problem (ohne nähere Eingrenzung)	9	1	1	2	16
Ein Problem für:					
Junge Generation	5	--	--	--	3
Gesellschaft	2	--	--	--	1
Zukunft Europas	1	--	--	--	--
EU als politisches System	--	--	--	--	1
Demokratie	--	--	--	--	1
Wirtschaft (allgemein)	1	--	--	--	1
Deutsche Exportwirtschaft	1	--	--	--	--

Tabelle 1: Politische Parteien: Art des Problems

Das Bündnis 90/Die Grünen sehen Jugendarbeitslosigkeit als Problem für die junge Generation, für die Gesellschaft und die Zukunft Europas sowie für die Wirtschaft und die deutsche Exportwirtschaft. Die SPD nimmt die Jugendarbeitslosigkeit ebenfalls als Problem für die junge Generation, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft wahr. Darüber hinaus bewertet sie die Jugendarbeitslosigkeit in Europa als Gefahr für die Europäische Union als politisches System sowie für die Demokratie.

Hypothese 4: Worin wird die Ursache der (niedrigen) Jugendarbeitslosigkeit gesehen?

In der politischen Debatte werden die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit nur vereinzelt diskutiert. Insgesamt 40 der 47 Artikel und Pressemitteilungen thematisieren keine Ursachen. Jeweils ein Artikel des Bündnis 90/Die Grünen und der SPD führen die „Politik des Sparens“ (Bündnis 90/Die Grünen: 31.01.2012) bzw. „einseitige neoliberale Strategie des Sparwahns“ (SPD: 16.05.2012) als Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit an. Die FDP hingegen nennt Mindestlöhne als eine Ursache für die hohe Jugendarbeitslosenquote.

Gründe für die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosenquote in Deutschland führen die FDP und das Bündnis 90/Die Grünen an. Die FDP nennt die gute wirtschaftliche Lage Deutschlands (2x) sowie die duale Berufsausbildung als Ursache für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Das Bündnis 90/Die Grünen geben die wirtschaftliche Lage sowie die sinkende Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden als Gründe an.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

Einen großen Stellenwert in der Debatte der politischen Parteien um Jugendarbeitslosigkeit nimmt die Diskussion von Maßnahmen ein. Bereits bestehende Maßnahmen diskutieren nur Die Linke und die SPD, wobei erste die „Kürzungsdiktate“ kritisiert und letztere „Angela Merkels ausschließlich auf Sparen und Kürzen ausgelegte Krisenpolitik“ (SPD: 30.04.2012) zuschreibt, die Jugendarbeitslosigkeit zu erhöhen statt zu sinken. Geplante Maßnahmen werden einzig von dem Bündnis 90/Die Grünen als ungenügend beschrieben (1x). Positiv diskutiert werden geplante Maßnahmen ebenfalls von dem Bündnis 90/Die Grünen, und zwar ein Investitionsprogramm sowie ein Jugendbeschäftigungspaket (je 1x). Die SPD bewertet einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung sowie eine „Spanien-Hilfe“ (je 1x) als positiv. Die CDU verweist auf die Planung von Maßnahmen ohne sie zu bewerten (1x).

<i>In absoluten Zahlen</i>	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP	SPD
Forderung nach Maßnahmen (nicht näher bestimmt)	2	--	--	5
Investitions-/Wachstums-/ Beschäftigungsprogramm	3	1	--	5
Sofortprogramm	1	--	--	4
Steuern				
Finanztransaktionssteuer	1	--	1	2
Börsenbesteuerung	--	--	--	1
Spekulationssteuer	--	--	--	1
Mobilität	1	--	1	1
Bildung (nicht näher bestimmt)	--	--	--	1
Anerkennung von Qualifikation	--	--	--	1
Gemeinsamer Bildungs- und Beschäftigungsraum	1	--	--	--
Beschäftigungspolitik (nicht näher bestimmt)	1	--	--	--
Jugendgarantie ⁴²	1	--	--	1
Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze	1	--	--	2
Neue Wirtschaftsordnung	--	--	--	1
Nachhaltige Entwicklung	1	--	--	--

Tabelle 2: Politische Parteien: Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Gemessen an der Häufigkeit der Nennungen, nehmen Forderungen nach Maßnahmen einen höheren Stellenwert ein als die Diskussion geplanter oder bereits bestehender Maßnahmen. Alle politischen Parteien mit Ausnahme der CDU fordern Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die am häufigsten geforderte Maßnahme ist ein Investitions-/Wachstums- bzw. Beschäftigungsprogramm. Dieses wird von Die Linke, dem Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD gefordert. Die zweithäufigste Forderung ist ein Sofortprogramm, wobei nicht näher darauf eingegangen wird, wie dieses inhaltlich ausgestaltet werden soll. Hierfür sprechen sich das Bündnis 90/Die Grünen und die SPD aus. Die FDP fordert zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit eine erhöhte Mobilität, genau wie die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen. Weitere konkrete Forderungen kommen von dem Bündnis 90/Die Grünen sowie der SPD, wobei es inhaltliche Überschneidungen gibt. Das Bündnis 90/Die Grünen fordert zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit eine Finanztransaktionssteuer, eine Jugendgarantie, eine aktive Beschäftigungspolitik, nachhaltige Entwicklung, einen gemeinsamen Bildungs- und Beschäftigungsraum sowie ein Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze, das sich aus Mitgliedern der EU-Kommission, Gewerkschaften und europäischer Unternehmen zusammensetzt. Dasselbe Bündnis, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Jugendgarantie fordert auch die SPD, darüber hinaus In-

⁴² Der Begriff *Jugendgarantie* bezieht sich auf eine Initiative der Europäischen Kommission im Rahmen der *Strategie Europa 2020* und deren Leitinitiative *Jugend in Bewegung*. Die Jugendgarantie sieht im Wesentlichen vor, „zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen innerhalb von vier Monaten nach Verlassen der Schule eine Anstellung haben, eine Ausbildung absolvieren oder in Aktivierungsmaßnahmen eingebunden sind“ (Europäische Kommission 2012b: 2).

vestitionen in Bildung, bessere Anerkennung von Qualifikation in anderen Mitgliedsstaaten, eine Börsenbesteuerung und eine Spekulationssteuer sowie eine neue Wirtschaftsordnung.

Die Frage, welche Staaten die vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen sollen, beantworten die Parteien ganz unterschiedlich. Die von Die Linke diskutierte Maßnahme (Investitionsprogramm) soll in Griechenland umgesetzt werden; die FDP nennt Europa bzw. Südeuropa (je 1x) als zentralen Akteur. Die von dem Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich in neun von elf Fällen an die Europäische Union und in einem Fall an Deutschland. In einem Artikel ist nicht angegeben, wer die geforderte Maßnahme umsetzen soll. Auch die von der SPD genannten Maßnahmen beziehen sich mehrheitlich auf die Europäische Union (17x) und Südeuropa (2x), weitere Maßnahmen sollen regional, weltweit und national sowie in den Krisenstaaten, Spanien und Griechenland (je 1x) umgesetzt werden.

Konkrete Ziele, die mit den Maßnahmen erreicht werden sollen, nennen nur die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen. Übereinstimmend fordern sie die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit binnen 5 Jahren (je 1x).

Hypothese 6: Welche Folgen von Jugendarbeitslosigkeit werden diskutiert?

Keine der hier untersuchten politischen Parteien diskutierte im Jahr 2012 innerhalb von Artikeln oder Pressemitteilungen Folgen von Jugendarbeitslosigkeit.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

Die politischen Parteien betrachten Jugendarbeitslosigkeit isoliert von anderen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, mit denen die junge Generation konfrontiert ist. Eine Ausnahme bilden ein Artikel des Bündnis 90/Die Grünen sowie ein Artikel der SPD. In einem Artikel vom 5. Dezember 2012 fordert das Bündnis 90/Die Grünen europäische Qualitätsstandards für Praktika, mit dem Ziel, dass es sich bei Praktika um „qualifizierte Angebote mit echten Job-Perspektiven“ handelt. In einer Pressemitteilung der SPD vom 16. Mai 2012 wird gefordert, „die konkrete Lebenssituation von jungen Menschen zu verbessern (...). Das beginnt mit dem Erreichen von mehr Bildungsgerechtigkeit, geht über die Frage der Qualität von Ausbildung, dem Zurückdrängen von prekären Beschäftigungsverhältnissen bis hin zur Gestaltung von besseren Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Engagement oder die eigene Freizeitgestaltung.“

4.1.2 Sozialpartner

Hypothese 1a: Wie häufig werden zum Thema Jugendarbeitslosigkeit Artikel veröffentlicht?

Die Sozialpartner haben im Jahr 2012 insgesamt 32 Artikel und Pressemitteilungen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit herausgegeben, wobei hiervon 18 vom Deutschen Gewerkschaftsbund und 14 von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stammen.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert nimmt das Thema Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Artikel ein?

Arbeitgeberverbände schwerpunktmäßig mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. In weiteren 10 Artikeln war die Diskussion der Jugendarbeitslosigkeit ein Thema neben anderen und in einem Artikel war der Aspekt Jugendarbeitslosigkeit ein Randthema. In einem Artikel des Deutschen Gewerkschaftsbunds ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit das Hauptthema. In der Hälfte der 18 Texte ist es ein Thema neben anderen und in 8 Texten ein Randthema.

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die Arbeitslosigkeit junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Die Berichterstattung der Sozialpartner zum Thema Jugendarbeitslosigkeit konzentriert sich auf die Situation in anderen europäischen Staaten. Während die BDA in einem Artikel auf die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland eingeht und in zwei weiteren Artikeln die Arbeitslosenquote junger Deutscher mit der junger Europäer aus anderen Staaten vergleicht, thematisiert der DGB die Situation junger Deutscher in keinem Fall explizit.

In 56 Prozent der Artikel des DGB und 64 Prozent der Artikel der BDA geht es um die gesamteuropäische Situation. Der DGB betrachtet darüber hinaus auch die Jugendarbeitslosigkeit von Staatengruppen innerhalb der EU (Südeuropa: 1x; Euro-Zone: 1x; Europäische Krisenstaaten: 5x). Ebenso wird die Jugendarbeitslosigkeit einzelner EU-Staaten thematisiert, wobei die BDA nicht näher angibt auf welche Staaten sie sich bezieht (3x). Der DGB thematisiert die Situation in Spanien (3x), Griechenland (2x), Italien (1x) und Portugal (1x). In jeweils drei Fällen wird die Jugendarbeitslosigkeit global betrachtet.

Hypothese 3: Wird Jugendarbeitslosigkeit in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund als auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nehmen die Jugendarbeitslosigkeit als Problem wahr. In den meisten Artikeln benennen der DGB (89%) und die BDA (93%) Jugendarbeitslosigkeit als Problem, ohne genauer anzugeben, wofür bzw. für wen, neben den Betroffenen, die Jugendarbeitslosigkeit ein Problem darstellt. Der DGB gibt jeweils einmal an, dass es sich um ein Problem für die Wirtschaft, die junge Generation und den europäischen Integrationsprozess handelt. Die BDA spricht in einem Fall von einem sozialpolitischen Problem.

Hypothese 4: Worin wird die Ursache der (niedrigen) Jugendarbeitslosigkeit gesehen?

Die Sozialpartner messen der Frage nach den Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit kaum Bedeutung bei. Der DGB nennt in einem Fall die Krise als Ursache für Jugendarbeitslosigkeit, die BDA thematisiert in insgesamt drei Artikeln Ursachen. In einem Fall führt die BDA als Grund für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsstaaten der EU die „mangelnde Anpassung von Bildungssystemen an die Bedürfnisse der Arbeitsmärkte“ (BDA: 09.02.2012) an. In zwei Artikeln wird als Ursache für die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie das System der dualen Berufsausbildung genannt.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

Die Diskussion und Forderung von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit nimmt in der Debatte der Sozialpartner einen hohen Stellenwert ein. In insgesamt 56 Prozent (DGB) bzw. 71 Prozent (BDA) aller Artikel werden Maßnahmen thematisiert. Bezüglich bestehender Maßnahmen kritisiert der DGB je zweimal die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank als unzureichend sowie die Sparpolitik als falsch. Als geplante Maßnahme wird die Bereitstellung von Geldern aus dem EU-Haushalt für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit kritisiert, da hierbei kein zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden würde, sondern das Geld vielmehr ohnehin Teil des EU-Finanzrahmens sei. Während der DGB die bereits bestehenden und geplanten Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit ausschließlich negativ diskutiert, ist das Bild bei der BDA differenzierter. Die BDA bewertet zwei bereits bestehende Maßnahmen positiv (Youth Opportunities Initiative; European Employment Services) und eine geplante Maßnahme als negativ (Jugendgarantie: 2x). In zwei Artikeln beschreibt sie bereits bestehende Maßnahmen (EU-2020-Strategie) sowie in einem Artikel geplante Maßnahmen (Ausbildungsallianz, European Employment Services) ohne sie zu bewerten. Im selbigen Artikel, in dem die Jugendgarantie, die Ausbildungsallianz sowie die European Employment Services vorgestellt werden, wird auch ein Qualifikationsrahmen für Praktika als Maßnahme gegen Jugendarbeitslosigkeit vorgestellt. Die auf EU-Ebene geplante Maßnahme wird zunächst beschrieben, später jedoch für Deutschland abgelehnt.

Die Sozialpartner diskutieren nicht nur Maßnahmen, die seitens der Politik auf den Weg gebracht werden bzw. werden sollen, sondern haben auch eigene Forderungen. Die Forderungen unterscheiden sich erheblich, so fordert die BDA im Bereich der Bildung bessere Aus- und Fortbildungsprogramme, wobei hierunter auch Praktika und Traineeships verstanden werden, sowie den Abbau von strukturellen Hürden beim Übergang in das Berufsleben. Zudem sieht die BDA die Einführung der dualen Ausbildung sowie die Anpassung der Ausbildungsinhalte an die Erfordernisse der Wirtschaft als zentrale Maßnahmen in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an. Als weitere Maßnahmen werden die Abschaffung der Lohnindexierung sowie eine zuneh-

mende Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse gefordert. Mit Ausnahme besserer Ausbildungsprogramme (2x) wird jede Maßnahme nur einmal angesprochen.

Der DGB fordert zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (1x) sowie Investitions-, Wachstums- und Beschäftigungsprogramme (9x). Letzteres wird vereinzelt näher präzisiert, so werden Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Dienstleistungen, zukunftsfähige Industrien, neue Technologien, ökologische Modernisierungen sowie zukunftsfähige Arbeitsplätze gefordert.

Die von den Sozialpartnern angesprochenen Maßnahmen werden bzw. sollen mehrheitlich auf EU-Ebene durchgeführt werden. Der DGB thematisiert Maßnahmen in insgesamt 10 Artikeln, wobei in 8 Artikeln Maßnahmen auf EU-Ebene angesprochen werden. In den übrigen beiden Artikeln geht es um Maßnahmen in den europäischen Krisenstaaten. Die BDA thematisiert Maßnahmen in 11 Artikeln, wobei sich die Maßnahmen in 6 Artikeln auf die EU-Ebene beziehen. Weitere drei Artikel diskutieren Maßnahmen für andere EU-Staaten, ein Artikel Maßnahmen auf globaler Ebene und in einem Artikel wird keine regionale Eingrenzung vorgenommen.

Konkrete Zielvorgaben zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit machen die Sozialpartner nicht.

Hypothese 6: Welche Folgen von Jugendarbeitslosigkeit werden diskutiert?

In einem Artikel beschäftigt sich der DGB mit den Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit, wobei in diesem einen Artikel eine Vielzahl an Auswirkungen angesprochen wird. Im Einzelnen nennt der DGB als Folgen: Perspektivlosigkeit, Existenzängste, die Unmöglichkeit einer Lebens- und Familienplanung, geringe Einkommen in späteren Beschäftigungsverhältnissen, Altersarmut, Abwanderung von Akademikern, weniger Studierende und Massenproteste. Die BDA nennt in keinem der Artikel Folgen von Jugendarbeitslosigkeit.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

In keinem der Texte, in denen sich die BDA mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt, geht sie auf andere Probleme, die speziell die junge Generation betreffen, ein. Auch der DGB betrachtet andere Probleme der jungen Generation nur in einem Fall, und zwar heißt es dort, dass Jugendliche „überproportional von befristeter Arbeit, ungewollter Teilzeit und Leiharbeit betroffen“ (DGB: 25.05.2012) sind.

4.1.3 Wochenzeitschriften

Hypothese 1a: Wie häufig werden zum Thema Jugendarbeitslosigkeit Artikel veröffentlicht?

Die Wochenzeitschriften DIE ZEIT, DER SPIEGEL und FOCUS haben im Zeitraum von 2008 bis 2012 insgesamt 88 Artikel veröffentlicht, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen. Über die Hälfte dieser Artikel sind in DIE ZEIT erschienen; 30 Prozent der Artikel in DER SPIEGEL und 14 Prozent im FOCUS.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert nimmt das Thema Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Artikel ein?

In nur zehn der insgesamt 88 Artikel ist das zentrale Thema die Jugendarbeitslosigkeit. Die Hälfte dieser 10 Artikel erschien in DER SPIEGEL, vier Artikel erschienen in DIE ZEIT und einer im FOCUS. In etwa jedem dritten Artikel war das Thema Jugendarbeitslosigkeit ein Thema neben anderen (FOCUS: 36%; DER SPIEGEL: 35%; DIE ZEIT: 30%). Bei etwas mehr als der Hälfte der Artikel handelte es sich um ein Randthema (FOCUS: 50%; DER SPIEGEL: 46%; DIE ZEIT: 61%). Im FOCUS ist ein Artikel erschienen, in dem das Thema Jugendarbeitslosigkeit im Fließtext nicht erschienen ist, dem Artikel jedoch eine Tabelle beigefügt war, in der die Jugendarbeitslosenquote Griechenlands mit der anderer EU-Staaten verglichen wurde.

Hypothese 1c: Um welche journalistische Form der Berichterstattung handelt es sich?

Der FOCUS und DIE ZEIT bedienen sich sowohl informierender als auch meinungsäußernder Darstellungsformen, während in DER SPIEGEL im Zeitraum von 2008 bis 2012 das Thema Jugendarbeitslosigkeit ausschließlich in informierenden Darstellungsformen Berücksichtigung findet.

Während im FOCUS überwiegend die Darstellungsform Bericht verwendet wird, verwendet DER SPIEGEL die Formen Bericht und Reportage ähnlich häufig. DIE ZEIT thematisiert Jugendarbeitslosigkeit 25-mal in Berichten, womit dies die am häufigsten verwendete Darstellungsform ist. Deutlich häufiger als der FOCUS und DER SPIEGEL verwendet DIE ZEIT meinungsäußernde Darstellungsformen.

<i>In absoluten Zahlen</i>	DER SPIEGEL	DIE ZEIT	FOCUS
Informierende Darstellungsform			
Bericht	11	25	11
Reportage	12	9	--
Interview	5	3	2
Meinungsäußernde Darstellungsform, mit folgendem Autor:			
Journalist	--	5	1
Politischer Akteur	--	5	--
Sonstige	--	1	--

Tabelle 3: Wochenzeitschriften: Journalistische Darstellungsformen

Hypothese 1d: Hat die Berichterstattung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Zeitraum von 2008 bis 2012 zugenommen?

Die Berichterstattung hat im Zeitraum von 2008 bis 2012 stark zugenommen. Über die Hälfte aller Artikel wurde im Jahr 2012 veröffentlicht; ein Viertel im Jahr 2011. Die Anteile lagen im Jahr 2008 bei 5 Prozent, 2009 bei 8 Prozent und 2010 bei 9 Prozent.

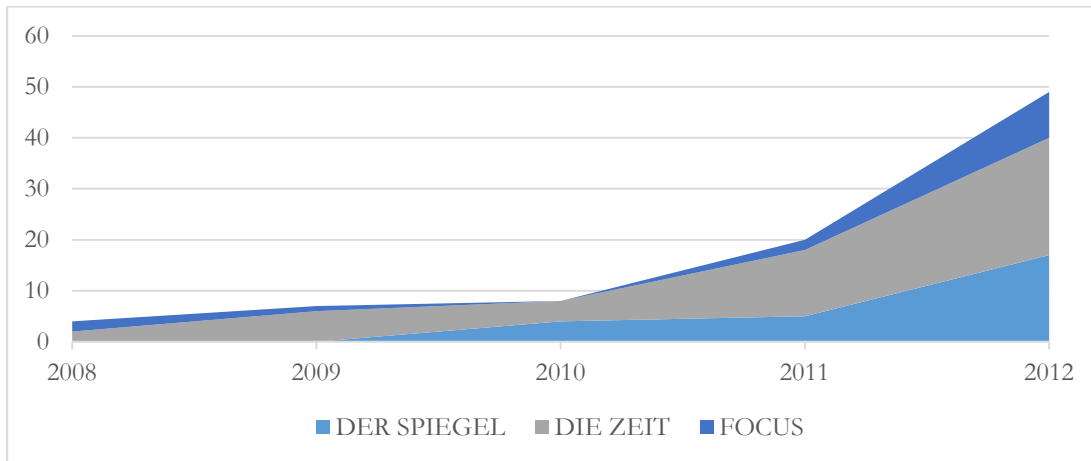


Abbildung 20: Wochenzeitschriften: Berichterstattung im Zeitverlauf

Die Berichterstattung hat sich im Laufe der Zeit in allen Wochenzeitschriften intensiviert. Im FOCUS und in DER SPIEGEL wurden zwei Drittel der Texte zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 veröffentlicht; in DIE ZEIT waren es knapp die Hälfte. 2011 war das zweitstärkste Jahr in der Berichterstattung. In den vorausgegangenen Jahren zeigen sich Unterschiede zwischen den Zeitschriften: Der Anteil der Berichterstattung rangiert in den Jahren 2008 bis 2010 zwischen 4 Prozent und 15 Prozent. DER SPIEGEL berichtete in den Jahren 2008 und 2009 und der FOCUS im Jahr 2012 nicht über Jugendarbeitslosigkeit.

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die Arbeitslosigkeit junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Die Debatte um die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland spielt in den Wochenzeitschriften nur eine untergeordnete Rolle. Der FOCUS geht in fünf, DER SPIEGEL in zwei und DIE ZEIT in sieben Artikeln auf die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ein. Ebenfalls nur vereinzelt wird die deutsche Situation mit der anderer EU-Staaten bzw. mit der Situation in Europa insgesamt verglichen (FOCUS: 1x; DER SPIEGEL: 3x; DIE ZEIT: 5x). Auch eine EU-weite Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit erfolgt nur in wenigen Artikeln (FOCUS: 3x; DER SPIEGEL: 3x; DIE ZEIT: 5x).

Mehrheitlich wird auf die Situation in den südeuropäischen Krisenstaaten eingegangen, namentlich Spanien, Italien, Portugal und Griechenland. Zusammengefasst wird 9-mal

(FOCUS), 22-mal (DER SPIEGEL) bzw. 41-mal (DIE ZEIT) über diese Staaten berichtet, wobei die Berichterstattung über Spanien den größten Anteil ausmacht. In DER SPIEGEL und DIE ZEIT macht der zweitgrößte Anteil Griechenland aus; im FOCUS Griechenland und Italien gleichermaßen. Weitere Staaten, die in der medialen Debatte Berücksichtigung finden, sind Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, die Niederlande, die Slowakei, Schweden, Österreich und das Vereinigte Königreich, wobei DER SPIEGEL und DIE ZEIT über Frankreich drei bzw. fünfmal berichtet haben. Alle anderen Staaten fanden pro Wochenzeitschrift maximal zweimal Beachtung.

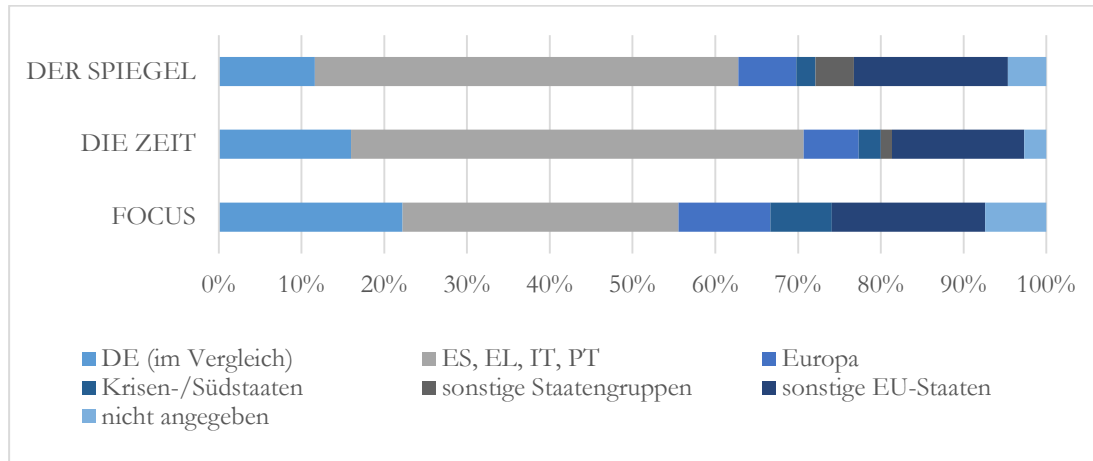


Abbildung 21: Wochenzeitschriften: Vorkommen von Staaten(gruppen)

Staatengruppierungen nehmen die Wochenzeitschriften nur vereinzelt vor. Die meisten Staatengruppierungen beziehen sich auf die südeuropäischen Krisenstaaten, wobei je nach Artikel auch von europäischen Krisenstaaten und Südeuropa die Rede ist (FOCUS: 2x; DER SPIEGEL: 1x; DIE ZEIT: 2x). Weitere Staatengruppen, die in der medialen Diskussion genannt werden, sind die Euro-Zone (DER SPIEGEL: 1x), die Nordstaaten (DER SPIEGEL: 1x) und osteuropäische Staaten (DIE ZEIT: 1x).

Hypothese 3: Wird Jugendarbeitslosigkeit in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Alle drei Wochenzeitschriften nehmen Jugendarbeitslosigkeit als Problem wahr und zwar für alle Staaten und Staatengruppen, die in den Artikel angesprochen werden. Eine Ausnahme bilden drei Artikel im FOCUS, drei in DER SPIEGEL und sechs in DIE ZEIT. Diese Artikel sagen abweichend, dass die Jugendarbeitslosigkeit kein Problem für Deutschland darstellt, wobei in jeweils einem dieser Artikel Jugendarbeitslosigkeit ebenfalls nicht problematisch für Österreich und Dänemark (FOCUS) bzw. die Niederlande (DIE ZEIT) gesehen wird. Zu beachten ist, dass in mehreren anderen Artikeln jeder Wochenzeitschrift Jugendarbeitslosigkeit auch als Problem für Deutschland wahrgenommen wird und somit eine Kontroverse innerhalb der Wochenzeitschriften besteht.

In den meisten Fällen wird die Jugendarbeitslosigkeit zwar als Problem betrachtet, jedoch nicht präzisiert für wen bzw. wofür die Erwerbslosigkeit junger Menschen ein Problem darstellt. In einzelnen Artikeln schreiben die Wochenzeitschriften, dass die hohen Jugendarbeitslosenquoten ein Problem für die junge Generation (FOCUS: 1x; DER SPIEGEL 3x; DIE ZEIT: 5x) sowie für die Zukunft der jungen Generation (je 1x) darstellen. DIE ZEIT und DER SPIEGEL betrachten die Jugendarbeitslosigkeit zudem als Problem für die Gesellschaft (je 1x); DIE ZEIT spricht darüber hinaus von einem Problem für die Volkswirtschaft als Ganzes sowie für die EU als politisches System (je 1x).

Hypothese 4: Worin wird die Ursache der (niedrigen) Jugendarbeitslosigkeit gesehen?

Mit den Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit wird sich in der medialen Debatte kaum befasst. DER SPIEGEL und der FOCUS gehen in jeweils einem Artikel auf die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit ein; DIE ZEIT in insgesamt 11 Artikeln. Der FOCUS nennt in einem Artikel vom 11.06.2012 die Euro-Krise sowie für Spanien das „Platzen der Immobilienblase“, „Lohnstopps“ und „erleichterte Entlassungen“, für Frankreich die „praxisferne Schulausbildung“, für Italien die „fehlende Lehrlingsausbildung“ und für Griechenland den gelockerten Kündigungsschutz als Ursache; DER SPIEGEL gibt als Grund die Krise an. Als Gründe für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nennt der FOCUS den demografischen Wandel sowie das duale System der Berufsausbildung (2x), wobei letzteres auch für Österreich und Dänemark gelte (1x).

In DIE ZEIT werden je einmal der Umstand, dass Staaten „Ausgaben mitten in einer Rezession massiv [zurückfahren]“ (DIE ZEIT: 06.09.2012) sowie die Anhebung des Renteneintrittsalters als Ursachen diskutiert. Darüber hinaus werden je einmal befristete Arbeitsverhältnisse, starre Arbeitsmärkte, Kündigungsschutzregelungen und das Insider-Outsider-Problem genannt, wobei der starre Arbeitsmarkt und Kündigungsschutzregelungen jeweils ein weiteres Mal für Frankreich bzw. Spanien angegeben werden. Das duale System der Berufsausbildung (2x) wird als Grund für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland angesehen. Zudem wird das Übergangssystem genannt, einmal im positiven Sinne als Grund für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit und ein weiteres Mal ebenfalls als Grund für die niedrige Jugendarbeitslosenquote, und zwar mit der Begründung, dass die Jugendlichen, die Teil des Übergangssystems sind, nicht als arbeitslos gemeldet sind und somit nicht in die Berechnung einfließen.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

Die Wochenzeitschriften unterscheiden sich erheblich in dem Ausmaß, in dem sie Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit diskutieren. So wird im FOCUS in 43 Prozent aller Artikel auf Maßnahmen eingegangen, in DER SPIEGEL in 27 Prozent und in DIE ZEIT in 16 Prozent aller Artikel.

Insgesamt wurden in 18 Fällen geplante und bereits durchgeführte Maßnahmen diskutiert, wovon sich zehn auf die Europäische Union (FOCUS: 3x; DER SPIEGEL: 2x; DIE ZEIT: 5x)

und acht auf einzelne EU-Staaten, und zwar Griechenland (DIE ZEIT: 1x), Deutschland und Frankreich (DER SPIEGEL: je 1x) sowie Italien (FOCUS: 2x; DER SPIEGEL: 3x), beziehen. Fünf der diskutierten Maßnahmen entfallen auf den FOCUS, sechs auf DIE ZEIT und sieben auf DER SPIEGEL, wobei es keine inhaltlichen Überschneidungen gab. Eine Ausnahme bildet die Diskussion um die Einführung eines dualen Ausbildungssystems, wobei dies im FOCUS für Italien und in DIE ZEIT für Griechenland thematisiert wurde sowie die Budget-Umschichtung innerhalb des Europäischen Sozialfonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Letzteres fand in allen drei Wochenzeitschriften Erwähnung, wobei dies in DIE ZEIT zweimal der Fall war. Der FOCUS und DIE ZEIT beschrieben diese Maßnahme in Berichten, in DER SPIEGEL fand sie innerhalb eines Interviews Beachtung.

Mehrheitlich wurden die geplanten und bereits durchgeführten Maßnahmen deskriptiv betrachtet, eine Bewertung erfolgte nur in drei Artikeln. Negativ wurde je einmal die Einführung einer Jugendgarantie (DIE ZEIT) sowie bezahlte Artikel der Bundesagentur für Arbeit über Ausbildungsplätze und Berufswahl in der Jugendzeitschrift *Bravo* (DER SPIEGEL) diskutiert; positiv bewertete DER SPIEGEL in einem Artikel für Italien das heraufgesetzte Renteneintrittsalter, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes sowie den gelockerten Kündigungsschutz.

Neben bereits bestehenden und geplanten Maßnahmen wurde auf Forderungen einzelner politischer Akteure eingegangen (FOCUS: 2x; DER SPIEGEL: 3x; DIE ZEIT: 2x), wobei diese mit einer Ausnahme nicht durch die Journalisten bewertet wurden. Einzig der FOCUS bewertet die von Frankreichs damaligem Präsidentschaftskandidaten Hollande geplanten Sparmaßnahmen als negativ. Eigene Forderungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erheben nur der FOCUS und DIE ZEIT jeweils einmal, wobei der FOCUS die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Spanien und DIE ZEIT die Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften in Griechenland fordern.

Hypothese 6: Welche Folgen von Jugendarbeitslosigkeit werden diskutiert?

Die Folgen von Jugendarbeitslosigkeit werden in zwei Artikeln in DER SPIEGEL, drei Artikeln im FOCUS und neun Artikeln in DIE ZEIT thematisiert. Einzig die Migration junger Menschen in Staaten mit geringer Jugendarbeitslosigkeit wird in allen drei Wochenzeitschriften angesprochen (FOCUS: 2x; DER SPIEGEL: 2x; DIE ZEIT: 3x). Weitere Folgen, die der FOCUS nennt, sind Gehaltseinbußen in späteren Beschäftigungsverhältnissen und für Österreich Obdachlosigkeit. DER SPIEGEL nennt im Falle Spaniens Armut als Folge von Jugendarbeitslosigkeit. DER SPIEGEL und DIE ZEIT sehen auch die Protestbewegungen in den Krisenstaaten in der Jugendarbeitslosigkeit begründet. Als weitere Folgen thematisiert DIE ZEIT Unzufriedenheit mit der Demokratie, die Notwendigkeit finanzielle Unterstützung von Eltern in Anspruch zu nehmen und für Griechenland die beigelegte „Feindschaft mit der Türkei“ (DIE ZEIT: 01.12.2011). Als Folgen für die „Volkswirtschaft als Ganzes“ [werden] weniger Innovation, weniger Einnahmen, weniger Wachstum“ (DIE ZEIT: 31.05.2012) genannt.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

In den Artikeln, die sich mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit auseinandersetzen, werden vereinzelt auch andere Probleme der jungen Generation diskutiert. Das ist in zwei Artikeln im FOCUS der Fall und je sechsmal in DER SPIEGEL und DIE ZEIT. Als Probleme, die insbesondere die junge Generation betreffen, nennt der FOCUS zusätzlich die hohe Quote gescheiterter Ehen in der Elterngeneration, Teenager-Schwangerschaften und für Griechenland die Nichtzurverfügungstellung bereits zugesagter Gelder für Bildung. Für Deutschland werden die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit sowie der Wegfall von Wehr- und Zivildienst und der daraus resultierende Engpass an Universitäten genannt.

DER SPIEGEL und DIE ZEIT gehen auch auf arbeitsmarktpolitische Themen ein, so nennen sie als weitere Probleme der jungen Generation prekäre Beschäftigungsverhältnisse und das Phänomen der *Generation Praktikum* (DER SPIEGEL: 2x; DIE ZEIT: 1x). Weiter geht DER SPIEGEL einmal auf Pseudo-Selbstständigkeiten und zweimal auf niedrige Einstiegsgehälter ein. Darüber hinaus nennt DER SPIEGEL die Krise im Allgemeinen, den Zwang zur Emigration, Armut sowie drohende Altersarmut und die aufgrund des demografischen Wandels erhöhte Rentenbelastung als Problem der jungen Generation. Den demografischen Wandel nennt auch DIE ZEIT; darüber hinaus thematisiert sie das Gefühl der Perspektivlosigkeit im Allgemeinen sowie die Ausgestaltung des Bildungssystems in Deutschland. Ebenso diskutiert DIE ZEIT Jugendarbeitslosigkeit im Kontext der NEETs.

4.2 Prekäre Beschäftigung

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen werden von den politischen Parteien und Sozialpartnern wie auch in den Wochenzeitschriften kontrovers diskutiert. In diesem Kapitel soll mittels zuvor aufgestellter Hypothesen (Kapitel 2.3) aufgezeigt werden, wie die politischen Parteien, Sozialpartner und Wochenzeitschriften den Diskurs über prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen führen.

4.2.1 Politische Parteien

Hypothese 1a: Wie häufig werden zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen Artikel veröffentlicht und welche Formen prekärer Beschäftigung werden in ihnen diskutiert?

Die politischen Parteien haben im Jahr 2012 insgesamt 20 Artikel und Pressemitteilungen zum Thema prekärer Beschäftigung junger Menschen veröffentlicht, wobei der Anteil, der auf die einzelnen Parteien entfällt, unterschiedlich groß ist. Das Bündnis 90/Die Grünen hat zwei Artikel, Die Linke vier und die SPD vierzehn Artikel zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen veröffentlicht. Die FDP und die CDU haben sich in diesem Zeitraum in keinem Artikel und keiner Pressemitteilung mit diesem Thema befasst.

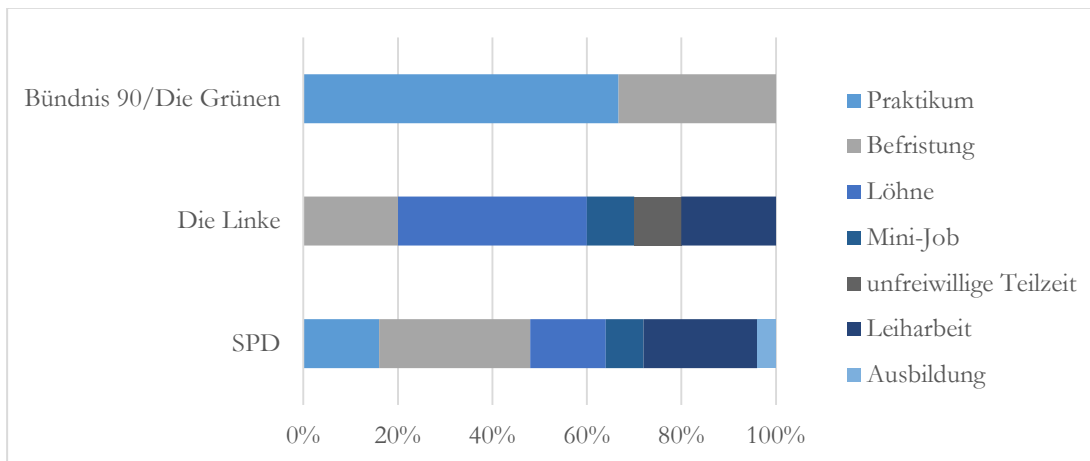


Abbildung 22: Politische Parteien: Formen prekärer Beschäftigung

In den Artikeln, die sich mit prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen beschäftigen, wird eine Vielzahl verschiedener Formen prekärer Beschäftigung angesprochen. Während das Bündnis 90/Die Grünen in beiden Artikeln auf Praktika und in einem Artikel auf befristete Beschäftigungsverhältnisse eingeht, betrachten Die Linke und die SPD weitere Formen. In allen Artikeln von Die Linke werden niedrige Löhne angesprochen; in der Hälfte der Artikel befristete Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit. Mini-Jobs und unfreiwillige Teilzeit werden jeweils einmal diskutiert und in einem Artikel erfolgt keine Spezifizierung. Die SPD thematisiert in acht von vierzehn Texten und damit am häufigsten befristete Beschäftigungsverhältnisse; in sechs Artikeln wird Leiharbeit und in vier Praktika und Niedriglöhne angesprochen. In vier der vierzehn Texte wird allgemein von prekären Beschäftigungsverhältnissen gesprochen, ohne eine weitere Differenzierung vorzunehmen. Mini-Jobs werden zweimal diskutiert; die Lehrlingsausbildung wird in einem Fall als Form prekärer Beschäftigung wahrgenommen.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert nimmt das Thema prekäre Beschäftigung innerhalb der Artikel ein?

In den Artikeln, in denen sich die Parteien mit prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen auseinandersetzen, nimmt das Thema prekäre Beschäftigung mehrheitlich einen großen Stellenwert ein. In drei von vier Artikeln von Die Linke sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse das Hauptthema, bei der SPD ist dies in 9 von 14 Artikeln der Fall. In allen anderen Artikeln handelt es sich um ein Thema neben anderen, so auch in den beiden Artikeln vom Bündnis

90/Die Grünen. In einem Artikel der politischen Parteien zum Thema prekäre Beschäftigung junger Menschen nimmt die Diskussion um eben solche Beschäftigungsverhältnisse den Stellenwert eines Randthemas ein.

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die prekäre Beschäftigung junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Die Debatte um prekäre Beschäftigung junger Menschen ist innerhalb der politischen Parteien stark auf die deutsche Situation fokussiert. Während sich die Diskussion in den Artikeln der SPD ausschließlich auf die deutsche Situation beschränkt, liegt bei Die Linke der Schwerpunkt aller Artikel hierauf, jedoch wird in zwei der vier Artikeln die Situation Deutschlands in Vergleich zur gesamteuropäischen Entwicklung gesetzt. In beiden Artikeln vom Bündnis 90/Die Grünen ist nicht angegeben, um welche Staaten es sich handelt, jedoch liegt der Ausgangspunkt für die Diskussion prekärer Beschäftigung auf europäischer Ebene, und zwar in einem Fall durch die Einführung europaweiter Qualitätsstandards für Praktika und in dem anderen Fall durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes.

Hypothese 3: Werden die in Kapitel 3.2 betrachteten Beschäftigungsverhältnisse in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Alle angesprochenen Formen prekärer Beschäftigung werden von den politischen Parteien als Problem wahrgenommen, wobei das Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke in der Hälfte aller Artikel prekäre Beschäftigungsverhältnisse als Problem für die junge Generation sehen. Die SPD spricht in fünf von vierzehn Artikeln von einem Problem für die junge Generation. In allen anderen Fällen wird prekäre Beschäftigung als Problem wahrgenommen, jedoch nicht weiter differenziert wofür bzw. für wen sie ein Problem darstellt.

Hypothese 4: Wie werden die Ursachen prekärer Beschäftigung diskutiert?

In der Mehrzahl aller Artikel wird keine Ursache prekärer Beschäftigung genannt (Bündnis 90/Die Grünen: 50%; SPD: 86%; Die Linke: 75%). Die Linke nennt als Ursache für prekäre Beschäftigungsverhältnisse die neoliberale Arbeitsmarktregulierung sowie die gesplante Wirtschaft, womit gesteigerte Exporte und stagnierende Binnennachfrage gemeint sind. Das Bündnis 90/Die Grünen und die SPD nennen in ihren Artikeln eine Ursache, die erklärt, warum insbesondere junge Menschen von befristeten Arbeitsverhältnissen als Form prekärer Beschäftigung betroffen sind. Ihnen zufolge sind junge Menschen hiervon aufgrund des Berufseinstiegs in besonderem Maße betroffen, da Unternehmen Neuverträge zunehmend befristen.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

Die Diskussion und die Forderung von Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung nehmen bei den politischen Parteien einen hohen Stellenwert ein. Lediglich zwei Artikel der SPD thematisieren keine Maßnahmen, wobei die SPD zugleich die politische Partei ist, die insgesamt am meisten Forderungen aufweist.

Bereits bestehende Maßnahmen diskutieren nur das Bündnis 90/Die Grünen in einem Fall, und zwar bewerten sie die europaweiten Qualitätsstandards für Praktika positiv.

Die Forderungen von dem Bündnis 90/Die Grünen beschränken sich auf befristete Beschäftigung, so sprechen sie sich für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie für die Streichung einzelner Befristungsgründe aus. Die Forderungen von Die Linke konzentrieren sich auf Löhne. Sie sieht angesichts der deutschen Lohnentwicklung eine Stärkung der Binnenkaufkraft und einen Ausgleich der europäischen Handelsbilanz als notwendig an. Konkret fordert sie die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns. Zudem spricht sie sich dafür aus, dass Gewerkschaften durch tarifliche Regelungen höhere Einkommen und unbefristete Übernahme von Auszubildenden sicherstellen sowie auch den Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen tariflich regeln.

In den Artikeln der SPD findet sich eine ganze Reihe unterschiedlicher Forderungen, die die Bereiche Befristung, Löhne, Leiharbeit und Praktika betreffen (siehe Tabelle 4). Auch allgemeine Forderungen nennt die SPD, und zwar die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Abschaffung befristeter Beschäftigung. In der Regel beziehen sich die Forderungen wie auch bei den anderen politischen Parteien auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Allgemeinen, wobei sich abweichend hiervon eine Forderung explizit auf junge Menschen bezieht. So fordert die SPD mehr unbefristete Stellen für diese Personengruppe.

<i>In absoluten Zahlen</i>	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	SPD
Allgemeine Forderungen			
Verbesserte Arbeitsbedingungen	--	--	3
Reduzierung prekärer Beschäftigung	--	--	4
Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	--	--	2
Bessere tarifliche Regelungen	--	1	--
Befristung			
Abschaffung befristeter Beschäftigung	--	--	1
Eindämmung befristeter Beschäftigung	--	--	1
Mehr unbefristete Stellen für junge Menschen	--	--	1
Abschaffung sachgrundloser Befristung	1	--	2
Eindämmung sachgrundloser Befristung	--	--	1
Streichung einzelner Befristungsgründe	1	--	--
Löhne			
Angemessene Löhne	--	--	4
Flächendeckender Mindestlohn	--	3	4
Mindestlöhne	--	--	2
Ausgleich der europäischen Handelsbilanz und Stärkung der Binnenkaufkraft	--	1	--
Leiharbeit			
Bekämpfung von Leiharbeit	--	--	1
Verstärkte Regulierung von Leiharbeit	--	--	2
Höchstverleihdauer	--	--	1
Gleicher Lohn für Leiharbeiter und Stammbesellschaft	--	--	3
Lohnaufschlag als Ausgleich für Unsicherheit	--	--	1
Praktika			
Verstärkte Reglementierung von Praktika	--	--	1
Verbot von unbezahlten Langzeitpraktika	--	--	1
Abschaffung von Praktika nach abgeschlossener Berufsausbildung	--	--	1

Tabelle 4: Politische Parteien: Forderungen nach Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung

Darüber hinaus werden in den Artikeln der SPD noch zwei Forderungen von Bürgern zitiert, wobei jedoch nicht angegeben ist, ob die Partei diese Forderungen unterstützt. Gefordert wird in einem Artikel die Abschaffung oder Begrenzung von befristeten Verträgen, in einem weiteren wird gefordert eine Mindestlaufzeit für befristete Verträge von einem Jahr festzulegen.

Hypothese 6: Welche Folgen prekärer Beschäftigung werden diskutiert?

In der Hälfte der Artikel (Bündnis 90/Die Grünen; SPD) bzw. in einem Viertel der Artikel (Die Linke) werden keine Folgen prekärer Beschäftigung diskutiert. Das Bündnis 90/Die Grünen nennen die erschwerte bzw. die verhinderte Lebens- und Familienplanung als Folge prekärer Beschäftigung (1x), genau wie die SPD (4x). Darüber hinaus spricht die SPD im Allgemeinen von

Planungsunsicherheit (2x) sowie von Kinderlosigkeit (1x). Als weitere Folgen werden der Zweifel am Nutzen von Ausbildungen und an der Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs, eine soziale Spaltung zwischen junger und älterer Generation, Arbeitsarmut sowie negative Auswirkungen für das Selbstbewusstsein genannt (je 1x). Als Folgen prekärer Beschäftigung nennt Die Linke je einmal Altersarmut, Arbeitsarmut, Angst vor Arbeitslosigkeit sowie für Teile Ostdeutschlands Abwanderung.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit prekärer Beschäftigung junger Menschen befassen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

In der Mehrzahl aller Artikel werden keine anderen Probleme, die insbesondere die junge Generation betreffen, diskutiert. Eine Ausnahme bilden ein Artikel von dem Bündnis 90/Die Grünen, in dem das Thema Jugendarbeitslosigkeit behandelt wird, sowie zwei Artikel der SPD. Einer dieser beiden Artikel thematisiert ebenfalls Jugendarbeitslosigkeit, der andere sieht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Problem für junge Menschen, insbesondere für junge Frauen, an.

4.2.2 Sozialpartner

Hypothese 1a: Wie häufig werden zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen Artikel veröffentlicht und welche Formen prekärer Beschäftigung werden in ihnen diskutiert?

Im Jahr 2012 haben die Sozialpartner insgesamt 21 Artikel veröffentlicht, in denen sie prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen thematisieren. Ein Drittel dieser Artikel entfällt auf die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, zwei Drittel auf den Deutschen Gewerkschaftsbund.

In zwei der vierzehn Artikel geht der DGB auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein, ohne herauszustellen, um welche Form prekärer Beschäftigung es sich dabei handelt. Am häufigsten mit neun Nennungen werden befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie mit jeweils fünf Nennungen Leiharbeit und Niedriglohn diskutiert. Weitere Themen sind Mini-Jobs/geringfügige Beschäftigung (3x) und Werkverträge (2x) sowie Scheinselbstständigkeit, Praktika und unfreiwillige Teilzeit (je 1x). In zwei Fällen wird die Ausbildung als Form prekärer Beschäftigung wahrgenommen.

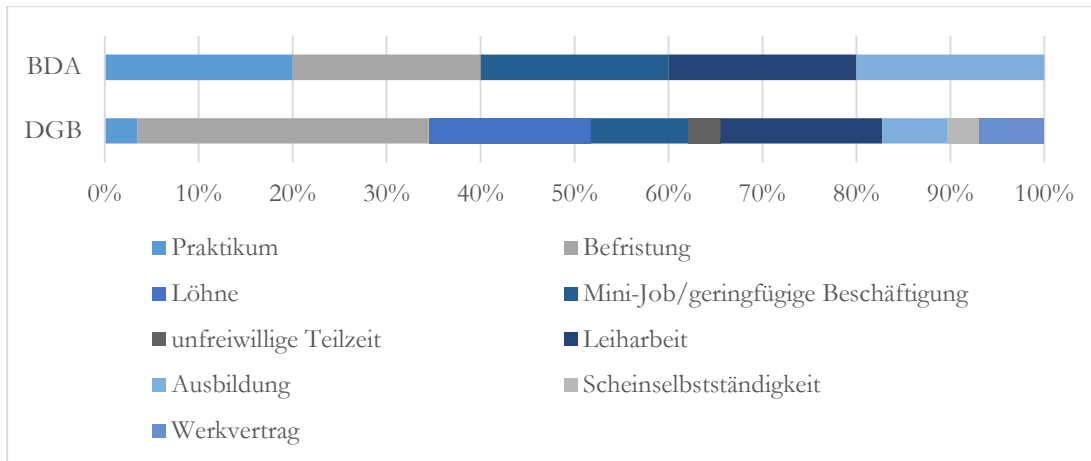


Abbildung 23: Sozialpartner: Formen prekärer Beschäftigung

Demgegenüber beurteilt die BDA keine der hier betrachteten Beschäftigungsformen als prekär, sondern spricht stets von flexibler Beschäftigung. In den meisten Artikeln, und zwar in fünf von sieben Artikeln, verwendet die BDA den Ausdruck flexible Beschäftigung ohne diesen weiter zu spezifizieren; ferner sind Leiharbeit, Praktika sowie befristete und geringfügige Beschäftigung je einmal explizit genannt worden. In einem Fall stellt die BDA fest, dass es sich bei Ausbildungsverhältnissen um eine befristete Beschäftigungsform mit einer Vergütung unterhalb des Lohnniveaus handelt.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert nimmt das Thema prekäre Beschäftigung innerhalb der Artikel ein?

In einem der sieben Artikel, in dem die BDA prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen betrachtet, nimmt dieses Thema den Stellenwert eines Hauptthemas ein, in vier Artikeln den eines Themas neben anderen und in zwei Artikeln den eines Randthemas. In den Artikeln des DGB wird dem Thema eine größere Bedeutung beigemessen. So handelt es sich in sechs Artikeln um ein Hauptthema und in den übrigen acht Artikeln um ein Thema neben anderen.

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die prekäre Beschäftigung junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Die BDA betrachtet in drei der sieben Artikel die gesamteuropäische Situation, wobei sie in einem Artikel auf flexible Beschäftigungsverhältnisse im Allgemeinen, in einem anderen auf befristete und geringfügige Beschäftigung sowie Leiharbeit und in einem dritten Artikel auf Praktika eingeht. Demgegenüber konzentrieren sich die Artikel des DGB stark auf die Situation in Deutschland. In lediglich einem Artikel wird auch auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen in ganz Europa Bezug genommen. Alle anderen Artikel der Sozialpartner beziehen sich ausschließlich auf die deutsche Situation.

Hypothese 3: Werden die in Kapitel 3.2 betrachteten Beschäftigungsverhältnisse in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Keine der unter Hypothese 1 angesprochenen Beschäftigungsformen nimmt die BDA als prekär und damit als Problem wahr. Vielmehr stellt die BDA, wie zum Beispiel in einem Artikel vom 20. Juni 2012, „die Bedeutung flexibler Beschäftigungsverhältnisse als Brücke in den Arbeitsmarkt – insbesondere für Langzeitarbeitslose und junge Menschen (...)“ als positiv heraus und „[tritt] ihrer Diffamierung als ‚prekär‘ entgegen (...)“. Im Gegensatz dazu sieht der DGB alle genannten Formen als problematisch an, jedoch zumeist ohne genauer zu konkretisieren, für wen oder wofür sie neben den Betroffenen ein Problem darstellt. Zweimal spricht der DGB von einem Problem für die junge Generation und einmal von einem Problem für die europäische Idee.

Hypothese 4: Wie werden die Ursachen prekärer Beschäftigung diskutiert?

Wie bei Hypothese 3 gezeigt, betrachtet die BDA die hier diskutierten Formen atypischer Beschäftigung nicht als prekär, sondern als gewollt. Folglich diskutiert sie keine Ursachen. In den Artikeln des DGB findet sich ausschließlich eine Erklärung für die Existenz bzw. Zunahme von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, und zwar wird als Ursache die Befristung von Arbeitsverhältnissen bei Neueinstellungen genannt, von der insbesondere Berufseinsteiger und damit junge Menschen betroffen sind.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

In 43 Prozent aller Artikel, in denen die BDA prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen thematisiert und 29 Prozent der Artikel des DGB befassen sich mit Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Die BDA lehnt den von der Europäischen Kommission geforderten Qualitätsrahmen für Praktika ab, da aus deutscher Sicht kein Handlungsbedarf bestünde. Bezüglich der Diskussion um die Einführung von Mindestlöhnen auf europäischer Ebene verweist die BDA auf die alleinige Gesetzgebungskompetenz der Nationalstaaten. Der DGB bewertet den Vorschlag der CDU, eine Lohnuntergrenze für tariffreie Zonen einzuführen, als negativ.

Eigene Forderungen zur Bekämpfung befristeter Beschäftigungsverhältnisse stellen die BDA und der DGB in einem bzw. in vier Artikeln. In allen vier Artikeln fordert der DGB die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, darüber hinaus je einmal die unbefristete Übernahme von Auszubildenden, Tariflöhne, mehr existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, gesetzliche Regelungen zur Verhinderung des Missbrauchs von Praktika, die Abschaffung bestehender Mini-Jobs, die Regulierung der Leiharbeit sowie eine soziale, arbeitnehmerfreundliche Politik für junge Menschen. Wenngleich die BDA befristete Beschäfti-

ungsverhältnisse nicht per se als Problem wahrnimmt, so fordert sie in einem Artikel vom 19.12.2012, dass „Insbesondere Jugendlichen (...) der Übergang von befristeten in unbefristete Beschäftigungsverhältnissen erleichtert werden [muss]“.

Hypothese 6: Welche Folgen prekärer Beschäftigung werden diskutiert?

Die BDA diskutiert in insgesamt 43 Prozent und der DGB in 36 Prozent der Artikel Folgen prekärer Beschäftigung, wobei erstere ausschließlich positive und letztere negative Folgen diskutieren. Die BDA nennt als Folge flexibler Beschäftigung eine erleichterte Integration in den Arbeitsmarkt (3x). Der DGB sieht durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Lebens- und Familienplanung junger Menschen beeinflusst (3x) und benennt je zweimal als Folge Planungsunsicherheit und Perspektivlosigkeit. Jeweils einmal werden mangelnde soziale Absicherung, Existenzangst, eingeschränkte Möglichkeiten zur Altersvorsorge, Zweifel über den Nutzen eines Studiums bei jungen Menschen, die Ungewissheit über zukünftige Arbeitsverhältnisse sowie ein erhöhtes Risiko erneuter Arbeitslosigkeit als Folgen prekärer Beschäftigung genannt.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit prekärer Beschäftigung junger Menschen befassen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

Die BDA diskutiert prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen in 71 Prozent aller Artikel im Zusammenhang mit Jugendarbeitslosigkeit. Andere Probleme der jungen Generation nennt die BDA nicht. Der DGB hingegen erwähnt nur in einem Artikel (7 Prozent) Jugendarbeitslosigkeit, darüber hinaus werden Altersarmut sowie die Pläne der Bundesregierung, die Rentenbeiträge zu senken, als Probleme der jungen Generation gesehen (je 1x). In dem überwiegenden Teil der Artikel (79 Prozent) werden neben prekärer Beschäftigung keine Probleme der jungen Generation genannt.

4.2.3 *Wochenzeitschriften*

Hypothese 1a: Wie häufig werden zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen Artikel veröffentlicht und welche Formen prekärer Beschäftigung werden in ihnen diskutiert?

Zwischen 2008 und 2012 haben die Wochenzeitschriften insgesamt 60 Artikel veröffentlicht, in denen sie sich mit prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen befasst haben. 32 dieser 60 Artikel erschienen in DIE ZEIT, 22 in DER SPIEGEL und 6 im FOCUS.

In den Artikeln, die sich mit dem Thema prekärer Beschäftigung von jungen Menschen beschäftigen, werden unterschiedliche Formen prekärer Beschäftigung angesprochen, wobei die Wochenzeitschriften ähnliche Schwerpunkte setzen. In insgesamt 5 Artikeln wird im Allgemeinen

von prekären Beschäftigungsverhältnisse gesprochen, ohne eine konkrete Form zu benennen (DER SPIEGEL: 3x; DIE ZEIT: 2x).

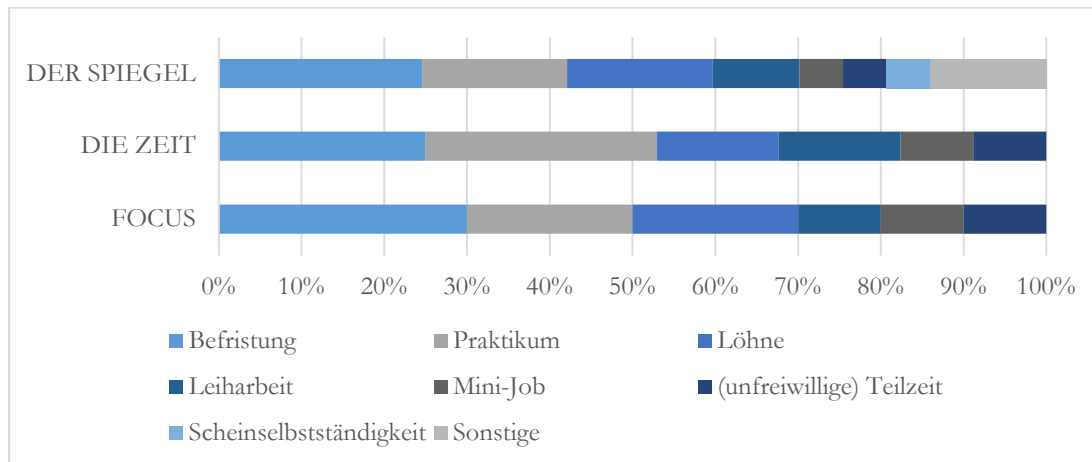


Abbildung 24: Wochenzeitschriften: Formen prekärer Beschäftigung

Für alle Wochenzeitschriften zusammen genommen, werden am häufigsten befristete Verträge und Praktika nach dem Ausbildungs- bzw. Hochschulabschluss, und zwar mit einem Anteil von 25 Prozent bzw. 23 Prozent an allen Nennungen, als Formen prekärer Beschäftigung diskutiert. Der Anteil von Leiharbeit und Beschäftigung mit Niedriglöhnen liegt bei 13 bzw. 16 Prozent. Mit einem Anteil von jeweils 7 Prozent werden ferner Mini-Jobs und Teilzeitbeschäftigungen als Form prekärer Beschäftigung diskutiert. Alle bisher genannten Beschäftigungsformen finden in den Texten aller drei Wochenzeitschriften mindestens einmal Erwähnung. Zudem wird in DER SPIEGEL auf Scheinselbstständigkeit (2 Prozent aller Nennungen) sowie auf sechs weitere Formen prekärer Beschäftigung eingegangen, wobei diese jeweils ein- oder zweimal betrachtet werden. Letzte sind in der Grafik unter *Sonstige* zusammengefasst.

Hypothese 1b: Welchen Stellenwert nimmt das Thema prekäre Beschäftigung innerhalb der Artikel ein?

In den Artikeln, in denen prekäre Beschäftigung junger Menschen diskutiert wird, werden prekäre Beschäftigungsverhältnisse in über der Hälfte der Fälle als ein Thema neben anderen abgehandelt (DER SPIEGEL: 45%; FOCUS: 83%; DIE ZEIT: 50%). In 8 von 22 Artikeln in DER SPIEGEL und 7 von 32 Artikeln in DIE ZEIT handelt es sich um ein Hauptthema. In allen anderen Fällen finden prekäre Beschäftigungsverhältnisse nur in einem Satz Erwähnung.

Hypothese 1c: Um welche journalistische Form der Berichterstattung handelt es sich?

Bei zwei Drittel aller Texte handelt es sich um informierende Darstellungsformen; im FOCUS sogar zu 100 Prozent. Den größten Anteil machen Berichte aus (DER SPIEGEL: 10x; FOCUS: 3x; DIE ZEIT: 13x). Weitere informierende Darstellungsformen sind Reportagen (DER SPIE-

GEL: 5x; FOCUS: 1x; DIE ZEIT: 3x) und Interviews (DER SPIEGEL: 4x; FOCUS: 2x; DIE ZEIT: 4x).

DIE ZEIT und DER SPIEGEL betrachten prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen auch in meinungsäußernden Darstellungsformen, und zwar sowohl in Form von Leserbriefen (DER SPIEGEL: 2x; DIE ZEIT: 6x) als auch in Kommentaren von Journalisten (DER SPIEGEL: 1x; DIE ZEIT: 4x) und von politischen Akteuren (DIE ZEIT: 2x).

Hypothese 1d: Hat die Berichterstattung zur prekären Beschäftigung junger Menschen im Zeitraum von 2008 bis 2012 zugenommen?

Bezüglich der Häufigkeit der Berichterstattung über prekäre Beschäftigung junger Menschen in den Wochenzeitschriften lässt sich kein eindeutiger Trend erkennen.

Wie Abbildung 25 zeigt, schwankt die Anzahl der Artikel im Zeitverlauf; mit Spitzen in den Jahren 2009 und 2011. Am seltensten wurde im Jahr 2008 über prekäre Beschäftigungsverhältnisse berichtet, mit einem Anteil von 7 Prozent.

Differenziert nach Wochenzeitungen zeigt sich, dass DER SPIEGEL und DIE ZEIT die meisten Artikel zum Thema prekäre Beschäftigung junger Menschen im Jahr 2009 veröffentlicht haben, der FOCUS im Jahr 2010. Letzterer hat in den Jahren 2008 und 2009 in keinem Artikel dieses Thema behandelt.

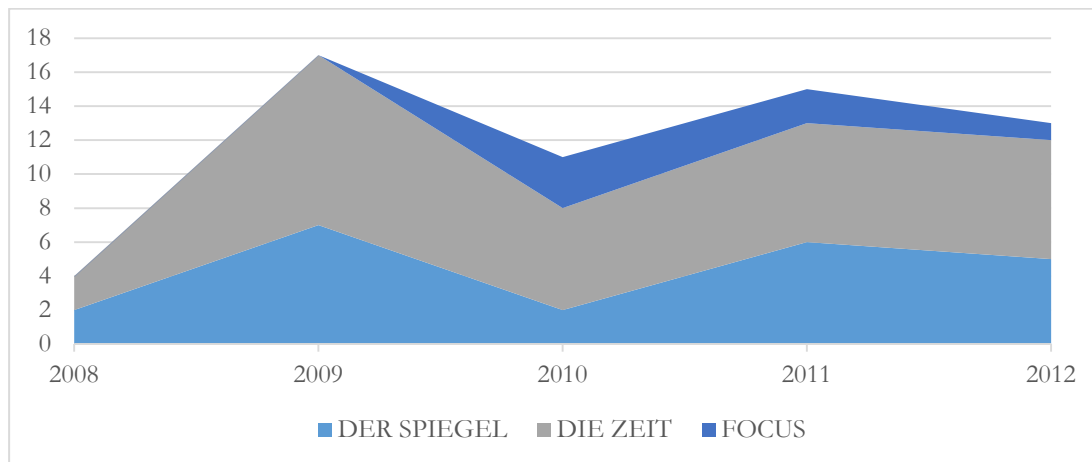


Abbildung 25: Wochenzeitschriften: Berichterstattung im Zeitverlauf

Hypothese 2: Wird in der deutschen Debatte ausschließlich die prekäre Beschäftigung junger Deutscher diskutiert oder findet auch die Situation junger Menschen aus anderen EU-Staaten Berücksichtigung?

Die Debatte um prekäre Beschäftigung innerhalb der Wochenzeitschriften konzentriert sich stark auf die Situation Deutschlands. 68 Prozent der Artikel in DER SPIEGEL, 83 Prozent in DIE ZEIT und 90 Prozent im FOCUS betrachten ausschließlich die Situation in Deutschland. Vereinzelt wird auf die Situation Frankreichs (DIE ZEIT: 3x) sowie auf die der südeuropäischen Krisenstaaten Spanien (DER SPIEGEL: 4x; FOCUS: 1x; DIE ZEIT: 1x), Italien (DER SPIE-

GEL: 4x; DIE ZEIT: 1x), Griechenland (DER SPIEGEL: 2x) und Portugal (DER SPIEGEL: 1x) eingegangen, womit DER SPIEGEL die meisten und der FOCUS die wenigsten anderen Staaten betrachtet. Auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen in der EU als Ganzes geht nur DER SPIEGEL (2x) ein.

Hypothese 3: Werden die in Kapitel 3.2 betrachteten Beschäftigungsverhältnisse in der deutschen Debatte als Problem wahrgenommen?

Die atypischen und flexiblen Beschäftigungsformen, die in der Debatte zumeist als prekär eingestuft werden, werden auch in den Wochenzeitschriften in aller Regel als prekär wahrgenommen und somit als Problem gesehen. Von den insgesamt 60 Artikeln, die zu diesem Themenkomplex in DER SPIEGEL, DIE ZEIT und im FOCUS von 2008 bis 2012 erschienen sind, werden diese Beschäftigungsformen in nur vier Artikeln nicht eindeutig und ausschließlich als Problem wahrgenommen. Zwei dieser Artikel erschienen in DIE ZEIT und zwei in DER SPIEGEL. In einem Artikel in DIE ZEIT aus dem Jahr 2010, wird die *Generation Praktikum* unter Bezugnahme auf eine aktuelle Absolventenstudie als Mythos deklariert. In einem anderen Artikel, der im Jahr 2009 in DIE ZEIT erschienen ist, vergleicht die Journalistin in einem meinungsäußernden Artikel die Regelungen zur Leiharbeit in Deutschland mit denen in Frankreich. In diesem Artikel wird die Leiharbeit als Problem für Deutschland, nicht aber für Frankreich dargestellt. In einem Interview, das 2010 in DER SPIEGEL erschienen ist, sieht Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen Teilzeitstellen und befristete Beschäftigungsverhältnisse als Ursache dafür, dass vielen jungen Menschen der Einstieg in das Berufsleben gelingt und bewertet auch Leiharbeit als positiv, jedoch nicht dessen Umsetzung. Als „Gefahr“ sieht sie den Umstand, dass „durch die Freizügigkeit in der EU ausländische Dumpinglöhne nach Deutschland importiert werden könnten“ (DER SPIEGEL: 22.03.2010). In einem weiteren Artikel, der 2010 in DER SPIEGEL erschienen ist, werden prekäre Beschäftigungsformen differenziert betrachtet und nicht ausschließlich als negativ dargestellt. So wird beispielsweise der Leiter des Instituts zur Zukunft der Arbeit zitiert, welcher kritisiert, dass das Normalarbeitsverhältnis als Norm betrachtet wird und die Zunahme der flexiblen Beschäftigungsverhältnisse als Korrektur der Verhältnisse versteht (DER SPIEGEL: 22.03.2010).

Mit Ausnahme der oben genannten sowie fünf weiteren Artikeln (FOCUS: 2x; DIE ZEIT: 3x), in denen die prekäre Beschäftigung der jungen Generation nur beschreibend Erwähnung finden, wird in allen Texten von einem Problem gesprochen, dieses jedoch nur in wenigen Fällen genauer spezifiziert. In einigen Fällen wird von einem Problem für die junge Generation gesprochen (DER SPIEGEL: 12x; FOCUS: 1x; DIE ZEIT: 10x). In einem Artikel in DIE ZEIT werden prekäre Beschäftigungsverhältnisse als Problem für die Konjunktur sowie für die Unternehmen dargestellt.

Hypothese 4: Wie werden die Ursachen prekärer Beschäftigung diskutiert?

In 17 Prozent aller Artikel wurden Ursachen für die Entstehung prekärer Beschäftigungsverhältnisse diskutiert. DIE ZEIT nennt die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Allgemeinen als Ursache (1x) sowie die Hartz-Reformen im Speziellen (2x). Der FOCUS nennt letztere ebenfalls einmal als Ursache für prekäre Beschäftigung und bezieht sich dabei explizit auf die Gruppe der jungen Beschäftigten. Am vielfältigsten werden Ursachen prekärer Beschäftigung in DER SPIEGEL diskutiert. So werden neben den Hartz-Gesetzen und der Wirtschaftskrise im Allgemeinen (je 2x), für Deutschland die Sozialauswahl im Kündigungsschutzgesetz (2x), für Südeuropa die Kündigungsschutzgesetze im Allgemeinen und die zunehmende Befristung von Neueinstellungen und für Niedriglöhne in Mitteleuropa der Beitritt zur WTO und der daraus resultierende Rückgang von Investitionen in den mittelosteuropäischen Staaten genannt (je 1x). Mit Ausnahme der beiden zuletzt genannten Ursachen beziehen sich alle Gründe auf Deutschland.

Hypothese 5: Welche Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung werden gefordert und wie werden bereits bestehende und geplante Maßnahmen diskutiert?

In den Wochenzeitschriften werden Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse nur in einem sehr geringen Umfang diskutiert. In jeweils einem Artikel in DIE ZEIT und DER SPIEGEL finden bereits bestehende Maßnahmen Erwähnung. In DER SPIEGEL wird eine Arbeitsmarktreform in Spanien als Maßnahme zur Reduzierung befristeter Beschäftigungsverhältnisse und in DIE ZEIT das französische Modell zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern als positives Beispiel beschrieben. Ebenfalls in je einem Artikel stellen Journalisten der beiden Wochenzeitschriften eigene Forderungen auf und zwar wird in DER SPIEGEL die Abschaffung von befristeten Arbeitsverhältnissen für Berufsanfänger gefordert und in DIE ZEIT die Einführung von Mindestlöhnen, die Neuregelung von Befristungen und die Gleichstellung von Leiharbeitern.

Darüber hinaus finden in drei Interviews in DER SPIEGEL sowie in je einem Interview in DIE ZEIT und im FOCUS Maßnahmen zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung Beachtung. In DIE ZEIT fordert Sahra Wagenknecht (Die Linke) die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, in der FOCUS stellt Sigmar Gabriel (SPD) dieselbe Forderung auf und spricht sich zudem für eine Begrenzung von Leiharbeit aus. In DER SPIEGEL plädiert Berthold Huber (IG Metall) für die Begrenzung und Verbesserung von Leiharbeit und spricht sich gegen befristete Verträge bei der Übernahme von Auszubildenden aus, Olaf Scholz (SPD) lehnt ein Grundeinkommen als Kompensation von Niedriglöhnen ab und Ursula von der Leyen (CDU) spricht sich für eine tarifliche Regelung zur gleichen Entlohnung von Leiharbeitern und festangestellten Mitarbeitern aus.

Hypothese 6: Welche Folgen prekärer Beschäftigung werden diskutiert?

In den Wochenzeitschriften DER SPIEGEL und DIE ZEIT werden eine Vielzahl an unterschiedlichen Folgen prekärer Beschäftigung diskutiert, wohingegen der FOCUS nur zwei Folgen

nennt. Insgesamt werden 35 unterschiedliche Folgen genannt, die sich in acht Kategorien zusammenfassen lassen (Tabelle 5). Insgesamt wurden in 15 Artikeln in DER SPIEGEL, 2 Artikeln im FOCUS und 13 Artikeln in DIE ZEIT Folgen von prekären Beschäftigungsverhältnissen diskutiert.

<i>In absoluten Zahlen</i>	DER SPIEGEL	DIE ZEIT	FOCUS
Keine Folgen	7	19	4
Individuelle Lebens- und Arbeitsverhältnisse	3	3	--
Familienplanung	6	1	1
Finanzielle Folgen	12	9	--
Gesellschaftliche Folgen	3	2	--
Emotionale und gesundheitliche Folgen	6	7	--
Berufliche Folgen	2	1	--
Emigration	3	--	1
Protestbewegung	3	--	--

Tabelle 5: Wochenzeitschriften: Folgen prekärer Beschäftigung

Am meisten Betrachtung finden finanzielle Folgen, wobei diese sowohl die soziale Absicherung im Allgemeinen für die Gegenwart und Zukunft betreffen als auch spezifische Folgen, wie den Nichterhalt von Krediten aufgrund prekärer Arbeitsverhältnisse und den mangelnden Anspruch auf Elterngeld beim Auslaufen befristeter Verträge. Auch emotionale und gesundheitliche Folgen werden in DER SPIEGEL und DIE ZEIT häufig diskutiert. In allen drei Wochenzeitschriften wird der Einfluss prekärer Beschäftigung junger Menschen auf die Familienplanung konstatiert, zudem werden in DIE ZEIT und DER SPIEGEL Auswirkungen auf die individuelle Lebens- und Familienplanung herausgestellt. Als weitere Folgen werden Protestbewegungen und Arbeitsmigration sowie berufliche und gesellschaftliche Auswirkungen genannt, wobei unter letzterem eine Entdemokratisierung und die Infragestellung der EU als politische Institution (DIE ZEIT) sowie eine Delegitimierung des Sozialstaats, eine Entsolidarisierung und eine Spaltung der Gesellschaft (DER SPIEGEL) zu fassen ist.

Hypothese 7: Werden innerhalb der Artikel, die sich mit prekärer Beschäftigung junger Menschen befassen, auch andere Probleme, die die junge Generation in einem besonderen Ausmaß betreffen, diskutiert?

In 38 Prozent aller Artikel, in denen prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen diskutiert werden, werden auch andere Probleme junger Menschen thematisiert, wobei dies deutlich häufiger im FOCUS und im DER SPIEGEL mit 50 Prozent bzw. 59 Prozent aller Artikel als in DIE ZEIT (22 Prozent) der Fall ist. Am häufigsten werden prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Zusammenhang mit Jugendarbeitslosigkeit (DER SPIEGEL: 9x; FOCUS: 1x; DIE ZEIT: 5x) sowie mit der Schwierigkeit der Vereinbarung von Beruf und Familie (DER SPIEGEL: 9x; FOCUS: 1x; DIE ZEIT: 1x) diskutiert. Als weitere Probleme der jungen Generation werden die Gerontokratie (DER SPIEGEL: 2x), die erhöhte Gabe der „Modedroge“ Ritalin (DER SPIE-

GEL: 15.06.2009; 07.07.2009), eine von der CDU geplante Rentenreform (DIE ZEIT: 1x) sowie die zunehmende Notwendigkeit private Altersvorsorge zu betreiben (FOCUS: 1x) genannt.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Arbeitsbedingungen junger Menschen in der Europäischen Union müssen vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit und dem Ausmaß atypischer Beschäftigung als prekär bezeichnet werden. In der Europäischen Union ist jede vierte Erwerbsperson im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos; die Maßeinheit der NEETs zeigt darüber hinaus, dass jeder fünfte Jugendliche ein NEET, also weder in Arbeit noch in Ausbildung, ist. Von den jungen Menschen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, arbeitet jeder Dritte für einen Niedriglohn. Drei von zehn jungen Menschen üben eine Teilzeitbeschäftigung aus und vier von zehn sind befristet beschäftigt, wobei der Anteil derer, die unfreiwillig in Teilzeit oder Befristung arbeiten, bei 29 Prozent bzw. 37 Prozent liegt. Hierbei gilt jedoch zu beachten, dass die befragten Personen, am häufigsten als Hauptgrund für ihre Teilzeitbeschäftigung bzw. Befristung angeben, dass sie sich in Ausbildung oder beruflicher Fortbildung befinden (53 Prozent bzw. 41 Prozent). Darüber hinaus dürfen nicht die jungen Menschen außer Acht gelassen werden, die sich in anderen Varianten atypischer Beschäftigung, wie beispielsweise Leiharbeit, befinden und aufgrund mangelnder Daten in dieser Arbeit zahlenmäßig nicht erfasst werden können.

Mit Blick auf die einzelnen Nationalstaaten zeigt sich ein äußerst differenziertes Bild, welches keine Gruppierung von Staaten bezüglich des Ausmaßes von Jugendarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung junger Menschen erlaubt. Spanien und Griechenland weisen mit einer Quote von über 50 Prozent eine besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit auf; in Deutschland, den Niederlanden und Österreich liegt die Jugendarbeitslosenquote demgegenüber bei unter 10 Prozent. Anders sieht dies bei Niedriglohnbeschäftigung aus. Von dieser Beschäftigungsform ist Spanien durchschnittlich betroffen, während die Niederlande und Deutschland, ebenso wie Irland und das Vereinigte Königreich besonders viele Niedriglohneempfänger an allen jungen Beschäftigten aufweisen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind in Spanien, Polen und der Slowakei mit Anteilen von 61 Prozent bis 75 Prozent besonders häufig vertreten und auch Deutschland liegt mit einem Anteil von 56 Prozent über dem EU-Durchschnitt, wobei Deutschland nach Österreich den zweitniedrigsten Anteil von unfreiwilliger Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen aufweist (6,7 Prozent). Vergleichsweise hoch ist der Wert in Spanien und der Slowakei mit über 80 Prozent. Teilzeitbeschäftigung ist mit Anteilen von 65 Prozent bzw. 77 Prozent in Dänemark und den Niederlanden am stärksten ausgeprägt. Auch bezüglich der Gründe für die Ausübung gibt es beträchtliche Unterschiede, so rangieren die Werte für unfreiwillige Teilzeit zwischen 4 Prozent in Slowenien und 65 Prozent in Griechenland. Festzuhalten bleibt, dass es nicht *den* europäischen Arbeitsmarkt gibt, sondern jedes Land seine ganz eigene Konstellation von Jugendarbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigungsverhältnissen aufweist.

Auch wenn die hier vorliegenden Daten eindeutig zeigen, dass junge Menschen in einem besonderen Maße von Arbeitslosigkeit sowie atypischer Beschäftigung betroffen sind, so kann je-

doch keine Aussage darüber getroffen werden, wie viele junge Menschen tatsächlich Arbeitslosigkeit erlebt haben bzw. prekär beschäftigt sind oder waren. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die hier dargestellten Daten nicht alle Varianten atypischer Beschäftigung beinhalten, nicht immer Rückschlüsse auf das Prekaritätsniveau zulassen sowie vorwiegend Häufigkeiten von Beschäftigungsverhältnissen abbilden. Es bedarf weiterer Forschung, um festzustellen, wie viele Menschen tatsächlich von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind und ob sie mehrere Merkmale atypische Beschäftigung auf sich vereinen. Darüber hinaus sind Verlaufsstudien von besonderem Interesse, um herauszuarbeiten, wie lange Phasen prekärer Beschäftigung andauern und ob die Arbeitsbedingungen in frühen Erwerbsjahren auch langfristig einen negativen Einfluss auf die Erwerbsbiographie der einzelnen Personen haben.

Während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist die Jugendarbeitslosigkeit von 15,7 auf 22,8 Prozent angestiegen. Mit einer Zunahme von über 30 Prozentpunkten ist der Anstieg in Spanien und Griechenland am höchsten, welche auch die beiden Staaten sind, in denen die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist. Auch der Anteil von Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung ist bei den 15- bis 24-Jährigen angestiegen, wohingegen die Niedriglohnbeschäftigungen rückläufig und befristete Beschäftigung in der Europäischen Union auf einem konstanten Niveau geblieben ist.

Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsbedingungen stellen in der EU kein exklusives Merkmal der jungen Menschen dar, dennoch sind diese in einem besonderen Ausmaß betroffen. Ein Vergleich zu den älteren Beschäftigten bzw. für Niedriglohnbeschäftigung zu allen Erwerbspersonen zeigt, dass Jugendliche sowohl von Arbeitslosigkeit als auch von der atypischen Beschäftigung überdurchschnittlich betroffen sind. Häufig liegen die Quoten für junge Menschen gar um ein Vielfaches höher. Ausnahmen bilden für Niedriglohnbeschäftigung Estland und für Teilzeitbeschäftigung Deutschland und Österreich. Unter Einbeziehung der Hauptgründe für Teilzeitbeschäftigung und Befristung zeigt sich, dass von dem Merkmal der Unfreiwilligkeit bei ersterem beide Altersgruppen ähnlich stark betroffen sind, während bei letzterem ältere Beschäftigte einen höheren Anteil aufweisen als jüngere Beschäftigte. Einzig Langzeitarbeitslosigkeit stellt ein arbeitsmarktpolitisches Problem dar, von dem junge Menschen weniger stark betroffen sind als ältere Beschäftigte.

Obwohl junge Menschen auch von prekärer Beschäftigung in einem bedeutsamen Maße betroffen sind, messen die politischen Parteien und Sozialpartner in ihren Artikeln und Pressemitteilungen dem Thema Jugendarbeitslosigkeit eine weitaus höhere Bedeutung bei und auch in den Wochenzeitschriften wird Jugendarbeitslosigkeit häufiger diskutiert. Zusammengefasst wurden zum Thema Jugendarbeitslosigkeit im Untersuchungszeitraum 167 Artikel veröffentlicht, zu prekären Beschäftigungsverhältnissen nur 101. Auffallend ist, dass die FDP und die CDU keinen Artikel zum Thema prekäre Beschäftigung im Jahr 2012 veröffentlicht haben. Die Arbeitsbedingungen junger Menschen werden unter den politischen Parteien am häufigsten von der SPD, unter den Sozialpartnern vom DGB und innerhalb der Wochenzeitschriften von DIE ZEIT diskutiert. Die Berichterstattung in den Wochenzeitschriften zum Thema Jugendarbeitslosigkeit ist kontinuierlich gestiegen und hat sich von 2008 bis 2012 verzehnfacht. Demgegenüber ist die

Berichterstattung der Wochenzeitschriften zur prekären Beschäftigung junger Menschen in den letzten Jahren auf einem relativ konstanten Niveau geblieben.

Sowohl die Wochenzeitschriften als auch die politischen Parteien und die Sozialpartner thematisieren Arbeitslosigkeit junger Deutscher selten und konzentrieren sich in ihren Artikeln auf die Situation in anderen, vorwiegend in südeuropäischen, Staaten bzw. auf die Situation in Europa insgesamt. Die Situation Deutschlands wird nur vereinzelt thematisiert, wobei die FDP ihr relativ die größte Aufmerksamkeit schenkt.

In der Debatte um prekäre Beschäftigung liegt der Fokus aller Akteure auf der deutschen Situation. Atypische Arbeitsbedingungen in anderen Staaten werden nur vereinzelt thematisiert. Die Beschäftigungsformen Befristung und Niedriglohn wie auch Praktika nach dem Hochschulabschluss erhalten die meiste Aufmerksamkeit. Diese Formen prekärer Beschäftigung nehmen alle Akteure mit Ausnahme der BDA als Problem wahr, wobei es in DIE ZEIT in einem Fall heißt, die Generation Praktikum sei ein Mythos. Die BDA betont ausdrücklich und weist mehrfach daraufhin, dass atypische Beschäftigung nicht prekär, sondern aufgrund ihrer Flexibilität wichtig für die Integration in den Arbeitsmarkt seien.

Diese Argumentation spiegelt die Kontroverse wider, die in Kapitel 3.2.2 zum Nutzen atypischer Beschäftigung skizziert wurde. Während die BDA ein Befürworter atypischer und damit flexibler Beschäftigungsverhältnisse ist, und hierin auch eine zentrale Ursache für die niedrige Jugendarbeitslosenquote in Deutschland sieht, bezeichnen der DGB und die politischen Parteien, die in ihren Artikeln prekäre Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen thematisiert haben (Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die SPD), atypische Beschäftigungsverhältnisse als prekär und fordern, je nach Artikel, arbeitnehmerfreundlichere Regelungen zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen sowie deren Eindämmung oder Abschaffung. Zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit fordern sie vor allem Wachstums- und Investitionsprogramme für die mit hoher Jugendarbeitslosigkeit gekennzeichneten Staaten.

Eine weitere Ursache der hohen Jugendarbeitslosigkeit, die die BDA anführt, ist die mangelnde Anpassung der Bildungssysteme von Staaten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit an den Arbeitsmarkt. Andersherum sieht sie in der dualen Berufsausbildung einen Hauptgrund für die niedrige Arbeitslosigkeit in Deutschland und fordert folglich die Einführung der dualen Berufsausbildung in anderen EU-Staaten. Wenngleich alle hier betrachteten politischen Parteien und Sozialpartner sowie auch die Journalisten der Wochenzeitschriften und Wissenschaftler die Bedeutung der dualen Berufsausbildung herausstellen, bietet sie nur eine begrenzte Erklärungskraft. So kann hierdurch zwar zum Teil das grundsätzlich niedrigere Niveau von Jugendarbeitslosenquoten in Staaten mit einer dualen Berufsausbildung erklärt werden, jedoch kann sie nicht als Erklärung für die Zunahme der Jugendarbeitslosenquote seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise dienen. Vielmehr sind weitere Ursachen, wie die gesamtwirtschaftliche Lage der Staaten mit höherer Arbeitslosigkeit, heranzuziehen. Obwohl in der wissenschaftlichen Diskussion eine Vielzahl möglicher Erklärungsfaktoren ausgemacht wird, spielen diese in der Debatte der politischen Parteien, Sozialpartner und Wochenzeitschriften eine untergeordnete Rolle. Generell wird in der Debatte der Frage nach den Ursachen eine geringe Bedeutung beigemessen. Auch im

Fälle prekärer Beschäftigung wird zumeist auf die Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-IV-Reformen verwiesen, ohne weitere Ursachen zu diskutieren.

Einen wichtigen Bestandteil der Debatte unter den politischen Parteien, Sozialpartnern und in den Wochenzeitschriften nehmen die Diskussion von bereits bestehenden oder geplanten Maßnahmen sowie die Forderung nach Maßnahmen ein, wobei eine Vielzahl an unterschiedlichen Maßnahmen genannt werden, mit dem Ziel die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und die Beschäftigungsbedingungen junger Menschen zu verbessern.

In einigen Artikeln werden Auswirkungen von Jugendarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung diskutiert, wobei hier zusammenfassend festgehalten werden kann, dass vorwiegend individuelle Folgen thematisiert werden. Eine Diskussion gesamtgesellschaftlicher Folgen findet nur vereinzelt statt. Am häufigsten wird eine verzögerte bzw. beeinflusste Familien- und Lebensplanung genannt. Interessant ist, dass die politischen Parteien, Sozialpartner und Wochenzeitschriften auch die Tatsache, dass junge Menschen immer länger bei den Eltern leben und von ihnen finanzielle Unterstützung erfahren, durchweg als eine Folge von Jugendarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung sehen, denn in der wissenschaftlichen Literatur wird kontrovers diskutiert, ob es sich hierbei um eine Folge oder Ursache handelt. Festzuhalten bleibt, dass häufig Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigung diskutiert werden, ohne dass dabei nach den Ursachen gefragt wird.

Auffallend ist, sowohl in der Debatte der politischen Parteien, Sozialpartner und innerhalb der Wochenzeitschriften als auch in der wissenschaftlichen Literatur, dass die Themen Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung zumeist nicht in einen Zusammenhang gebracht und isoliert voneinander betrachtet werden, und dass obwohl sie sich gegenseitig bedingen. Um das volle Ausmaß der Beschäftigungssituation junger Menschen zu erkennen, bedarf es einer Analyse beider Aspekte. Dass sie jedoch die Brisanz des Themas erkennen, was bei einzelnen Akteuren mehr für Jugendarbeitslosigkeit als für prekäre Beschäftigung gilt, zeigt insbesondere die Tatsache, dass sie die vielfältigen Folgen für die Betroffenen, aber auch für die Gesellschaft, thematisieren und nachdrücklich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen junger Menschen in der EU fordern. Die hier durchgeführte Analyse zeigt, dass aufgrund des Ausmaßes mit dem junge Menschen von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung betroffen sind, es gerechtfertigt ist von einer *verlorenen Generation* zu sprechen.

6. Ausblick

In der ersten Jahreshälfte des Jahres 2013 ist die Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union weiter angestiegen und erreicht mittlerweile einen Wert von 23,2 Prozent, während die Arbeitslosenquote der älteren Beschäftigten, ebenfalls leicht gestiegen ist und aktuell 9,6 Prozent beträgt. Am höchsten liegt die Jugendarbeitslosenquote in den südeuropäischen Staaten Griechenland (62,9 Prozent), Spanien (56,1 Prozent), Portugal (41 Prozent) und Italien (39,1 Prozent). Den stärksten Anstieg der Arbeitslosenquote erfuhren im Vergleich zum Jahreswert von 2012⁴³ Griechenland mit 7,6 Prozentpunkten und Zypern mit 10 Prozentpunkten, wobei Zypern hierdurch mit 37,8 Prozent die fünfthöchste Jugendarbeitslosenquote in der EU aufweist. Demgegenüber ist die Jugendarbeitslosenquote Deutschlands, die ohnehin die niedrigste in der EU ist, im Vergleich zu 2012 um 0,6 Prozentpunkte auf 7,5 Prozent gefallen. Für Österreich und die Niederlande, in denen die Jugendarbeitslosenquoten ebenfalls vergleichsweise gering sind, ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Den höchsten Rückgang der Arbeitslosenquote junger Beschäftigter weisen die baltischen Staaten mit über 6 Prozentpunkten auf (Eurostat 2013a)⁴⁴.

Zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen in der EU liegen nur einzelne Datensätze für das Jahr 2013 vor. Diese Daten zeigen für die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten⁴⁵, dass der Anteil befristeter Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung relativ konstant geblieben ist. Mehrheitlich schwanken die Werte des ersten Quartals des Jahres 2013 im Vergleich zu den Jahreswerten von 2012 um bis zu zwei Prozentpunkte. Im Falle der Teilzeitbeschäftigung junger Menschen ist ausschließlich in Lettland ein höherer Rückgang zu verzeichnen (4,3 Prozentpunkte); eine höhere Zunahme weisen mit Werten von 2,4 bis 8,2 Prozentpunkte die Tschechische Republik, Schweden, Griechenland, Bulgarien, Litauen, Slowenien, Spanien, Zypern, Estland und Finnland auf (Eurostat 2013t). Im Falle der befristeten Beschäftigung junger Menschen ist ausschließlich für Portugal ein höherer Rückgang festzustellen (3,3 Prozentpunkte); eine höhere Zunahme verzeichnen Ungarn (2,5 Prozentpunkte), Irland (3,8 Prozentpunkte), Schweden (4,3 Prozentpunkte), Finnland (10,1 Prozentpunkte) und Luxemburg (14 Prozentpunkte) (Eurostat 2013u).

Mit der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat sich auch die Debatte hierum intensiviert. Bereits in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2013 haben die Wochenzeitschriften, Sozialpartner und politische Parteien annähernd so viele Artikel veröffentlicht wie im Jahr 2012. Bis Ende Juni 2013 lag die Anzahl der veröffentlichten Artikel und Pressemitteilungen der Sozial-

⁴³ Als Referenzwert für das Jahr 2012 gelten in diesem Kapitel die entsprechenden jährlichen Quoten.

⁴⁴ Bei allen Werten handelt es sich um saisonbereinigte Arbeitslosenquoten aus dem Monat Juni 2013. Da für Estland, Griechenland, Lettland, Ungarn, Rumänien und das Vereinigte Königreich keine Daten für Juni 2013 zur Verfügung stehen, werden hier die jeweils aktuellsten verfügbaren Monatswerte zur Berechnung herangezogen.

⁴⁵ Es liegen keine Daten für Estland und Litauen (befristete Beschäftigung) sowie für Frankreich (befristete Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung) vor.

partner bei 78 Prozent des gesamten Vorjahresniveaus, bei den Wochenzeitschriften bei 92 Prozent und bei den politischen Parteien bei 98 Prozent.

Zwar hat sich die Debatte stark intensiviert, jedoch sind inhaltlich kaum Veränderungen auszumachen. Die Argumentationen und dargestellten Zusammenhänge unterscheiden sich nur an einzelnen Stellen von jenen, die in der Inhaltsanalyse in Kapitel 4 herausgestellt wurden. Neue Aspekte, die sich in der medialen Debatte ergeben, sind insbesondere die Umstände, dass Jugendarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit Religion diskutiert wird, wobei die Frage aufgeworfen wird, was Gott angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit von den gläubigen Jugendlichen erwartet (FOCUS: 18.03.2013), und dass von einer „Kehrtwende“ in der Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gesprochen wird, womit die Abkehr von einer ablehnenden Haltung seitens der Bundesregierung gegenüber von Investitions- und Wachstumsprogrammen und die Auflegung von Strukturreformen durch selbige gemeint ist (DER SPIEGEL: 27.05.2013). DIE ZEIT hat am 04.04.2013 eine Sonderseite unter der Überschrift „Europas verlorene Generation“ veröffentlicht, wobei hier in einem besonderen Ausmaß Lösungsansätze diskutiert wurden.

Auch in den Artikeln und Pressemitteilungen der Sozialpartner und politischen Parteien sind kaum Neuerungen und Unterschiede im Vergleich zum Vorjahr auszumachen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat im Unterschied zu den Artikeln aus dem Jahr 2012 das Thema Jugendarbeitslosigkeit in der ersten Jahreshälfte 2013 häufig, und zwar in 38 Prozent aller Artikel, im Zusammenhang mit Mindestlöhnen diskutiert. Darüber hinaus verweist sie darauf, dass man sich mit den anderen Europäischen Sozialpartnern „auf Arbeitsebene auf einen Aktionsrahmen Jugendbeschäftigung geeinigt“ habe (BDA: 12.04.2013) sowie gemeinsam mit anderen Schwesterverbänden eine Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosen durchführe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund thematisiert in 41 Prozent der Artikel und damit vergleichsweise häufig die Jugendgarantie, wobei er diese als unzureichend kritisiert. Die Artikel des Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der CDU weisen inhaltlich keine neuen Aspekte auf, während die FDP, wie zuvor auch schon die BDA, die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland mit flexiblen Beschäftigungsverhältnissen begründet. Die SPD kritisiert genau wie der DGB das Jugendbeschäftigungspaket der EU als unzureichend, bemängelt die Nichtumsetzung von bereits beschlossenen Maßnahmen und fordert mehrfach eine Doppelstrategie im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, bestehend aus Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen. Für die SPD ist zudem herauszustellen, dass sie in neueren Artikeln das Vorgehen der Bundesregierung im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit weitaus kritischer diskutiert als noch im Jahr 2012, was auf die bevorstehende Bundestagswahl zurückzuführen sein könnte.

Genau wie bei der Debatte um Jugendarbeitslosigkeit hat sich auch die Berichterstattung der Wochenzeitschriften zu prekären Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen im Vergleich zum Jahr 2012 intensiviert. In der ersten Hälfte des Jahres 2013 wurden bereits exakt so viele Artikel veröffentlicht, wie im Durchschnitt in den Jahren 2008 bis 2012 bzw. gemessen am Vorjahresniveau 92 Prozent. Im Gegensatz dazu ist die Diskussion prekärer Beschäftigung junger Menschen bei den politischen Parteien und Sozialpartnern leicht rückläufig bzw. recht konstant geblieben, so wurden im Zeitraum von Januar bis Juni 2013 35 bzw. 42 Prozent des Vorjahresni-

veaus veröffentlicht. Auch in absoluten Zahlen bleibt die Berichterstattung über prekäre Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen mit 28 Artikeln weit hinter der über Jugendarbeitslosigkeit (116 Artikel) zurück.

Die inhaltliche Ausrichtung der Artikel zur prekären Beschäftigung junger Menschen hat sich kaum verändert. Die Sozialpartner sind in der Debatte etwas stärker als im Vorjahr auf Praktika fokussiert, wobei die BDA in dem einzig veröffentlichten Artikel konstatiert, dass die Generation Praktikum nicht existiert, während der DGB sich mit Maßnahmen beschäftigt. So spricht er sich für die Sicherstellung von Qualitätsstandards für Praktika aus und lehnt Praktika nach einem Berufsabschluss im Rahmen der Jugendgarantie ab. In DIE ZEIT wird unter dem Schlagwort *Generation Y* eine kontroverse Debatte über Arbeitseinstellungen und Karriereziele junger Menschen geführt. In der ersten Jahreshälfte 2013 haben die FDP, die CDU und das Bündnis 90/Die Grünen keinen Artikel zur prekären Beschäftigung junger Menschen herausgegeben. In den drei Artikeln der SPD wurden keine neuen Aspekte diskutiert. Die Linke spricht sich dafür aus, die Leiharbeit zu verbieten und weist auf die Benachteiligung junger Menschen beim Arbeitslosengeld-II-Bezug hin.

Trotz einer intensiven Debatte über Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und einem hohen Problembewusstsein bei allen beteiligten Akteuren sowie der Medien, gibt es bis dato keine Anzeichen, die auf einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit hindeuten. Die Debatte um Jugendarbeitslosigkeit intensiviert sich zunehmend und erreicht derzeit ihren vorläufigen Höhepunkt. Anders ist dies bei der Diskussion um prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Diese wird in den Wochenzeitungen seit Jahren konstant geführt und auch bei den politischen Parteien und Sozialpartnern gewinnt dieses Thema trotz des Wahlkampfs nicht an Bedeutung. Es ist davon auszugehen, dass die Debatte um die Arbeitsbedingungen junger Menschen, die Suche nach Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie die Folgen prekärer Beschäftigungsverhältnisse die Deutschen noch länger beschäftigen wird.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta/Giesecke, Johannes/Hipp, Lena/Leuze, Kathrin/Stuth, Stefan (2012): Mehr Jobs oder nur mehr schlechte Jobs? Die Entwicklung atypischer Beschäftigung in Europa. In: WZBrief Arbeit 13/2013. Abrufbar unter: http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbriefarbeit132012_allmendinger_giesecke_hipp_leuze_stuth.pdf (Letzter Zugriff: 26.08.2013).
- Bell, David N. F./Blanchflower, David G. (2009): What should be done about rising unemployment in the OECD? Abrufbar unter: <http://www.oecd.org/employment/ministerial/43766462.pdf> (Letzter Zugriff 13.05.2013).
- Bell, David N. F./Blanchflower, David G. (2010): Youth Unemployment: Déjà Vu? In: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (Hrsg.): IZA Discussion Paper No. 4705. Bonn. Abrufbar unter: <http://ftp.iza.org/dp4705.pdf> (Letzter Zugriff: 26.08.2013).
- Bellmann, Lutz/Buttler, Friedrich (2010): Effekte der Weltwirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt. Jugendliche tragen die Hauptlast. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): IAB-Forum, Nr. 2/2010. Seite 66-71. Abrufbar unter: http://doku.iab.de/forum/2010/Forum2-2010_Bellmann_Buttler.pdf (Letzter Zugriff 17.05.2013).
- Böhning, Björn/Helbig, Silvia/Heyser, Jessica (2006): Praktika von Hochschulabsolventen. Eine Studie der DGB-Jugend. Düsseldorf. Abrufbar unter: <http://www.dgb-jugend.de/studium/mediabig/5388A.pdf> (Letzter Zugriff: 18.06.2013).
- Böll, Sven/Dettmer, Markus/Ehlers, Fiona/Ertel, Manfred/Schmergal, Cornelia/Zuber, Helene (2013): Verlorene Generation. In: DER SPIEGEL, Heft 21/2013. Seite 86-87.
- Brehmer, Wolfram/Seifert, Hartmut (2007): Wie prekär sind atypische Beschäftigungsverhältnisse? Eine empirische Analyse. 4. IWH-IAB Workshop zur Arbeitsmarktpolitik. In: WSI-Diskussionspapier Nr. 156, Düsseldorf. Abrufbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_diskp_156.pdf (Letzter Zugriff: 25.08.2013).
- Brenke, Karl (2010): Arbeitslosigkeit in Europa: Jugendliche sind viel stärker betroffen als Erwachsene. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 30/2012.
- Briedis, Kolja (2007): Übergänge und Erfahrungen nach dem Hochschulabschluss. Ergebnisse der HIS-Absolventenbefragung des Jahrgangs 2005. In: Forum Hochschule 13/2007. Abrufbar unter: http://www.his.de/pdf/pub_fh/fh-200713.pdf (Letzter Zugriff: 18.06.2013).
- Briedis, Kolja/Minks, Karl-Heinz (2007): Generation Praktikum – Mythos oder Massenphänomen? HIS-Projektbericht. Abrufbar unter: <http://www.his.de/pdf/22/generationpraktikum.pdf> (Letzter Zugriff: 19.06.2013).
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Friedrich-Ebert-Stiftung: Gesprächskreis Migration und Integration, Bonn.
- Brücker, Herbert (2010): Neue Erkenntnisse zu den Arbeitsmarktwirkungen internationaler Migration – Ein kritischer Überblick über vorliegende Befunde. In: WSI-Mitteilungen 10/2010. Seite 499-507.
- Buddelmeyer, Hielke/Mourre, Gilles/Ward, Melanie (2005): Part-Time Work in EU Countries: Labour Market Mobility, Entry and Exit. In: IZA Discussion Paper No. 1550. Bonn. Abrufbar unter: <http://ftp.iza.org/dp1550.pdf> (Letzter Zugriff: 23.07.2013).
- Buddelmeyer, Hielke/Mourre, Gilles/Ward, Melanie (2008): Why do Europeans work part-time? ECB Working Paper No. 872. Abrufbar unter: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1091120 (Letzter Zugriff: 27.08.2013).

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2013): Praktikum in EU-Mitgliedsstaaten. Abrufbar unter: <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsrecht/Faire-Praktika/generationpraktikum-eu-mitgliedsstaaten.html;jsessionid=C3541FE3CC3BFDF970979069A097124B4> (Letzter Zugriff: 18.06.2013).
- Butterwegge, Christoph (2010): Armut in reichen Ländern. In: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des ISW (WISO), Jahrgang 33, Nr. 3, Seite 15-28.
Abrufbar unter: http://www.isw-linz.at/themen/dbdocs/LF_Butterwegge_03_2010.pdf (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Dietrich, Hans (2003): Jugendarbeitslosigkeit und Aktive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche in ausgewählten Europäischen Staaten. Entstaatlichung oder neue Verstaatlichung von Stratifikationssystemen. In: Allmendinger, Jutta (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 1 und 2. Opladen: Lese + Budrich. Abrufbar unter: <http://doku.iab.de/externe/2004/k040511f19.pdf> (Letzter Zugriff: 13.05.2013).
- Dietrich, Hans (2006): Bildungs- und Erwerbsverläufe bei Jugendlichen. Von der Schule in das Erwerbsleben. In: Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendring (Hrsg.): Jugendpolitik, Heft 2, Seite 27-29.
- Dietrich, Hans (2012): Youth Unemployment in Europe. Theoretical Considerations and Empirical Findings. Friedrich-Ebert-Stiftung, International Policy Analysis. Berlin.
- Döring, Diether/Trabert, Lioba (2003): Generationenaustausch – Alterserwerbstätigkeit und die Beschäftigungslage junger Erwerbspersonen. Wiesbaden. Abrufbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/fof_proj_generationenaustausch.pdf (Letzter Zugriff: 08.02.2013).
- Dörre, Klaus (2007): Entsteht eine neue Unterschicht? Anmerkungen zur sozialen Frage in die Politik. Working Papers: Economic Sociology Jena 1/2007, Jena. Abrufbar unter: http://www.sociologie.uni-jena.de/soziologie_multimedia/Downloads/LSDoerre/wpesj01_07_d%C3%B6rre.pdf (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- Dyrnes, Inger (2011): Interns revealed. A survey on internship quality in Europe. In: Parcaro, Giuseppe et al. (Hrsg.): European Youth Forum. Abrufbar unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/--ilo-brussels/documents/genericdocument/wcms_175791.pdf (Letzter Zugriff: 18.06.2013).
- Eichmann, Hubert/Saupe, Bernhard (2011): Praktika und Praktikanten/Praktikantinnen in Österreich. Empirische Analyse von Praktika sowie der Situation von Praktikanten/Praktikantinnen. In: FORBA-Forschungsbericht, 04/2011, Wien. Abrufbar unter: http://www.forba.at/data/downloads/file/524-FB-04-2011_PRA_K-Endbericht.pdf (Letzter Zugriff: 18.06.2013).
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2004): Migration trends in an enlarged Europe, Denmark.
Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2003/109/en/1/ef03109en.pdf> (Letzter Zugriff: 23.08.2013).
- Europäische Kommission (2012a): EU Youth Report. Status of the situation of young people in the European Union, SWD No. 257. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/youth/documents/national_youth_reports_2012/eu_youth_report_swd_situation_of_young_people.pdf (Letzter Zugriff: 17.05.2013).
- Europäische Kommission (2012b): Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, SWD No. 409. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0729:FIN:DE:PDF> (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2007b): Temporary agency work in the European Union. Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/ewco/reports/TN0408TR01/TN0408TR01.pdf> (Letzter Zugriff: 26.08.2013).
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2010): Very atypical work. Exploratory analysis of fourth European Working Conditions Survey. Dublin. Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2010/10/en/2/EF1010EN.pdf> (Letzter Zugriff: 25.08.2013).

- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2012a): NEETs. Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe. Luxemburg. Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/54/en/1/EF1254EN.pdf> (Letzter Zugriff: 31.01.2013).
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2012b): ERM report 2012 – After restructuring: Labour markets, working conditions and life satisfaction, Luxemburg. Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/61/en/1/EF1261EN.pdf> (Letzter Zugriff: 31.01.2013).
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2011): European Company Survey 2009. Part-time work in Europe, Luxemburg. Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2010/86/en/3/EF1086EN.pdf> (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound) (2007a): Facotrs determining international and regional migration in Europe, Irland. Abrufbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2007/09/en/1/ef0709en.pdf> (Letzter Zugriff: 21.08.2013).
- Eurostat (2013a): Arbeitslosenquoten nach Geschlecht und Altersgruppe - monatliche Daten, %. Online-Daten-Code: une_rt_m (Stand: 14.08.2013).
- Eurostat (2013aa): Erwerbstätige mit Abendarbeit, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht, Alter und Stellung im Beruf (%). Online-Daten-Code: lfsa_ewpeve (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013ab): Erwerbstätige mit Nachtarbeit, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht, Alter und Stellung im Beruf (%). Online-Daten-Code: lfsa_ewpnig (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013b): Unemployment rate by sex and age groups - annual average, %. Online-Daten-Code: une_rt_a (Stand: 30.04.2013).
- Eurostat (2013c): Activity rates by sex, age and nationality (%). Online-Daten-Code: lfsa_argan (Stand: 03.05.2013).
- Eurostat (2013d): Long-term unemployment (12 months or more) as a percentage of the total unemployment, by sex and age (%). Online-Daten-Code: lfsa_upgal (Stand: 03.05.2013).
- Eurostat (2013e): Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (%). Online-Daten-Code: lfsa_urgan (Stand: 03.05.2013).
- Eurostat (2013f): Unemployment rates by sex, age and highest level of education attained (%). Online-Daten-Code: lfsa_urgaed (Stand: 03.05.2013).
- Eurostat (2013g): Participation of young people in education and training, by employment status, age and sex (incl. NEET rates). Online-Daten-Code: edat_lfse_18 (Stand 10.04.2013).
- Eurostat (2013h): Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsa_eppga (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013i): Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung – Verteilungen nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsa_epgar (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013j): Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsa_eppgai (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013k): Arbeitnehmer mit befristetem Arbeitsvertrag in Prozent der Gesamtzahl der Arbeitnehmer, nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (%). Online-Daten-Code: lfsa_etpgan (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013l): Hauptgrund für befristete Beschäftigung – Verteilung nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsa_etgar (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013m): Geringfügig Beschäftigte als Prozentsatz der gesamten Angestellten (ohne Auszubildenden) nach Alter. Online-Daten-Code: earn_ses_pub1a (Stand: 26.06.2013).
- Eurostat (2013n): Geringfügig Beschäftigte als Prozentsatz der gesamten Angestellten (ohne Auszubildenden) nach Geschlecht. Online-Daten-Code: earn_ses_pub1s (Stand: 26.06.2013).
- Eurostat (2013o): Geringfügig Beschäftigte als Prozentsatz der gesamten Angestellten (ohne Auszubildenden) nach erreichtem Bildungsgrad. Online-Daten-Code: earn_ses_pub1i (Stand: 12.12.2012).
- Eurostat (2013p): Population on 1 January by five years age groups and sex. Online-Daten-Code: demo_pjangroup (Stand: 17.07.2013).

- Eurostat (2013q): Auswanderung nach Geschlecht, Altersklasse und Staatsangehörigkeit. Online-Daten-Code: migr_emi1ctz (Stand: 11.07.2013).
- Eurostat (2013r): Einwanderung nach Geschlecht, Altersklasse und Staatsangehörigkeit. Online-Daten-Code: migr_imm1ctz (Stand: 12.07.2013).
- Eurostat (2013s): Absolute und relative Bevölkerungsveränderung. Online-Daten-Code: demo_gind (Stand: 18.07.2013).
- Eurostat (2013t): Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsq_eppga (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013u): Arbeitnehmer mit befristetem Arbeitsvertrag in Prozent der Gesamtzahl der Arbeitnehmer, nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsq_etpgan (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013v): Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Altersgruppe – Jahresdurchschnitte, 1000 Personen. Online-Daten-Code: une_nb_a (Stand: 31.07.2013).
- Eurostat (2013w): Personen mit zweiter Erwerbstätigkeit. Online-Daten-Code: tps00074 (Stand: 30.07.2013).
- Eurostat (2013x): Arbeitnehmer, die Schichtarbeit leisten, als Prozentsatz aller Arbeitnehmer, nach Geschlecht und Alter (%). Online-Daten-Code: lfsa_ewpshi (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013y): Erwerbstätige mit Samstagsarbeit, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht, Alter und Stellung im Beruf (%). Online-Daten-Code: lfsa_ewpsat (Stand: 04.07.2013).
- Eurostat (2013z): Erwerbstätige mit Sonntagsarbeit, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung, nach Geschlecht, Alter und Stellung im Beruf (%). Online-Daten-Code: lfsa_ewpsun (Stand: 04.07.2013).
- Faigle, Philip (2012): Europas abgehängte Generation. In: ZEIT ONLINE, 16.05.2012. Abrufbar unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-05/europa-jugend-arbeitslosigkeit> (Letzter Zugriff: 16.08.2013).
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2012): Wir müssen draußen bleiben. Aktuelle Länderstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung analysieren Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Ein detaillierter Blick auf die Hintergründe mit Beispielen aus Spanien, Deutschland, Italien, Frankreich und Polen. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09478.pdf> (Letzter Zugriff 05.02.2013).
- Früh, Werner (2011): Inhaltsanalyse. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft, 7., überarbeitete Auflage.
- Fuchs, Tatjana/Ebert, Andreas (2008): Was ist gute Arbeit? Anforderungen an den Berufseinstieg aus Sicht der jungen Generation. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Berufseinsteigern im Alter zwischen 18 und 34 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung. Stadtbergen. Abrufbar unter: <http://doku.iab.de/externe/2008/k080320f06.pdf> (Letzter Zugriff: 19.06.2013).
- Grühn, Dieter/Hecht, Heidemarie (2008): Hochschulabsolventen in der Grauzone des Arbeitsmarktes? Mythos GENERATION Praktikum. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 157. Düsseldorf. Abrufbar unter http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_157.pdf (Letzter Zugriff: 19.06.2013).
- Hohendanner, Christian/Rebien, Martina (2011): Umfang und Bedeutung von Praktika aus betrieblicher Perspektive – Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel und der IAB-Erhebung des Gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots. In: IAB-Stellungnahme, 06/2011, Nürnberg. Abrufbar unter: <http://doku.iab.de/stellungnahme/2011/sn0611.pdf> (Letzter Zugriff: 19.06.2013).
- Holzmüller, Maria (2010): Generation Prekär. In: Süddeutsche.de, 18.05.2010. Abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/studie-zu-jungen-arbeitnehmern-generation-prekaer-1.1013069> (Letzter Zugriff: 16.08.2013).
- Hommerich, Carola (2009): „Freeter“ und „Generation Praktikum“ – Arbeitswerte im Wandel? Ein deutsch-japanischer Vergleich. München: IUDICIUM Verlag.
- International Labour Organization (ILO) (2013): Global Employment Trends for Youth 2013: A generation at risk, Genf. Abrufbar unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_212423.pdf (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- Keller, Berndt/Seifert, Hartmut (2011): Atypische Beschäftigung und soziale Risiken. Entwicklung, Strukturen, Regulierung. Friedrich-Ebert-Stiftung: WISO-Diskurs, Bonn.

- Kieselbach, Thomas/Beermann, Gert (2003): Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 06-07/2003. Seite 32-39.
- Kirchler, Erich/ Kastlunger, Barbara/Braunger, Paul (2007): „Generation Praktikum“ – Flexibilisierungsphänomen im Perspektivenwechsel. Praktika bei HochschulabsolventInnen – Chance oder Belastung? In: Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des ISW (WISO), Jahrgang 30, Nr. 3, Seite 153-168. Abrufbar unter: http://www.isw-linz.at/media/files/3_2007/LF_Kirchler_Kastlunger_Braunger_03_07.pdf (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2004): Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zur Transformation eines arbeitsweltlichen Integrationsmodus (Arbeitstitel). Abrufbar unter: http://www.dgb-jugend.de/ausbildung/onlineberatung/mediabig/4969A_original.pdf (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- Kramer, Julia/Langhoff, Thomas (2012): Die Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 206. Düsseldorf. Abrufbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_260.pdf (Letzter Zugriff: 19. 06.2013).
- Langhoff, Thomas/Krietsch, Ina/Starke, Christian (2010): Der Erwerbseinstieg junger Erwachsener: unsicher, ungleich, ungesund. In: WSI-Mitteilungen 07/2010.
- Lindbeck, Assar/Snowder, Dennis (2002): The Insider-Outsider Theory: A Survey. In: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (Hrsg.): IZA Discussion Paper No. 534. Bonn.
- Lohmann, Hennig/Marx, Ive (2008): The different faces of in-work poverty across welfare state regimes. In: Lohmann, Hennig/Andreß, Hans-Jürgen (Hrsg.): The Working Poor in Europe. Employment, Poverty and Globalization. Cheltenham: Edward Elgar.
- Martin, Gary (2009): A portrait of the youth labour market in 13 countries, 1980-2007. In: US Dept. of Labor, Bureau of Labor Statistics: Monthly Labour Review, 7/2009. Seite 3-21. Washington DC. Abrufbar unter <http://www.bls.gov/opub/mlr/2009/07/art1full.pdf> (Letzter Zugriff: 17.05.2013).
- Martín, Paz Martín (2012): The European Union tackling youth unemployment in times of crises. In: Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09516.pdf> (Letzter Zugriff: 05.02.2013).
- Merten, Klaus (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2. Verbesserte Auflage.
- Noelke, Clemens (2011): The consequences of employment protection legislation for the youth labour market. In: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (Hrsg.): Working Papers, Nr. 144. Mannheim.
- Pastore, Francesco (2007): Employment and Education Policy for Young People in the EU: What Can New Member States Learn from Old Member States. In: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (Hrsg.): IZA Discussion Paper No. 3209. Bonn.
- Plünnecke, Axel/Werner, Dirk (2004): Das duale Ausbildungssystem. Die Bedeutung der Berufsausbildung für Jugendarbeitslosigkeit und Wachstum. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): IW-Positionen, Nr. 9. Deutscher Instituts-Verlag, Köln. Abrufbar unter: <http://www.iwmedien.de/LinkClick.aspx?fileticket=i8P2Mj0LpDg%3D&tabid=282> (Letzter Zugriff: 23.02.2013).
- Porcaro, Giuseppe/Higgins, James (2011): Youth Unemployment in Europe. A call for change. European Youth Forum. Abrufbar unter: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---ilobrussels/documents/genericdocument/wcms_175790.pdf (Letzter Zugriff 18.06.2013).
- Rothe, Thomas/Tinter, Stefanie (2007): Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt. Eine Analyse von Beständen und Bewegungen. In: IAB-Forschungsbericht, Nr. 4/2007. Nürnberg.
- Sarcletti, Andreas (2007): Der Nutzen von Kontakten aus Praktika und studentischer Erwerbstätigkeit für den Berufseinstieg von Hochschulabsolventen. In: Beiträge zur Hochschulforschung, Jahrgang 29, Heft 4, Seite 52-81. Abgerufen unter: <http://www.bzh.bayern.de/uploads/media/4-2007-sarcletti.pdf> (Letzter Zugriff: 19.06.2013).
- Sarcletti, Andreas (2008): Internships and study-related jobs and their effect on the duration until labour market entry of graduates. München. Abrufbar unter: http://doku.iab.de/veranstaltungen/2008/gradab2008_sarcletti.pdf (Letzter Zugriff: 19.06.2013).

- Scarpetta, Stefano/Sonnet, Anne/Manfred, Thomas (2010): Rising Youth Unemployment During The Crisis. How to Prevent Negative Long-term Consequences on a Generation? In: OECD Social, Employment and Migration Working Papers, Nr. 106, OECD Publishing. Abrufbar unter: <http://dx.doi.org/10.1787/5kmh79zb2mmv-en> (Letzter Zugriff: 17.05.2013).
- Schels, Brigitte (2007): Jugendarbeitslosigkeit und psychisches Wohlbefinden. In: IAB-Forschungsbericht, Nr. 13/2007. Nürnberg.
- Schiener, Jürgen (2010): Arbeitsmarkt und Berufseinstieg von Akademiker/innen. Theoretische und empirische Grundlagen. In: von Felden, Heide/Schiener, Jürgen (Hrsg.): Transitionen - Übergänge vom Studium in den Beruf. Zur Verbindung von qualitativer und quantitativer Forschung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Seite 42-75.
- Schmeißer, Claudia/Stuth, Stefan/Behrend, Clara/Budras, Robert/Hipp, Lena, Leuze, Kathrin/Giesecke, Johannes (2012): Atypische Beschäftigung in Europa 1996 – 2009. In: WZB Discussion Paper P 2012-001, Berlin. Abgerufen unter: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2012/p12-001.pdf> (Letzter Zugriff: 27.08.2013).
- Schmidt, Boris/Hecht, Heidemarie (2011): Praktika nach dem Studienabschluss. Zwischen Fairness, Ausbeutung und Berufseinstieg (Generation Praktikum 2011). Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 242. Düsseldorf. Abrufbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_242.pdf (Letzter Zugriff: 19.06.2013).
- Schopf, Anna/Ringler, Paul (2007): Arbeit ohne Wert? Strukturmerkmale der PraktikantInnen-Beschäftigung im Hochschulkontext in Österreich. Eine quantitative Studie. Wien. Abrufbar unter: http://www.generation-praktikum.at/download/Schopf-Ringler_Arbeit_ohne_Wert_Plattform_Generation_Praktikum.pdf (Letzter Zugriff: 18.06.2013).
- Stettes, Oliver (2007): Youth and Work. The case of Germany. Beitrag aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln zum European Industrial Relations Observatory (EIRO). In: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (Eurofound): EIRO-Comparative Studies. Abrufbar unter: <http://www.iwkoeln.de/de/studien/eiro-ewco-studien/beitrag/oliver-stettes-youth-and-work-62801> (Letzter Zugriff: 17.05.2013).
- Stolz, Matthias (2005): Generation Praktikum. In: ZEIT ONLINE, 31.03.2005. Abrufbar unter: http://www.zeit.de/2005/14/Titel_2fPraktikant_14 (Letzter Zugriff: 20.06.2013).
- Wesfreid, Marcelo (2006): Stages – Le grande loterie. In: L'Express. Paris. Abrufbar unter: http://www.lexpress.fr/emploi-carriere/la-grande-loterie_483194.html (Letzter Zugriff: 18.06.2013).

Tabellenanhang

In %	Arbeitslosenquoten 2012			Ratio ¹
	15- bis 24-Jährige	25- bis 74-Jährige	insgesamt	
Europäische Union	22,8	9,1	10,5	2,51
Belgien	19,8	6,4	7,6	3,09
Bulgarien	28,1	11,0	12,3	2,55
Dänemark	14,1	6,3	7,5	2,24
Deutschland	8,1	5,2	5,5	1,56
Estland	20,9	8,9	10,2	2,35
Finnland	19,0	6,1	7,7	3,11
Frankreich	24,3	8,7	10,2	2,79
Griechenland	55,3	22,2	24,3	2,49
Irland	30,4	12,9	14,7	2,36
Italien	35,3	8,9	10,7	3,97
Lettland	28,4	13,5	14,9	2,10
Litauen	26,4	12,1	13,3	2,18
Luxemburg	18,1	4,2	5,1	4,31
Malta	14,2	5,0	6,4	2,84
Niederlande	9,5	4,5	5,3	2,11
Österreich	8,7	3,6	4,3	2,42
Polen	26,5	8,5	10,1	3,12
Portugal	37,7	14,0	15,9	2,69
Rumänien	22,7	5,6	7,0	4,05
Schweden	23,7	5,7	8,0	4,16
Slowakei	34,0	12,2	14,0	2,79
Slowenien	20,6	7,9	8,9	2,61
Spanien	53,2	22,7	25,0	2,34
Tschechische Republik	19,5	6,0	7,0	3,25
Ungarn	28,1	9,6	10,9	2,93
Vereinigtes Königreich	21,0	5,7	7,9	3,68
Zypern	27,8	10,2	11,9	2,73

Tabelle A.1: Jugendarbeitslosenquote und Ratio (2012)

¹ Ratio: Verhältnis der Jugendarbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen zu der Arbeitslosenquote der 25- bis 74-Jährigen.

Quelle: Eurostat 2013b: Online-Daten-Code: une_rt_a. Eigene Berechnung.

<i>In %</i>	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Europäische Union	15,7	15,8	20,1	21,1	21,4	22,8
Belgien	18,8	18,0	21,9	22,4	18,7	19,8
Bulgarien	14,1	11,9	15,1	21,8	25,0	28,1
Dänemark	7,5	8,0	11,8	14,0	14,2	14,1
Deutschland	11,9	10,6	11,2	9,9	8,6	8,1
Estland	10,1	12,1	27,5	32,9	22,3	20,9
Finnland	16,5	16,5	21,5	21,4	20,1	19,0
Frankreich	19,8	19,3	24,0	23,6	22,8	24,3
Griechenland	22,9	22,1	25,8	32,9	44,4	55,3
Irland	9,1	13,3	24,0	27,6	29,1	30,4
Italien	20,3	21,3	25,4	27,8	29,1	35,3
Lettland	11,9	14,5	36,2	37,2	31,0	28,4
Litauen ¹	6,8	12,2	29,0	35,3	32,2	26,4
Luxemburg	15,6	17,3	16,5	15,8	16,4	18,1
Malta	13,9	12,2	14,4	13,1	13,8	14,2
Niederlande	7,0	6,3	7,7	8,7	7,6	9,5
Österreich	8,7	8,0	10,0	8,8	8,3	8,7
Polen	21,6	17,2	20,6	23,7	25,8	26,5
Portugal ¹	20,4	20,2	24,8	27,7	30,1	37,7
Rumänien	20,1	18,6	20,8	22,1	23,7	22,7
Schweden	19,2	20,2	25,0	24,8	22,8	23,7
Slowakei	20,6	19,3	27,6	33,9	33,5	34,0
Slowenien	10,1	10,4	13,6	14,7	15,7	20,6
Spanien	18,2	24,6	37,8	41,6	46,4	53,2
Tschechische Republik	10,7	9,9	16,6	18,3	18,1	19,5
Ungarn	18,1	19,9	26,5	26,6	26,1	28,1
Vereinigtes Königreich	14,3	15,0	19,1	19,6	21,1	21,0
Zypern	10,2	9,0	13,8	16,6	22,4	27,8

Tabelle A.2: Jugendarbeitslosigkeit im Zeitverlauf (2007-2012)

¹ Die Daten für Litauen und Portugal basieren auf Schätzungen von Eurostat.

Quelle: Eurostat 2013b: Online-Daten-Code: une_rt_a.

<i>In %</i>	15- bis 24-Jährige		15- bis 19-Jährige		20- bis 24-Jährige		25- bis 74-Jährige	
	2007	2012	2007	2012	2007	2012	2007	2012
Europäische Union	44,2	42,6	23,9	21,1	63,6	61,6	66,4	67,7
Belgien	33,9	31,5	9,5	8,5	58,7	52,5	64,6	64,8
Bulgarien	28,9	30,4	7,4	8,3	53,9	46,9	63,8	63,3
Dänemark	70,6	64,1	62,5	55,5	79,5	72,6	72,2	70,3
Deutschland	51,5	50,7	32,1	28,5	70,9	69,5	67,3	69,8
Estland	38,3	41,7	14,1	11,9	62,3	62,6	72,8	73,4
Finnland	53,4	51,6	33,8	31,8	72,9	70,7	70,3	69,1
Frankreich	38,4	37,8	16,4	14,4	61,0	60,2	67,4	68,2
Griechenland	31,1	29,2	9,6	8,0	51,4	50,9	63,5	64,2
Irland	55,4	40,5	29,4	17,0	76,9	64,0	70,8	68,6
Italien	30,9	28,7	11,0	8,6	49,8	47,2	58,4	59,9
Lettland	43,0	40,1	16,4	9,9	68,5	62,6	71,6	71,2
Litauen ¹	27,4	29,3	4,6 ²	4,3	50,1	52,2	69,5	71,9
Luxemburg	26,5	26,8	8,9	9,2	44,3	44,8	65,8	68,6
Malta	53,1	51,1	30,8	26,7	78,0	72,7	52,4	56,6
Niederland	72,7	69,9	63,2	61,1	82,6	78,3	70,8	71,0
Österreich	60,8	59,9	45,4	43,0	75,4	75,1	67,8	68,5
Polen ²	33,0	33,6	7,9	7,2	55,4	56,1	63,5	65,8
Portugal	41,9	37,9	17,0	12,8	63,4	61,0	72,5	71,8
Rumänien	30,5	30,9	13,7	11,4	46,6	45,1	65,4	65,3
Schweden	52,2	52,6	34,0	31,1	73,4	71,5	75,1	75,0
Slowakei ²	34,6	30,5	8,2	6,7	58,6	50,4	69,6	70,0
Slowenien	41,8	34,4	19,0	10,8	61,4	53,5	68,4	67,6
Spanien	47,8	38,8	23,9	14,1	67,4	61,0	66,9	70,2
Tschechische Republik ²	31,9	31,3	7,1	6,7	55,1	50,7	69,6	68,9
Ungarn	25,6	25,9	4,5	3,7	45,6	45,5	60,5	62,4
Vereinigtes Königreich	61,7	59,3	45,4	40,5	77,4	75,5	69,8	70,6
Zypern	41,7	39,0	9,5	7,5	70,1	65,8	73,4	73,1

Tabelle A.3: Erwerbsquote nach Alter im Zeitverlauf

¹ geringe Zuverlässigkeit; ² Zeitreihenbruch 2012

Quelle: Eurostat 2013d: Online-Daten-Code: lfsa_argan.

<i>In %</i>	15- bis 24-Jährige			25- bis 74-Jährige		
	2007	2012	Differenz 2007-2012 ¹	2007	2012	Differenz 2007-2012 ¹
Europäische Union	26,1	32,4	6,3	48,1	47,8	-0,3
Belgien	29,7	29,3	-0,4	56,7	49,1	-7,6
Bulgarien	41,7	49,0	7,3	62,7	56,4	-6,3
Dänemark ^{2,3}	--	9,0	--	21,0	35,8	14,8
Deutschland	32,2	23,3	-8,9	61,2	49,6	-11,6
Estland ³	30,7	29,8	-0,9	55,6	60,5	4,9
Finnland ³	5,4	4,9	-0,5	30,5	28,5	-2,0
Frankreich	24,3	28,4	4,1	45,2	43,9	-1,3
Griechenland	41,6	49,0	7,4	52,2	61,0	8,8
Irland	20,3	48,3	28,0	33,7	65,4	31,7
Italien	40,7	49,7	9,0	49,6	54,0	4,4
Lettland ³	10,5	30,9	20,4	31,2	56,7	25,5
Litauen ^{2,3}	--	25,7	--	34,8	53,6	18,8
Luxemburg ^{2,3}	--	19,2	--	30,6	33,8	3,2
Malta	28,0	29,4	1,4	51,1	56,9	5,8
Niederlande	12,6	13,8	1,2	50,4	41,7	-8,7
Österreich	12,9	14,6	1,7	32,3	28,6	-3,7
Polen	34,6	30,3	-4,3	56,8	43,4	-13,4
Portugal	27,7	30,9	3,2	51,7	52,8	1,1
Rumänien	48,1	43,3	-4,8	50,9	46,1	-4,8
Schweden	4,0	7,1	3,1	20,2	25,8	5,6
Slowakei	56,9	56,3	-0,6	78,6	70,0	-8,6
Slowenien ³	29,2	32,2	3,0	50,3	51,3	1,0
Spanien	10,2	35,6	25,4	23,7	46,2	22,5
Tschechische Republik	32,2	33,4	1,2	56,2	45,8	-10,4
Ungarn	36,8	31,2	-5,6	49,1	48,0	-1,1
Vereinigtes Königreich	15,7	27,4	11,7	29,6	39,4	9,8
Zypern ³	23,5	25,0	1,5	16,9	31,6	14,7

Tabelle A.4: Langzeitarbeitslosenquote

¹ in Prozentpunkte; ² Datensatz nicht vollständig; ³ zum Teil geringe Zuverlässigkeit

Quelle: Eurostat 2013: Online-Daten-Code: lfsa_upgal. Eigene Berechnung.

<i>In %</i>	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Europäische Union	41,3	40,2	40,4	42,1	42,4	42,1
Belgien	31,6	29,5	33,2	30,4	34,3	31,4
Bulgarien ¹	10,3	9,5	9,3	10,2	7,6	9,5
Dänemark	22,5	23,6	22,8	21,1	22,1	20,9
Deutschland	57,4	56,7	57,3	57,2	56,0	53,6
Estland	6,6	6,0	8,3	11,6	13,8	12,9
Finnland	42,4	39,6	39,0	43,0	43,4	42,0
Frankreich	53,5	52,5	52,4	55,0	55,1	55,5
Griechenland	27,0	29,2	28,4	30,4	30,1	25,9
Irland ¹	20,5	22,0	24,6	30,1	33,8	34,9
Italien	42,3	43,3	44,4	46,7	49,9	52,9
Lettland ¹	9,3	6,5	9,3	12,7	11,2	9,8
Litauen ²	9,8	7,3	5,0	7,5	8,7	9,1
Luxemburg	34,1	39,3	39,3	36,5	34,5	39,0
Malta	11,0	9,2	11,3	14,7	17,8	16,6
Niederlande ¹	45,1	45,2	46,5	48,3	47,7	51,2
Österreich	34,9	34,9	35,6	37,0	37,2	35,6
Polen ¹	65,7	62,8	62,0	64,6	65,6	66,4
Portugal ¹	52,6	54,2	53,5	55,6	57,2	56,5
Rumänien	4,6	4,3	3,7	3,9	5,8	5,8
Schweden	57,1	53,6	53,4	56,7	56,8	55,7
Slowakei	13,7	12,6	12,5	17,1	18,7	19,1
Slowenien ¹	68,3	69,8	66,6	69,6	74,5	72,0
Spanien	62,8	59,4	55,9	58,6	61,4	62,4
Tschechische Republik ¹	17,4	15,6	18,7	22,5	22,3	27,0
Ungarn	19,1	20,0	21,4	24,9	22,9	22,4
Vereinigtes Königreich	13,3	12,0	11,9	13,7	13,5	14,9
Zypern ¹	23,3	20,8	18,2	20,3	17,0	18,7

Tabelle A.5: Befristete Beschäftigung an Gesamtbeschäftigung junger Menschen im Zeitverlauf:

¹ Zeitreihenbruch (2009: IE, CY; 2010: NL; 2011: BG, LV, PT, SL; 2012: PL, CZ); ² geringe Zuverlässigkeit

Quelle: Eurostat 2013k: Online-Daten-Code: lfsa_etpgan.

<i>In %</i>	Konnte nicht einen permanenten Arbeitsplatz finden	Wünschte nicht einen permanenten Arbeitsplatz	In Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung	Probeperiode
Europäische Union	36,7	14,4	40,7	8,2
Belgien	61,6	26,3	12,1	--
Bulgarien	--	--	--	--
Dänemark	33,9	10,9	53,3	--
Deutschland	6,7	--	84,3	7,4
Estland	21,6	23,4	--	49,5
Finnland	46,2	43,6	6,9	3,4
Frankreich	38,5	20,0	38,6	3,0
Griechenland	64,7	--	21,9	8,0
Irland	43,4	39,5	15,0	--
Italien	44,9	3,5	42,3	9,3
Lettland	61,0	--	--	--
Litauen	--	--	--	--
Luxemburg	30,0	19,9	41,2	--
Malta	42,9	13,3	23,6	20,2
Niederlande	28,3	28,0	3,9	39,8
Österreich	3,1	13,3	76,8	6,8
Polen	56,3	11,8	20,4	11,5
Portugal	76,6	7,5	9,1	6,8
Rumänien	76,1	--	--	--
Schweden	45,6	45,0	1,2	8,2
Slowakei	86,7	10,0	--	--
Slowenien	25,2	67,5	3,6	3,7
Spanien	81,3	7,1	10,3	1,2
Tschechische Republik	78,5	18,9	2,6	--
Ungarn	61,4	14,3	--	21,3
Vereinigtes Königreich	47,4	36,4	10,4	5,8
Zypern	78,3	--	16,0	--

Tabelle A.6: Hauptgründe für befristete Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen

Quelle: Eurostat 2013l; Online-Daten-Code: ifsa_etgar.

In %	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Europäische Union ¹	36,8	36,3	35,4	37,1	36,7	36,7
Belgien ¹	64,3	63,7	62,0	63,1	61,7	61,6
Bulgarien ¹	46,0	39,6	53,9	64,2	53,5	--
Dänemark	22,1	25,9	27,6	30,7	29,9	33,9
Deutschland ¹	9,1	8,1	5,3	6,6	8,2	6,7
Estland ¹	--	--	--	--	23,5	21,6
Finnland	40,5	35,1	42,3	39,8	41,7	46,2
Frankreich	37,4	40,4	36,5	40,7	40,1	38,5
Griechenland ¹	62,9	67,6	66,2	68,3	68,2	64,7
Irland ^{1,2}	16,2	17,9	34,5	38,8	41,8	43,4
Italien	32,6	35,3	34,8	39,5	41,7	44,9
Lettland ²	24,4	37,1	66,8	69,7	58,4	61,0
Litauen ¹	51,5	--	--	--	--	--
Luxemburg	25,7	37,6	30,5	32,1	33,3	30,0
Malta	40,0	44,8	45,5	45,5	39,5	42,9
Niederlande ^{1,2}	31,2	27,5	32,0	27,1	25,6	28,3
Österreich ¹	4,1	4,0	4,0	3,1	3,3	3,1
Polen ²	59,5	57,7	59,7	60,4	53,4	56,3
Portugal ²	72,8	73,7	73,9	75,9	77,3	76,6
Rumänien ¹	70,0	74,4	75,5	69,1	68,6	76,1
Schweden	42,9	40,9	47,2	46,8	45,8	45,6
Slowakei ^{1,2}	66,7	70,7	77,2	77,5	86,0	86,7
Slowenien	28,8	25,6	23,3	23,8	28,0	25,2
Spanien ¹	71,8	73,4	81,4	81,0	82,3	81,3
Tschechische Republik ²	63,2	70,4	65,5	70,9	75,8	78,5
Ungarn	55,3	50,0	59,5	62,5	54,8	61,4
Vereinigtes Königreich ¹	34,7	33,6	42,5	46,7	47,7	47,4
Zypern ²	65,6	70,4	76,2	74,9	77,4	78,3

Tabelle A.7: Unfreiwillige Befristung an allen befristeten Beschäftigungsverhältnissen junger Menschen im Zeitverlauf

¹ zum Teil geringe Zuverlässigkeit; ² Zeitreihenbruch (2009: IE, CY; 2010: NL; 2011: LV, PT, SK; 2012: PL, CZ)

Quelle: Eurostat 2013l: Online-Daten-Code: lfsa_etgar.

<i>In %</i>	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Europäische Union	25,6	26,3	27,9	29,0	29,8	31,1
Belgien	20,5	20,7	23,7	24,1	25,2	25,6
Bulgarien ^{1,2}	2,9	3,3	3,9	5,0	4,6	4,2
Dänemark ²	54,5	57,4	61,0	62,4	62,6	65,0
Deutschland	20,4	20,8	20,6	19,8	21,4	21,7
Estland	13,8	12,9	17,6	21,2	17,1	18,6
Finnland	37,2	36,9	40,3	39,9	38,8	39,2
Frankreich	23,0	22,6	22,6	22,3	22,4	23,1
Griechenland	11,6	13,2	14,5	16,2	17,7	19,4
Irland ²	24,6	26,6	34,8	42,5	45,9	48,2
Italien	18,7	20,7	21,2	24,3	23,9	27,5
Lettland ²	12,9	9,6	15,1	13,7	12,0	15,0
Litauen ^{1,2}	9,3	10,7	11,9	11,1	12,8	15,5
Luxemburg ¹	8,7	7,0	18,4	16,6	17,0	22,7
Malta	15,2	14,5	12,9	17,2	21,0	20,6
Niederlande ²	69,7	70,9	73,3	74,7	75,2	76,7
Österreich	17,6	18,0	17,5	19,1	19,5	18,8
Polen ²	17,2	14,2	14,3	15,6	15,4	16,7
Portugal ²	9,2	10,4	11,8	12,9	17,4	20,1
Rumänien	15,6	14,7	14,5	17,3	18,2	17,8
Schweden ¹	39,9	45,7	49,3	49,6	47,3	48,5
Slowakei ²	3,0	3,5	5,1	7,4	6,7	7,3
Slowenien	29,8	31,4	36,6	40,9	40,8	38,3
Spanien	21,3	22,9	25,4	29,6	32,7	35,6
Tschechische Republik	5,2	5,5	8,2	9,0	7,6	9,9
Ungarn	5,3	5,4	7,2	9,0	10,5	9,7
Vereinigtes Königreich	33,9	34,7	37,5	39,1	38,8	40,3
Zypern ²	10,1	12,0	13,9	14,9	16,1	18,8

Tabelle A.8: Teilzeitbeschäftigung an Gesamtbeschäftigung junger Menschen im Zeitverlauf

¹ zum Teil geringe Zuverlässigkeit; ² Zeitreihenbruch (2009: IE, CY; 2010: NL; 2011: BG, LV, LT, PT, SK; 2012: DK, PL)

Quelle: Eurostat 2013h: Online-Daten-Code: lfsa_eppga.

<i>In %</i>	Konnte nicht einen ganztägigen Arbeitsplatz finden	In Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung	Krankheit oder Unfähigkeit besitzen	Andere familiäre oder persönliche Verantwortungsbereiche	Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen	Andere Gründe
Europäische Union	29,1	52,9	--	2,2	3,1	12,1
Belgien	22,4	31,4	--	6,9	--	37,4
Dänemark	9,1	83,0	--	3,3	--	4,0
Deutschland	13,1	67,5	--	--	--	13,5
Estland	--	71,2	--	--	--	14,2
Finnland	20,9	68,5	--	8,9	--	--
Frankreich	46,6	4,6	--	--	--	42,8
Griechenland	65,4	20,7	--	5,5	--	8,1
Irland	33,7	60,6	--	--	--	2,7
Italien	74,0	17,2	--	0,5	1,6	6,5
Lettland	28,5	52,5	--	--	--	--
Litauen	--	59,7	--	--	--	--
Luxemburg	18,9	57,9	--	--	--	17,1
Malta	28,3	51,1	--	--	--	16,6
Niederlande	9,2	80,2	0,6	0,4	1,4	8,1
Österreich	12,4	64,3	--	6,4	5,5	11,0
Polen	26,1	51,7	--	--	--	17,4
Portugal	45,5	41,7	--	--	--	10,7
Rumänien	70,8	10,8	--	--	--	11,0
Schweden	44,6	43,6	--	2,8	0,9	7,6
Slowakei	47,7	--	--	--	--	40,2
Slowenien	4,1	74,9	--	--	--	18,3
Spanien	56,2	34,4	--	0,7	1,4	6,9
Tschechische Republik	19,6	71,3	--	--	--	5,1
Ungarn	51,8	27,4	--	--	--	13,7
Vereinigtes Königreich	28,5	54,4	0,9	2,1	7,0	7,1
Zypern	56,4	30,2	--	--	--	--

Tabelle A.9: Hauptgründe für Teilzeitbeschäftigung junger Menschen
Quelle: Eurostat 2013i; Online-Daten-Code: lfsa_epgar.

<i>In %</i>	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Europäische Union ²	23,2	25,7	26,4	28,4	28,0	29,1
Belgien	36,6	38,2	27,8	26,7	24,1	22,4
Dänemark	7,7	6,5	8,8	9,9	8,7	9,1
Deutschland	24,6	24,7	21,3	21,7	15,7	13,1
Estland ²	--	--	15,4	--	--	--
Finnland	17,0	17,3	20,3	22,9	25,3	20,9
Frankreich	41,9	43,0	42,6	46,0	45,2	46,6
Griechenland	44,7	47,6	43,9	54,2	59,0	65,4
Irland ^{2,3}	10,6	12,1	24,8	32,0	34,3	33,7
Italien	51,4	52,6	61,8	65,7	70,0	74,0
Lettland ²	--	--	22,4	28,3	32,2	28,5
Luxemburg ²	--	--	19,0	--	--	18,9
Malta	30,4	29,0	29,3	30,0	28,5	28,3
Niederlande ^{2,3}	5,8	4,4	6,9	5,8	7,2	9,2
Österreich	19,4	14,6	15,3	18,3	14,0	12,4
Polen ³	16,6	13,6	18,4	20,4	25,4	26,1
Portugal ³	44,2	42,2	46,0	57,0	42,5	45,5
Rumänien	67,1	70,6	65,5	71,8	62,7	70,8
Schweden ²	39,9	39,7	41,0	41,7	42,3	44,6
Slowakei ^{2,3}	--	--	27,7	36,4	40,1	47,7
Slowenien ²	2,3	1,7	4,4	3,0	3,7	4,1
Spanien	31,0	32,9	42,0	48,1	51,0	56,2
Tschechische Republik ^{2,3}	12,4	5,5	9,7	10,5	20,8	19,6
Ungarn ²	39,6	33,9	43,6	48,1	49,0	51,8
Vereinigtes Königreich ²	15,6	--	21,3	23,1	27,7	28,5
Zypern ^{2,3}	37,8	39,2	46,3	40,8	55,8	56,4

Tabelle A.10: Unfreiwillige Teilzeit junger Menschen an gesamter Teilzeitbeschäftigung im Zeitverlauf¹

¹ Datensatz für Bulgarien und Litauen nicht vorhanden; ² zum Teil geringe Zuverlässigkeit; ³ Zeitreihenbruch (2009: IE, CY; 2010: NL; 2011: PT, SK; 2012: PL, CZ)

Quelle: Eurostat 2013j; Online-Daten-Code: lfsa_epgai.